

**GRENZFRIEDENSHEFTE**

72. JAHRGANG  
1/2025

# Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog



- Parteiensystem im Wandel
- Neues Cross-Border-Panel verstetigt Lösung von Grenzhemmnissen zwischen Kopenhagen, Berlin und Kiel
- Die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig 1933 – 1945
- Kinder von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Raum Flensburg 1940 – 1945
- „Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik – keine Angriffspolitik!“
- Kratzer am royalen Glanzbild



**ADS**  
AN DEINER SEITE



# Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog

**GRENZFRIEDENSHEFTE**

72. JAHRGANG | HEFT 1/2025

# INHALT

## REDAKTIONSBEITRÄGE

### Parteiensystem im Wandel

Veränderungen in der dänischen Parteienlandschaft seit 2017

von Gerret Liebing Schlaber .....6

### Neues Cross-Border-Panel verstetigt Lösung von Grenzhemmnissen zwischen Kopenhagen, Berlin und Kiel

von Johannes Callsen ..... 30

### Die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig 1933 – 1945

Ein Beispiel der NS-Gesundheitspolitik in Schleswig-Holstein

von Susanna Misgajski ..... 40

### Kinder von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Raum Flensburg 1940 – 1945

Ein Werkstattbericht

von Claus Olsen ..... 62

## HERAUSGEBER

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Mürwiker Straße 115, 24943 Flensburg

Tel. (04 61) 8693-0

Fax (04 61) 8693-420

info@dein-ads.de

MEHR INFOS AUF  
**DEIN-ADS.DE**

Redaktionsgeschäftsstelle

Barbara Quednau

Unabhängige, ehrenamtliche Redaktion

Dr. Levke Bittlinger

Ilse Friis, cand.mag.

Ruth E. Clausen, Dipl. Museol. (FH)

Dr. Matthias Schartl (verantw.)

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Ronja Bönsch, Doktorandin

„Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik – keine Angriffspolitik!“  
 Rede zum Oeverseemarsch am 6. Februar 2025  
 von Jens A. Christiansen .....76

**Kratzer am royalen Glanzbild**  
 Das dänische Königshaus und das NS-Regime  
 von Siegfried Matlok .....82

**UMSCHAU** .....106

**BUCHHINWEISE** .....124

**MITARBEITER\*INNEN DIESES HEFTES** ..... 137

**ARTIKEL DES VORJAHRES**..... 139

**Auflage** 900 Exemplare

**Erstausgabe** 1953

**Ausgabe** 1.2025

**Titelfoto**

Archiv Susanna Mišgajski

Printed in Germany

ISSN 1867-1853

Die Grenzfriedenshefte erscheinen  
 halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag  
 des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen  
 Beiträge und den Herkunftsnachweis der  
 darin publizierten Abbildungen zeichnen  
 die Verfasser:innen verantwortlich.

*Das dänische Parteiensystem unterscheidet sich geschichtsbedingt erheblich vom deutschen, obwohl es grenzüberschreitend viele „Schwesterparteien“ mit ähnlicher Ausrichtung gibt. Ohne die Kenntnis von diesen Parteien ist es schwierig, politische Entwicklungen in Dänemark nachzuvollziehen. Da das Verständnis für die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf der anderen Seite der Grenze ein zentrales Anliegen der Grenzfriedenshefte ist, hat unser Redaktionsmitglied Gerret Liebing Schlaber 2017 eine kompakte Gesamtübersicht über die dänische Parteienlandschaft erarbeitet.<sup>1</sup> Seither hat es derart markante Veränderungen gegeben, dass acht Jahre später eine Ergänzung notwendig erscheint. Einige der bemerkenswertesten Tendenzen werden im folgenden Beitrag vorgestellt.*

## PARTEIENSYSTEM IM WANDEL

### Veränderungen in der dänischen Parteienlandschaft seit 2017

#### Grundlegende Unterschiede zum deutschen Parteiensystem

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei“, lautet es in Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Im dänischen Grundgesetz wird dies über Artikel 78 zur Vereinsfreiheit hinaus nicht noch explizit genannt. Doch die Grundvoraussetzungen für die Gründung, Entwicklung und Arbeit von politischen Parteien sind in Deutschland und Dänemark wie in den meisten parlamentarischen Demokratien dieselben. Nichtsdestotrotz gibt es bei vielen Ähnlichkeiten auch einige bedeutende Unterschiede zwischen den Parteiensystemen in Dänemark und Deutschland. Der folgende Beitrag ist eine aktuelle Ergänzung zu meinem Beitrag im GFH 2017, in welchem die Grundzüge der Strukturen und der geschichtlichen Entwicklung des dänischen Parteiensystems dargestellt wurden.

von Gerret Liebing Schlaber



**Abb. 1** Parteienvielfalt - Kandidierende bei einer Diskussionsveranstaltung am Deutschen Gymnasium für Nord-schleswig im Vorfeld der Folketingswahl 2022, im Hintergrund der Fraktionsvorsitzende der Moderaten und vormalige Tonderaner Bürgermeister Henrik Frandsen

Zu den großen Unterschieden zwischen dem deutschen und dem dänischen Parteiensystem gehört es, dass es in Dänemark sehr viel mehr Parteien gibt, dass es immer wieder zu kurz- aber auch längerfristig erfolgreichen Neugründungen kommt und dass Parteiwechsel selbst unter aktuellen Abgeordneten und prominenten Persönlichkeiten nicht selten vorkommen. Seitdem ich 2017 an dieser Stelle das dänische Parteiensystem in seinen Grundzügen vorgestellt habe, hat sich so viel getan, dass eine aktuelle Ergänzung jenes Aufsatzes sinnvoll erscheint. Obwohl es in diesem Zeitraum gerade einmal zwei Wahlen zum Folketing gegeben hat, sind die Veränderungen im dänischen Parteiengefüge einschneidend.

In Deutschland, wo man nach den Erfahrungen der Zersplitterung des Parteienspektrums in der Weimarer Republik mit einer Sperrklausel von 5% für den

Einzug in den Bundestag und die Länderparlamente stabile Parteienverhältnisse begünstigt hat, mag diese schnelle und wechselhafte Entwicklung im dänischen Parteiensystem bedenklich erscheinen. Dass es dennoch seit vielen Jahrzehnten fast ununterbrochen stabile Regierungen gegeben hat, ist nicht zuletzt der stark verankerten partizipatorischen Demokratie in Dänemark zu verdanken. Trotz aller Gegensätze gibt es eine bemerkenswerte politische Kultur der Kompromissbereitschaft, wie man sie aus anderen Ländern mit langer demokratischer Tradition kaum kennt. Der Grundsatz der politischen Teilhabe möglichst breiter Bevölkerungsschichten zeigt sich nicht nur bei der parlamentarischen Arbeit, sondern auch in einer im europäischen Vergleich hohen Wahlbeteiligung, in einem überaus hohen Organisationsgrad der Bevölkerung in Vereinen und in einem weit verbreiteten Be-

wusstsein für Nutzer- und Nahdemokratie z. B. durch demokratisch legitimierte ehrenamtliche Vorstandsarbeit in Institutionen. Dieser ausgeprägte gesellschaftliche Grundkonsens und Zusammenhalt bildet zweifellos eine wesentliche Grundlage dafür, dass sich das dänische Parteiensystem so dynamisch entwickeln kann, ohne die Stabilität des Gesetzgebungs- und Regierungssystems zu gefährden.

### Kurzer Überblick zur Erinnerung

Die tragenden Säulen des dänischen Parteiensystems sind ähnlich wie in Deutschland und in anderen Demokratien politische Vereinigungen, die ihren Ausgangspunkt in unterschiedlichen Ideologien haben. Der Begriff „Ideologie“ im Sinne von „Weltanschauung“ mag heute grundsätzlich eher negativ besetzt sein. Parteien und Politiker möchten sich gerne als „ideologiefrei“ präsentieren und die Beschimpfung politischer Gegner und ihrer Entscheidungen als „ideologisch motiviert“, um den eigenen Standpunkt als vermeintlich sachlich, abgewogen, pragmatisch und volksnah hervorzuheben, ist weit verbreitet. Zudem wird der Begriff oft auf totalitäre Ideologien verengt. Nichtsdestotrotz lässt sich auch im dänischen Parteienspektrum die Orientierung an den grundlegenden Ideologien<sup>2</sup> deutlich erkennen. Diese sind hier, sofern nicht anders ausgedrückt, in ihrer demokratischen Ausrichtung zu verstehen.

Dänemark verfügt über eine ausgeprägte partizipatorische Demokratie

Diese ideologische Grundorientierung ist nicht zuletzt bei den vier „Altparteien“, welche seit über 100 Jahren die dänische Politik maßgeblich geprägt haben, auch heute noch zu erkennen. Ihre Gründung und Aktivitäten in den ersten Jahrzehnten spiegeln die Konfliktlinien in der seinerzeitigen dänischen Gesellschaft deutlich wider, welcher die genannte Kompromisskultur keineswegs in die demokratische Wiege gelegt worden war.

Seit 100 Jahren sind die der sozialistischen Arbeiterbewegung entstammenden Sozialdemokraten mit nur kurzen Unterbrechungen durchgehend die stärkste Kraft gewesen. Seit 1924 haben sie die längste Zeit die als „Statsminister“ bezeichneten Regierungschefs gestellt, darunter aktuell seit 2019 Mette Frederiksen. Die trotz zuletzt starker Verluste immer noch zweitstärkste Partei Venstre nennt sich bewusst „Danmarks liberale parti“. Die zuerst vor allem im freien Bauernstand verwurzelte Partei hatte bei der Demokratisierung Dänemarks 1901 eine herausragende Rolle gespielt und hat seither wiederholt Regierungen geführt, zuletzt 2015–19. Sie stand meist im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die seit Ende 2022 regierende – in Dänemark nicht so genannte „Große“ – Koalition mit Parteichef Troels Lund Poulsen als Vizeregierungschef erscheint als seltene Ausnahme. Die nicht weniger traditionsreichen Konservativen drücken ihre grundlegende ideologische Orientierung bereits seit 1915 im Parteinamen aus. Diese Konservative Volkspartei war damals aus drei älteren Gruppen vereinigt worden. Seither war sie an Regierungen meist als Juniorpartner von Venstre beteiligt, zuletzt von 2016 bis



Abb. 2 Der frühere Regierungschef Poul Nyrup Rasmussen auf einem sozialdemokratischen Wahlplakat mit der heutigen Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Christel Schaldemose, gesehen im Juni 2024 in Apenrade

2019. Lediglich 1982 bis 1993 konnte sie mit Poul Schlüter den Regierungschef stellen. Die vierte Altpartei „Radikale Venstre“ hatte sich 1905 von den Liberalen abgespalten und vertritt bis heute typisch sozialliberale Positionen. Als Partei der Mitte hat sie verschieden orientierte Regierungen mitgetragen und zuletzt 2019–22 die erste Frederiksen-Minderheitsregierung gestützt.

Während Sozialdemokraten und Venstre trotz Verlusten immer noch die beiden stärksten Parteien im Folketing sind, stehen Konservative und Sozialliberale nach den letzten Wahlen vom Stimmenanteil her nur noch im hinteren Mittelfeld der Parteientabelle. Es versteht sich von selbst, dass keine dieser Parteien kompromisslos ihre alte ideologische Linie fährt. Dies wäre in einer pluralistischen Demokratie - und zumal einer sehr auf Teilhabe

und Verständigungsbereitschaft ausgerichteten wie in Dänemark – auch gar nicht durchzuhalten.

Dies gilt genauso für die jüngeren Parteien. Selbst diejenigen, die eine deutlichere ideologieorientierte Linie fahren als die genannten Altparteien, und sogar diejenigen, welche die äußeren Flügel der wertepolitischen Links-Rechts-Skala besetzen und in ihren Kernthemen radikalere Forderungen stellen, wirken auf allen Ebenen meist konstruktiv im demokratischen Entscheidungsfindungsprozess mit. Auf der anderen Seite wird auch keine Partei von den übrigen von vornherein ausgegrenzt. Poul Nyrup Rasmussens legendärer Zuruf an die Adresse der damals erstmals im Folketing vertretenen rechtspopulistischen Dansk Folkeparti, dass diese „niemals stubenrein“ werden würden,<sup>3</sup> erscheint nicht nur angesichts der

Tatsache, dass die damals angesprochene langjährige Parteichefin Pia Kjærsgaard 2015 durch eine bürgerliche Mehrheit zur Folketingspräsidentin gewählt wurde, als Symbol einer längst vergangenen Zeit. Da die schon seit 2001 übliche völlige Integration der rechtspopulistischen Parteien in Regierungsbildungen und Beschlussfassung<sup>4</sup> aus auswärtiger (und nicht zuletzt deutscher) Perspektive schwer nachvollziehbar erscheint, soll diese im Folgenden besondere Berücksichtigung finden.

### Alle Parteien wirken im Folketing konstruktiv mit

Bevor wir uns nun den jüngsten Entwicklungen seit 2017 widmen, seien noch einmal die weiteren landesweit etablierten Parteien in Erinnerung gerufen. Die eben genannte rechtspopulistisch-sozialkonservative, verteilungspolitisch<sup>5</sup> aber eher mittig orientierte Dansk Folkeparti ist seit 1995 durchgehend im Folketing vertreten. Auch die zunächst eher klassisch liberal orientierte, inzwischen aber vermehrt konservativen Positionen zuneigende Liberal Alliance hat sich ebenfalls im bürgerlichen politischen Lager fest etablieren können. Die älteste der etablierten „jüngeren“ Parteien ist die 1959 gegründete Socialistisk Folkeparti, die von ursprünglich kompromissloseren sozialistischen Positionen seit langem zu mehr sozialdemokratischen und grünen Programmpunkten gekommen ist, hat bis 2022 oft sozialdemokratische Regierungen unterstützt. Dies gilt auch für die seit 1992 etablierte, sowohl wert- als auch verteilungspolitisch weit linksstehende Partei Enhedslisten.

## Überraschende Wahlergebnisse und Regierungsbildungen seit 2017

Seit Erscheinen des ersten Beitrags zu diesem Thema Ende 2017 hat es in Dänemark zwei Wahlen zum Folketing (7. 5. 2019 und 1. 11. 2022), zwei Wahlen zum Europäischen Parlament (26. 5. 2019 und 9. 6. 2024) und einmal Regional- und Kommunalwahlen (16.11. 2021) gegeben. Bei diesen gab es einige Ergebnisse, die sich deutlich von jenen der vorherigen Wahlen unterschieden, was nicht zuletzt der Gründung mehrerer neuer Parteien zu verdanken ist. Folgende Tendenzen lassen sich beobachten:

- Die seit den 1990er Jahren immer deutlichere Trennung des Parteiensystems in einen linkssozialistischen bis sozialliberalen „roten“ und einen bürgerlichen rechtsliberalen bis rechtskonservativen „blauen“ Block hat in jüngster Zeit ihre Bedeutung verloren.
- Die beiden traditionell stärksten Parteien Socialdemokratiet und Venstre stellen immer noch abwechselnd die Regierungsspitze und erreichen meist die höchsten Stimmenanteile aller Parteien, doch liegen die Wahlergebnisse deutlich unter den Werten früherer Jahre.
- Hinter diesen beiden hat sich eine Vielzahl von Parteien etabliert, deren Wahlergebnisse fast nur noch im einstelligen Prozentbereich liegen.
- Zu diesen Parteien zählen mehrere Neugründungen, von denen sich zwei schnell zu den stärkeren dieser

vielen kleineren Parteien entwickelt haben.

- Die beiden letztgenannten Parteien wurden von prominenten vormaligen Venstre-Mitgliedern gegründet und werden weiterhin von diesen geführt. Personen-Effekte spielen aber auch darüber hinaus eine immer größere Rolle.
- Es kommt nach wie vor häufig zu Parteiwechseln; auch in der aktuellen Legislaturperiode haben mehrere Abgeordnete ihre Partei verlassen, so dass die Verteilung der Abgeordneten nicht mehr der Mandatsverteilung der Folketingswahl von 2022 entspricht. Dies ist entsprechend auch in vielen Kommunalräten der Fall. Aktuell (Stand: 1. April 2025) sind sechs Abgeordnete fraktionslos (dänisch „løsgængere“), in Einzelfällen mit neu gegründeten Parteien im Hintergrund.
- Neugründungen und Parteiwechsel hat es auch am rechten Ende des wertepolitischen Parteienspektrums gegeben, so dass die bis 2018 hier allein dominante und im gesamten Parteiengefüge immer mächtiger gewordene Dansk Folkeparti seither einen starken Rückgang erlebt hat.

Während es im deutschen Parteiengefüge bei der jüngsten Bundestagswahl und den Landtagswahlen 2024 eine für die bundesdeutsche Parlamentsgeschichte ungewöhnliche Verschiebung der Kraftverhältnisse gegeben hat, setzt das dänische Parteiensystem seine Entwicklung des ständigen Wandels bei Erhalt einer aus-

geprägten Kompromisskultur trotz erheblicher Gegensätze zwischen den Parteien fort. Auch die in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts ausgeprägte Blockbindung ist ins Wanken geraten.

## Der Antagonismus zwischen rotem und blauem Block und die neue Regierung der Mitte

Weicht die in den letzten Jahrzehnten dominierende Blockbindung also nun einer neuen pragmatischen Kompromisslinie aller Parteien? In den meisten dänischen Medien machte man es sich seit den 2000er Jahren mit der Zuordnung der recht vielen und immer wieder wechselnden Parteien sehr einfach, indem diese schlicht in zwei Blöcke eingeteilt werden. Der „rote Block“ hat dabei die Parteien links von der wertepolitischen Mitte vereint, wobei die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten die mit Abstand stärkste Partei in diesem Spektrum bilden. Hierzu zählen auch weiter links positionierten Parteien wie SF und Enhedslisten, während zur Mitte hin auch die sozialliberale Radikale Venstre diesem Block zugehörig gewesen ist. Die 2013 von letzterer abgespaltene Partei „Alternativet“ nahm für sich einen eigenen „grünen“ Block in Anspruch, wurde jedoch meist ebenfalls dem „roten“ Lager zugerechnet. Dem stand der „Blaue Block“ mit allen sonstigen liberalen und allen konservativen, aber auch mit den rechtspopulistischen Parteien gegenüber. Hier ist – abgesehen von der Schlüter-Ära (s.o.) und von den stärksten Ergebnissen für Dansk Folkeparti 2014–17 – immer Venstre die stärkste Partei gewesen.

Es erschien über lange Jahre geradezu selbstverständlich, dass man bei der Regierungsbildung innerhalb seines Blockes zusammenhielt. Von 1993 bis 2022 gab es ausnahmslos Minderheitsregierungen, deren parlamentarische Mehrheit in der Regel von den anderen Parteien im Block gesichert wurde, auch wenn diese sich selbst nicht an der Regierung beteiligten. In den 2020er Jahren ist diese einfache Links-Rechts-Blockeinteilung gehörig ins Wanken geraten. Zwar gab es sowohl auf kommunaler und regionaler Ebene als auch im Europaparlament immer wieder Zusammenarbeitskonstellationen über die Blockgrenze in der politischen Mitte hinweg. Doch die bereits erwähnte Kommunalwahlen im November 2021 und erst recht die Folketingswahl ein Jahr später durchbrachen die fast 30 Jahre lang weitgehend festgefügtten Blöcke. Dies hat nicht unwesentlich mit der Entstehung weiterer neuer Parteien zu tun.

## Neue Parteien mit Fokus auf ihre Gründungsvorsitzenden

Es mag viele Gründe geben, warum selbst die beiden größten Parteien es immer schwerer haben, ihre Stammwählerschaft dauerhaft an sich zu binden. Dies ist auch in anderen Ländern zu beobachten, nicht zuletzt in Deutschland. Sicherlich hat dies mit gesellschaftlichen Veränderungen wie der Aufweichung von früher recht klar abgegrenzten Gesellschaftsgruppen wie der Industriearbeiterschaft oder dem Bauernstand zu tun. Doch auch die Medienwelt hat sich stark verändert, Personen und persönliches Auftreten zählen mehr als je zu vor. Und nicht zuletzt findet die Jugend oft andere Themen wichtiger, als es die etablierten Parteien tun.

## Das dänische Parteiensystem unterliegt einem ständigen Wandel

Dass die traditionsreichen Liberalen von Venstre bei den letzten Wahlen noch deutlichere Verluste als die Sozialdemokraten hinnehmen mussten und bei der Folketingswahl 2022 auf 13,3% abstürzten, liegt allerdings auch an der neuen Konkurrenz im eigenen Lager. Ein neuer Trend ist der Aufbau von Parteien, die stark auf ihre Gründungsvorsitzenden ausgerichtet sind.<sup>6</sup> Sicherlich hat es auch schon früher Parteien gegeben, deren Aufstieg (und Fall) eng mit einer markanten Führungsfigur verbunden war. Bei mehreren neuen Parteien wird diese Tendenz jedoch derart auf die Spitze getrieben, dass die Organisation hauptsächlich über ihre personelle Nummer Eins öffentlich wahrgenommen wird.

Einer der Genannten ist niemand geringerer als der zweimalige (2009 - 2011 und 2015 - 2019) Regierungschef Lars Løkke Rasmussen. Nach seinem nicht ganz freiwilligen Rückzug vom Vorsitz der Venstre dauerte es nicht lange, bis er die zehn Jahre lang von ihm geführte Altpartei verließ. Seine neue Partei nennt sich „Moderaterne“ und unterscheidet sich auf den ersten Blick ideologisch wenig von Venstre. Eine markante Position ist jedoch, dass sich Løkke von Beginn an für eine Regierung über die Mitte hinweg eingesetzt hat, anstatt die Polarisierung zwischen „blauem“ und „rotem Block“ weiter zu forcieren. Nicht zufällig hat die Partei die Mischfarbe violett als ihre Parteifarbe.

## Die Moderaten gewannen überraschend schnell an Profil

Mit dieser Linie erreichten Lars Løkke Rasmussen und seine neue Partei zügig bedeutende Erfolge. Trotz des Zeitdrucks wegen der auf November 2022 vorgezogenen Parlamentswahl konnten sich die Moderaten im Wahlkampf schnell profilieren und wurden auf Anhieb drittstärkste Kraft im neuen Folketing – allerdings mit einem einstelligen Ergebnis (9,3%) und einem knappen Vorsprung vor mehreren Parteien, die nur wenige Prozentpunkte weniger erreichten. Bei der folgenden Regierungsbildung erwiesen sich Løkke und seine Partei als echte Kompromissfinder: es gelang tatsächlich, eine Koalition der drei stärksten Parteien über die Mitte hinweg zu schmieden.

Dies ist aus mehreren Gründen bemerkenswert und ungewöhnlich: zum einen hätte die eindeutige Wahlsiegerin, die alte und neue Regierungschefin Mette Frederiksen mit ihren Sozialdemokraten eine eigene Mehrheit mit dem roten Block finden können. Allerdings hätte sie sich hier mit insgesamt vier weiteren Parteien und zusätzlich den drei „roten“ Vertretern Grönlands und der Färöer auf eine Koalitionsregierung bzw. Absprache über eine neue Minderheitsregierung einigen müssen – und dies bei einer gemeinsamen Mehrheit von gerade einmal einer Stimme (90 von 179). Zum zweiten musste Lars Løkke sich mit der Partei einigen, welche er eineinhalb Jahre zuvor im Streit verlassen hatte und deren damaliger Vorsitzen-

der Jacob Ellemann-Jensen sein großer innerparteilicher Gegner gewesen war. Zum dritten führte und führt der zweimalige Regierungschef (2009–11 und 2015–19) die kleinste der drei Parteien und musste damit sowohl seiner politischen Hauptgegnerin, die ihn 2019 aus dem höchsten Regierungsamt gedrängt hatte, als auch seinem alten innerparteilichen Widersacher, der ihn 2020 gegen seinen Willen von der Venstre-Spitze gedrängt hatte, bei vielen Ansprüchen den Vortritt lassen. Es erscheint als ein einmaliger Vorgang, dass sich ein vormaliger Regierungschef sowohl seiner Hauptgegnerin und Nachfolgerin im Amt als auch seinem alten innerparteilichen Widersacher als stellvertretendem Regierungschef unterordnet.

## Aderlass bei Venstre

Es liegt auf der Hand, dass viele Kräfte der Moderaten ehemalige Venstre-Mitglieder sind, die ebenso wie deren Wählerstimmen der alten Partei seither gefehlt haben. Fraktionsvorsitzender im Folketing ist seit 2022 der frühere Tonderaner Bürgermeister Henrik Frandsen, der sich seinerseits mit seiner Partei überworfen und vor der letzten Kommunalwahl eine eigene „Tønderliste“ gegründet hatte, die nun ihrerseits zu den Moderaten übergegangen ist. Bei der Europawahl konnten die Moderaten allerdings nur mit Mühe ein Mandat erringen, das sie bereits seit 2023 durch einen Parteübertritt von Venstre besessen hatten, und zwar durch Bergur Løkke Rasmussen, den Sohn des Parteichefs, dem bei der Wahl 2024 Stine Bosse gefolgt ist.

Dennoch erscheinen die Moderaten bereits als eine etablierte Partei im dänischen Parteienspektrum. Ob sie dauerhaft Erfolg haben wird, hängt sicherlich davon ab, ob es gelingt, rechtzeitig einen Nachfolger für den charismatischen Parteichef aufzubauen, wenn dieser sich eines Tages zurückziehen wird. Zudem hat es einige personelle Konflikte gegeben, so dass die 16-köpfige Fraktion inzwischen auf zwölf Mitglieder geschrumpft ist.

Das andere bekannte Ex-Venstre-Mitglied mit einer neuen Parteigründung ist Inger Støjberg, von der unten noch die Rede sein wird. Vorweg sei an dieser Stelle bemerkt, dass sie wie Lars Løkke im Streit aus Venstre ausgetreten war und ihre neue Partei ebenfalls stark auf ihre eigene Person zugeschnitten hat. Dabei ging die vormalige Integrationsministerin sogar noch einen Schritt weiter, indem sie sich selbst im Parteinamen „Danmarksdemokraterne – Inger Støjberg“ verankerte.

Letzteres hatte bereits zuvor ein weiterer, allerdings deutlich weniger prominenter Politiker gemacht: 2019 trat die Liste Klaus Riskær Pedersen erstmals zur Folketingswahl an. Allerdings erreichte die Liste um den früheren Venstre-Europaabgeordneten nur 0,8% der Stimmen und verfehlte klar den Einzug ins Parlament. Noch 2019 hat die Partei den Namen „Borgerlisten“ angenommen. Sie ist dem liberalen Spektrum zuzurechnen, hat aber mit dem eigenwilligen Attribut „rot-konservativ“ für sich geworben; ihr Parteigründer hätte sich bei einem Wahlerfolg für einen Regierungschef aus dem blauen Block ausgesprochen.<sup>8</sup> Doch seither ist es still um die Organisation geworden. Dennoch steht diese Partei auf interessante Weise für eine neue

Tendenz in der dänischen Parteienpolitik, dass sich neue Parteien sehr stark auf ihre Gallionsfigur ausrichten.

## Wirbel im rechtspopulistischen Lager

Zu den auffälligsten Besonderheiten des dänischen Parteiensystems, aber auch der politischen Kultur in Dänemark zählt, wie erwähnt, die frühzeitige völlige Integration der rechtspopulistischen Parteien in die gesamte politische und parlamentarische Arbeit auf allen Ebenen. War die bereits 1973 gegründete rechtspopulistisch-ultraliberalistische „Fortschrittspartei“ (Fremskridtspartiet) um den exzentrischen Parteigründer Mogens Glistrup noch fundamental oppositionell eingestellt,<sup>7</sup> änderte Pia Kjaersgaard, zuvor stellvertretende Parteichefin dieser Partei, mit ihrer 1995 davon abgespaltenen „Dansk Folkeparti“ bald die Linie. blieb die rechtspopulistisch-sozialkonservative Neugründung zunächst wie erwähnt eine Außenseiterin im Parteienspektrum, wurde sie beim folgenden Regierungswechsel 2001 zur entscheidenden Unterstützungspartei für die liberal-konservative Regierung von Anders Fogh Rasmussen. Je länger der zeitliche Abstand wird, desto klarer lässt sich erkennen, was für eine Zeitenwende dies für die dänische Politik und Parteienlandschaft gewesen ist.

Danach folgte über lange Zeit ein fast ununterbrochener kontinuierlicher Aufstieg der Rechtsaußenpartei. Einerseits verfolgte sie bei ihrem Kernthema Ausländerpolitik eine harte Linie, die bald aber auch von anderen Parteien übernommen wurde. Andererseits bemühte sie sich um das Image einer bürgerlich-konservativen

Partei, welche sich an die demokratischen Spielregeln hält, sich als zuverlässiger Zusammenarbeitspartner profiliert und sich von allzu weit nach rechts abdriftenden Parteimitgliedern trennt. 2014 wurde DF stärkste dänische Partei bei den Wahlen zum Europaparlament, 2015 vor Venstre zweitstärkste Partei im Folketing und bei den Kommunalwahlen 2017 vielerorts stärkste Partei, dabei mit dem landesweit höchsten Ergebnis in Apenrade. Wie schon 2001–11 verhalf sie einer bürgerlichen Regierung ins Amt, ohne selbst Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen.

## 2018 – Dansk Folkeparti auf dem Höhepunkt

Als der in den dänischen Medien liebevoll aus „Tulle“ bezeichnete Parteichef Kristian Thulesen Dahl, der 2012 nach langer Zeit als stellvertretender Vorsitzender und „Kronprinz“ der 2015 zur Folketingpräsidentin<sup>9</sup> avancierten Parteigründerin Pia Kjaersgaard gefolgt war, 2018 mit einer gemeinsamen Erklärung mit der sozialdemokratischen Parteichefin Mette Frederiksen zum Thema Lohngrenze auftrat, befand sich DF auf einem neuen Höhepunkt.<sup>10</sup> Neben der bisherigen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, welche ebene Mindestlohngrenze für ausländische Arbeitskräfte ablehnten, lag nun auch eine Koalition mit den Sozialdemokraten im Bereich des Möglichen. Ein solcher Schulterschluss zwischen einer sozialdemokratischen und einer rechtspopulistischen Partei ist bis heute in Europa ebenfalls ein ziemlich einmaliger Vorgang geblieben.

Doch statt eines von vielen erwarteten Aufbruchs der DF zu neuen machtpolitischen Horizonten folgte ein rasanter Abstieg, der in der dänischen Parteigeschichte ebenso einmalig gewesen ist wie zuvor der praktisch kontinuierliche, scheinbar unaufhaltsame Aufstieg. 2019 erlebte DF bei den kurz nacheinander angesetzten Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Folketing dramatische Verluste: dem Rekordergebnis von 2015 (21,4%) folgte im Folketing ein Absturz auf 8,7% mit Verlust von 21 der bisher 37 Mandate. Im Europaparlament gingen kurz darauf drei der vier Mandate verloren (10,8 statt zuvor 26,6% der Stimmen). Die Gründe hierfür sind vielfältig: viele politische Beobachter meinten, dass neben den alten bürgerlichen Parteien nun auch die Sozialdemokraten die harte Linie in der Ausländerpolitik übernommen und damit DF ihr Kernthema abgenommen hätten. Umgekehrt hätten viele Stammwählende eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten übelgenommen. Zudem schaffte es DF nicht, beim damals im Fokus vieler Debatten stehenden Thema Klimapolitik glaubwürdige Akzente zu setzen.<sup>11</sup>

Und nicht zuletzt war die einigende Kraft von DF im rechten Abschnitt der wertepolitischen Links-Rechts-Skala dahin, wovon unten noch die Rede sein wird.

Der Negativtrend setzte sich in der Folgezeit weiter fort und wurde durch innerparteiliche Querelen, die man in der bis dahin straff geführten Partei kaum gekannt hatte, noch weiter beschleunigt. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen im November 2021 folgte eine weitere schwere Niederlage, nach welcher der über lange Zeit unangefochtene Thulesen



Abb. 3 Wahlkampfauftritt von Ellen Trane Nørby am 17. Mai 2019 vor der Folketingswahl auf dem Flensburger Holm

Dahl seinen Rücktritt erklärte. Der Kampf um die Nachfolge verschärfte die Gegensätze noch weiter. Dass mehrere prominente Stimmen in der DF die vormalige Ausländerministerin Inger Støjberg in die Partei hatten lotsen wollen und ihr gleich den Vorsitz angeboten hatten,<sup>12</sup> schwächte den künftigen Vorsitzenden zusätzlich. Zwar konnte Morten Messerschmidt sich bei der Abstimmung zum Parteivorsitz durchsetzen, doch der ebenfalls dem rechten Flügel zuzuordnende unterlegene Gegenkandidat Martin Henriksen verließ die Partei umgehend, wie auch zahlreiche andere Mitglieder, darunter immer mehr Folketingsabgeordnete.

Schließlich trat sogar Kristian Thulesen Dahl aus der einst von ihm mitgegründeten Partei aus, während die Umfragewerte angesichts der Neugründung von Støjbergs „Danmarksdemokraterne“

weiter in den Keller gingen und sich DF vier Jahre nach ihrem Zenit nahe der Sperrgrenze von 2% sahen. Zwar gelang der Partei 2022 mit 2,6% noch der Wiedereinzug ins Folketing, doch bildete die fünfköpfige Gruppe um Pia Kjærsgaard, Morten Messerschmidt und den aus dem Europäischen Parlament (EP) zurückgekehrten stellvertretenden Vorsitzenden Peter Kofod fortan die kleinste der 12 Fraktionen.

## Ein unaufhaltbarer Abstieg

Bereits bei der Folketingswahl im Juni 2019 waren zwei neue Parteien in Konkurrenz zur DF aufgetreten. Bereits Ende 2015 hatte eine Gruppe um die vormalige konservative Stadtratsabgeordnete in Helsingør Pernille Vermund die Partei „Nye Borgelige“ gegründet. Diese forderte wie DF eine kompromisslose Ausländer- und Integrationspolitik, platzierte sich mit ultraliberalen Positionen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik allerdings auch weit rechts im verteilungspolitischen Links-Rechts-Schema. 2019 konnte sie mit 2,4% die ersten vier Mandate im Folketing gewinnen und diese 2022 mit 3,7% auf sechs ausbauen. Doch der Erfolg war von kurzer Dauer: nach und nach verließen die Abgeordneten ihre Partei aufgrund interner Streitigkeiten. Pernille Vermunds kurzzeitiger Nachfolger als Parteichef, Lars Boje Mathiesen, wurde wenige Wochen nach seiner Wahl abgesetzt und ausgeschlossen.<sup>13</sup> Pernille Vermund übernahm erneut das Ruder, verkündete jedoch am 10. Januar 2024 die bevorstehende Selbstauf-

lösung von Fraktion und Partei, „um die Kräfte im bürgerlichen Lager nicht zu zersplittern“.<sup>14</sup>

## Die Selbstauflösung wird widerrufen

Trotz inzwischen starker Mitglieder- verluste folgten viele dieser Linie nicht, widerriefen die geplante Auflösung der Partei und wählten den Ex-DF-Abgeordneten Martin Henriksen zum neuen Vorsitzenden. Doch die Partei hat sich bisher nicht aus der Krise herausmanövrieren können: im April 2025 gab Henriksen nach nur einem Jahr seinen Rücktritt bekannt. Zudem hat die Partei zu diesem Zeitpunkt noch lange nicht die notwendigen Unterschriften für eine Zulassung zur nächsten Folketingswahl zusammenbekommen.<sup>15</sup> Im Folketing ist die Partei nicht mehr vertreten, da alle Gewählten Nye Borgerlige verlassen haben. Hiervon profitiert wiederum Dansk Folkeparti, zu welcher zwei derselben hinübergewechselt sind.

Ab 2017 hatte der Jurist Rasmus Paludan landesweit Aufsehen mit einer weiteren Parteigründung unter dem Namen „Stram Kurs“ erregt. Diese schlug im Vergleich zu den anderen rechten Parteien noch deutlich schärfere Töne in der Integrationsdebatte und insbesondere in Bezug auf muslimische Mitbürger\*innen im Land an. In Umfragen lag die Partei zeitweise klar über der 2%-Sperrklausel. Doch 2019 verfehlte Stram Kurs knapp den Einzug ins Folketing. Ein Jahr später zeigte sich, dass es bei der Sammlung der für die



Abb. 4 Inger Støjbergs Haarschopf unten rechts als Kennzeichen auf einem Wahlplakat ihrer Partei im Oktober 2022 in Apenrade

Wahlzulassung notwendigen Unterstützerunterschriften Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Die Partei musste völlig neu beginnen und vermochte 2022 nicht, zur Folketingswahl anzutreten. Zudem hatte ihr Vorsitzender in der Zwischenzeit seine Aktivitäten nach Schweden verlegt, dessen Staatsbürgerschaft er ebenfalls besitzt. Es ist still um die Partei geworden, obwohl ihr Gründer nach wie vor mit extremen Aktionen wie Koranverbrennungen und lautstarken Demonstrationen auf sich aufmerksam macht.

Während es den beiden genannten Parteien bisher nicht gelang, sich im dänischen Parteienspektrum zu stabilisieren, ist der Erfolg einer weiteren neuen Partei im rechten Lager umso auffälliger: der rasante Aufstieg der eben erst gegründeten Partei „Danmarksdemokraterne – Inger Støjberg“ im Jahr 2022 – ein weiterer bisher einmaliger Vorgang im dänischen Parteiengefüge, nicht zuletzt aufgrund der Vorgeschichte der Parteigründerin. Nach der für Venstre verlorenen Folketingswahl

2019 deutete zunächst nichts darauf hin, dass Støjberg eine neue Partei gründen würde. Ganz im Gegenteil: im September 2019 wurde die vormalige Ministerin mit einer Dreiviertelmehrheit zur neuen stellvertretenden Parteichefin von Venstre gewählt, wobei sie sich gegen eine weitere Ex-Ministerin, Ellen Trane Nørby, deutlich durchsetzte.

## Inger Støjberg – Frontfrau der Danmarksdemokraterne

In den vier Jahren zuvor hatte sich Inger Støjberg als Ministerin für Ausländerfragen und Integration als Hardlinerin profiliert. Sie setzte zahlreiche Verschärfungen des Ausländerrechts durch, deren sie sich auf mitunter bizarre Weise rühmte. Weit bekannt wurde eine auf ihrer Facebook-Präsenz gepostete Fotografie, auf welcher sie sich anlässlich ihrer 50. durchgesetzten Verschärfung mit einem wie ein Geburtstagskuchen gestalteten Backwerk zeigte.<sup>16</sup> Noch bizarrer erschien, dass man während ihrer Amtszeit auf der offiziellen Homepage des Ministeriums mit einem Rundenzähler begrüßt wurde, welcher die aktuelle Anzahl der in der laufenden Legislaturperiode erreichten Verschärfungen des Ausländerrechts anzeigte; am Ende waren es 114.<sup>17</sup>

All dies schien ihre Position in der liberalen Partei jedoch keineswegs zu schwächen. Im Gegenteil, sie erreichte auch über die Parteigrenzen hinweg eine gewisse Popularität und wurde in vielen

Medien als Stimmenmagnet („Stemmesluger“) dargestellt. Bald nach ihrer Wahl in das zweithöchste Parteiamt wurde die Ex-Ministerin jedoch von ihrem Eifer bei der Verschärfung von Maßnahmen gegenüber Geflüchteten unsanft eingeholt. So hatte sie 2016 angeordnet, dass Paare mit einer minderjährigen Partnerin unbedingt zu trennen seien, obwohl es keine Rechtsgrundlage dafür gab. Letztlich wurde der Klage einer Betroffenen stattgegeben und die vormalige Ministerin musste sich vor dem Reichsgericht (Rigsretten) verantworten. Dieses Reichsgericht ist keine ständige Institution, sondern wird nur einberufen, wenn eine politische Entscheidungsperson wegen Amtsmissbrauch angeklagt wird. Es besteht aus 26 Richter\*innen, die je zur Hälfte vom Folketing und vom Obersten Gericht (Højesteret) ausgewählt werden. Im demokratischen Dänemark wurde es im Laufe der Jahre gerade sechsmal einberufen. Zuletzt hatte sich der frühere Justizminister Erik Ninn-Hansen 1995 dort verantworten müssen, übrigens ebenfalls wegen einer ausländerpolitischen Angelegenheit.<sup>18</sup> Während Ninn-Hansen seinerzeit mit einer Bewährungsstrafe davongekommen war, ging Inger Støjberg im Dezember 2021 als erste dänische Ministerin in die Geschichte ein, die wegen Amtsmissbrauch zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, und zwar von einem, mit einer Ausnahme, einigen Reichsgericht.

## Wegen Amtsmissbrauch vom Reichsgericht verurteilt

Die in der Zwischenzeit auf innerparteilichen Druck aus Venstre ausgetretene Inger Støjberg verlor daraufhin auch noch ihren Sitz im Folketing, den sie als fraktionslose Abgeordnete (løsgænger) behalten hatte. Eine klare Mehrheit erklärte sie in der Sitzung vom 21. Dezember 2021 für unwürdig, weiterhin im Parlament ihr Mandat auszuüben, welches an Venstre zurückfiel. Eine solche Verurteilung hatte es seit 1953 nur viermal zuvor gegeben. Wie Støjberg hatte es ausschließlich zu Gefängnisstrafen verurteilte Politiker getroffen.<sup>19</sup>

Trotz der eindeutigen Rechtslage zeigte sich die Politikerin, die in der Zwischenzeit viel Unterstützung aus dem rechten Lager erhalten hatte, völlig uneinsichtig und sah sich weiterhin als wahre Vertreterin „dänischer Werte“.<sup>20</sup> Wie erwähnt erhielt sie sogar das Angebot aus Dansk Folkeparti, beim Eintritt in diese Partei gleich den Vorsitz derselben zu übernehmen. Dieses schlug sie jedoch aus und machte sich nach Verbüßung ihrer Strafe<sup>21</sup> im Juni 2022 an die Gründung einer eigenen Partei. In kürzester Zeit bekam sie die Unterschriften für die Wahlzulassung der Partei zusammen, zudem wechselten Mitglieder anderer Parteien wie die prominenten DF-Vertreter Peter Skaarup und Søren Espersen zu dieser. Nach dem Vorbild einer etablierten rechtspopulistischen Partei in Schweden<sup>22</sup> benannte sie diese als „Danmarksdemokraterne“ und fügte noch ihren eigenen Namen hinzu. Der Personenkult wurde noch weiter auf die Spitze getrieben, indem auf den Wahlplakaten Støjbergs roter Haarschopf als Erkennungssymbol hinzugefügt wurde.

Obwohl es der Partei nicht gelang, bis zur folgenden Wahl ein nennenswertes Parteiprogramm aufzustellen, erreichte sie schnell hohe Umfragewerte. Støjbergs Devise lautete „Ihr wisst, wofür ich stehe“, und dies (und dabei wohl vor allem der Gedanke an eine kompromisslose Ausländerpolitik) kam offenbar bei vielen an, ungeachtet ihres erst kurz zuvor geahndeten Verstoßes gegen den Rechtsstaat und die Demokratie. In den Medien wurde bereits über eine mögliche Regierungsbeteiligung gemunkelt, die auch von konkurrierenden Parteien unter Verweis auf die abgeholte Strafe als machbar angesehen wurde.<sup>23</sup>

Für die stark in den Medien präsente Inger Støjberg wurde die Folketingswahl zu einem großen Erfolg. Nur knapp hinter den Moderaten und Socialistisk Folkeparti wurde ihre Partei auf Anhieb die fünftstärkste.<sup>24</sup> Zwar schied sie schnell aus den Verhandlungen über eine Regierungsbildung aus, doch zeigt sich ansonsten auch im Umgang mit dieser Partei die in Dänemark verbreitete politische Teilhabe- und Kompromisskultur. Durch je einen Überläufer von Venstre und Nye Borgerlige wurde die Fraktion im März 2024 sogar zur drittstärksten im Folketing bei bis heute hohen Umfragewerten.

Im März 2024  
drittstärkste Fraktion  
im Folketing

Derweil ist im rechten Spektrum eine weitere Partei entstanden: nach seinem Ausschluss bei Nye Borgerlige behielt der

The screenshot shows the homepage of uim.dk. At the top, there is a navigation menu with links: Arbejdsområder, Statistik, Love og regler, Puljer, Ministeriet, US, SIRI, Brexit, and Job og karriere. Below the menu is a large banner image of an older man with a white beard and a younger woman with dark curly hair, both wearing aprons and smiling in a kitchen setting. To the right of the image is a blue box containing the text: "Regeringen har gennemført", the number "114" in large white digits on black squares, "stramninger på udlændingeområdet", and "Læs om alle regeringens stramninger". Below the banner, the main headline reads: "Færre indvandrere på offentlig forsørgelse og flere i arbejde." followed by the sub-headline: "Det går fremad med at få flere indvandrere ud af offentlig forsørgelse og i arbejde."

Abb. 5 Rundenähler mit der Anzahl der in der laufenden Legislaturperiode erreichten Verschärfungen des Ausländerrechts auf der Begrüßungsseite (uim.dk) des Ausländer- und Integrationsministeriums während der Amtszeit von Inger Støjberg, hier am 2. Juni 2019, kurz vor der Entfernung anlässlich des Regierungswechsels

kurzzeitige Vorsitzende Lars Boje Mathiasen nicht nur sein Mandat im Folketing, sondern gründete eine weitere neue Partei namens Borgernes Parti.

Zugelassen wurde sie im August 2024 mit dem Namenszusatz „Lars Boje Mathiasen“.<sup>25</sup> Im Januar 2025 erreichte sie die Unterschriftenzahl für die Wahlaufstellung zum Folketing. Auf ihrer noch recht spärlichen Homepage wirbt sie mit typisch rechtspopulistischen Floskeln und bezeichnet sich als beste Partei für Autobeisitzer.<sup>26</sup> Ob die Partei Chancen auf einen Einzug ins Parlament haben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

So bleiben bei der Betrachtung des äußeren rechten Flügels im dänischen Parteienspektrum zwei Entwicklungen bemerkenswert. Zum einen gibt es statt der bis 2018 einen und diszipliniert auftretenden Partei nun mehrere, die sich

untereinander und teilweise auch intern keineswegs einig sind. Zum anderen hält die Zustimmung für das äußere rechte Lager ungebrochen an, und dem tut selbst die strafrechtliche Verurteilung der nunmehr stärksten Figur keinen Abbruch. Es gibt heute nicht die geringsten Abgrenzungen bei der Zusammenarbeit mit den rechtspopulistischen Parteien. Sie werden längst als normaler Teil des Parteienspektrums wahrgenommen. Eine Vergangenheit in einer solchen Partei ist kein Hindernis für einen Neustart in einer anderen Partei.<sup>27</sup> Eine Veranstaltung wie jene am 7. März 2019 im „Folkhjem“ in Apenrade, als unter Aufmerksamkeit aller Medien lediglich Dahl und Vermund über die Positionen ihrer Parteien debattierten, ohne dass Vertreter anderer Parteien mitwirkten, wäre in Deutschland nur schwer vorstellbar.



Abb. 6 Seit 2024 im großen Gesprächszimmer des dänischen Parlamentsgebäudes Schloss Christiansborg angebrachtes Gemälde mit 30 markanten Frauengestalten der dänischen Parlamentsgeschichte seit 1918, darunter die DF-Gründerin und bisher einzige weibliche Folketingspräsidentin Pia Kjöersgaard

## Proteste in Flensburg stoßen in Dänemark auf Unverständnis

Die Proteste, die es in Flensburg angesichts einer dort geplanten Parteiversammlung von Dansk Folkeparti im August 2023 gegeben hatte, stießen in Dänemark weitgehend auf Unverständnis.<sup>28</sup> Ganz selbstverständlich hat Pia Kjöersgaard ihren Platz auf einer 3x5 Meter großen Malerei im repräsentativsten Gesprächsraum auf Christiansborg bekommen, auf welchem 30 bedeutende Frauen der dänischen Geschichte seit 1915 abgebildet werden und das als Gegenstück zu einem berühmten Gemälde platziert worden ist, auf welchem ausschließlich Herren bei der

Vorbereitung der Grundgesetzänderung von 1915 mit Einführung des Frauenwahlrechts zu sehen sind.<sup>29</sup>

Auf kommunaler Ebene sind DF und NB vielerorts Teil von Koalitionen, die man sich auf Landesebene schwer vorstellen kann, seit 2021 auch in Tønder und Apenrade, wo NB den SP-Bürgermeister Jørgen Popp mitgewählt hat bzw. man mit SF und Sozialdemokraten den Konservativen Jan Riber Jakobsen unterstützt, während DF in beiden Kommunen die Venstre-Konkurrenz unterstützt hat.

Gerne wird argumentiert, dass die dänischen Rechtspopulisten nicht ohne weiteres mit anderen europäischen Rechtsaußenparteien zu vergleichen seien, ja nicht einmal dem Rechtspopulismus zugeordnet werden sollten. Auch wenn man ihnen sicherlich nicht vorwerfen kann,

verfassungsfeindlich zu sein, liegen sie doch mit ihrer nationalistischen, ausländischerfeindlichen, gegen vermeintliche Eliten gerichteten und angeblich den wahren Volkswillen repräsentierenden Rhetorik voll auf einer Linie mit den meisten aktuellen rechtspopulistischen Parteien in Europa. Im Europäischen Parlament hat sich die Støjberg-Partei der Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ angeschlossen, zu welcher sonst Parteien wie Giorgia Melonis „Fratelli D’Italia“ und die polnische „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS), aber auch „Schwedendemokraten“, die finnische „Perussuomalaiset“<sup>30</sup> und weitere nationalkonservativ-rechtspopulistische Parteien gehören. Der Abgeordnete von Dansk Folkeparti arbeitet in der Fraktion der „Patrioten für Europa“ mit u. a. dem „Rassemblement National“ von Marine Le Pen, der „Lega“ von Matteo Salvini, der spanischen „Vox“, der „ANO2011“ von Milan Babiš, der „Vlaams Belang“ und nicht zuletzt der „Fidesz“ von Viktor Orbán zusammen. Bis zum durch Marine Le Pen initiierten Rauswurf aus der damals noch „Identität und Demokratie“ genannten Fraktion wegen einer SS-Relativierung ihres Spitzenkandidaten Maximilian Krahn hatte auch die AfD hierzu gehört, so dass DF 2019–24 ohne Wenn und Aber die Schwesterpartei der AfD gewesen ist.

## Entwicklungen bei den kleineren Parteien links der Mitte

Einige bemerkenswerte Entwicklungen sind auch bei den übrigen kleineren Parteien zu beobachten, auch wenn sie weniger markant sind als die bereits genannten Beispiele. In der wertepolitisch linken Hälfte des politischen Spektrums

hat es seit 2017 keine entscheidenden Veränderungen gegeben. Hier sind die Sozialdemokraten nach wie vor die mit weitem Abstand stärkste Partei, während die übrigen nur einstellige Wahlergebnisse erreichen. 2022 wurde Socialistisk Folkeparti wieder gestärkt und erreichte die viertmeisten Stimmen, nachdem sich die zuvor recht zerstrittene Partei unter ihrer Vorsitzenden Pia Olesen Dyhr wieder stabilisiert hat. So konnte sie die linksalternative, teilweise kommunistischen Utopien anhängende Partei „Enhedslisten“ wieder überholen, die in einigen Bezirken der Hauptstadt aber stärkste Partei ist.

Die dänische Sozialdemokratie ist nach wie vor die stärkste Partei

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament wurde SF stärkste dänische Partei noch vor den Sozialdemokraten und gewann ein drittes Mandat hinzu, während andere Parteien der Grünen Fraktion im Vergleich zu 2019 deutlich verloren. Dies mag nicht zuletzt mit personalisierten Wahlentscheidungen zu tun haben, denn Spitzenkandidatin Kira Peter-Hansen, 2019 als jüngste Abgeordnete aller Zeiten ins Parlament gerückt, wurde populär und gewann die meisten persönlichen Stimmen aller Parteien. Das dritte Mandat ging an den früheren Außenminister Villy Søvndahl. Nachdem Enhedslisten zugunsten der „Folkebevægelse mod EU“ zuvor niemals eigene Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament aufgestellt hatte, erreichte sie 2024 erstmals unter eigenem Namen ein Mandat.

Die linksliberale Radikale Venstre wurde bei der Folketingswahl 2022 offenbar dafür abgestraft, dass sie das für den roten Block riskante Vorziehen der Wahl erzwungen hatte. So lag sie am Ende nur knapp vor ihrer einstigen Abspaltung „Alternativet“, der nach manchen parteiinternen Umbrüchen in einigen Umfragen schon das Aus vorhergesagt worden war. Wegen der Koalition der Sozialdemokraten mit den Moderaten und mit Venstre finden sich alle vier Parteien nun in der Opposition wieder. Vor allem in der Ausländerpolitik stehen sie dabei im Gegensatz zu Mette Frederiksen, denn unter deren Führung hat die Partei als erste sozialdemokratische Partei in Europa eine harte Linie gefahren und sich zur Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten bereit gezeigt. Bei der Europawahl musste sich die traditionsreiche sozialliberale Partei mit einem Mandat begnügen. Weiterhin bildet sie in Straßburg und Brüssel eine Fraktionsgruppe mit Venstre und Moderaten. Noch härter traf es die Alternativen, die als einzige der elf angetretenen Parteien keines der 15 dänischen EP-Mandate erreichen konnte. Dort hätte man sich der Grünen Fraktion anschließen wollen.

Eine ausschließlich  
„Grüne Partei“ hat es in  
Dänemark schwer

Erwähnt sei noch eine neue Partei, die als eine von zwei der 14 landesweit angetretenen Listen 2022 den Einzug in das Folketing verpasste: De Frie Grønne. Zwar war die Partei zuvor dank einiger Parteiwechs-

ler bald nach ihrer Gründung ins Folketing gekommen, doch missglückte die Bestätigung durch die Wahl deutlich. Somit misslang es in Dänemark einmal mehr, eine ausdrücklich grüne Partei zu etablieren, auch wenn die Partei einen neuen Anlauf nehmen wird.<sup>31</sup> Dies mag aber auch daran liegen, dass vor allem SF inzwischen als eine solche wahrgenommen wird, zumal sie im Europaparlament seit langem der Grünen Fraktion angehört.

## Wechselhafte Entwicklungen bei den kleineren „blauen“ Parteien

Im „Blauen Block“ gab es neben den geschilderten Entwicklungen mit den Moderaten und am rechten Flügel noch eine weitere bemerkenswerte Entwicklung, und zwar bei der noch relativ jungen Partei Liberal Alliance: so gelang der wirtschaftsliberalen Partei, die 2019 aus der Regierungsverantwortung heraus mit nur noch 2,3% fast ganz aus dem Folketing gestürzt war, ein für viele unerwartetes Comeback. Sie setzte sich 2022 nicht nur mit 7,9% mit einem knappen Rückstand auf die Moderaten, Socialistisk Folkeparti und Danmarksdemokraterne auf Platz 6 nach der Stimmenausschüttung, sondern wurde sogar stärkste Partei bei den 18- bis 34-Jährigen. Dies wird in erster Linie einer geschickten Medienpräsenz in vor allem von jungen Menschen stark genutzten sozialen Medien zugeschrieben. Diese fortschreitende Medialisierung in der Politik – im voll elektronischen Dänemark vielleicht noch stärker als anderswo – ist noch ein ganz eigenes Thema. 2024 gelang erstmals der Einzug ins Europaparlament. Interessanterweise schloss man sich, trotz



Abb. 7 Mit Wahlwerbung gestaltete Fahrzeuge von Nye Borgerlige und Dansk Folkeparti während der DR-Veranstaltung im Folkehjem in Apenrade, bei welcher nur die Vorsitzenden der beiden Rechtsparteien auftraten

des Parteienamens, der christlich-konservativen EVP an. Die Fraktion im Folketing wuchs 2024 auf 15, als die vorherige Vorsitzende von Nye Borgerlige Pernille Vermund zu Liberal Alliance wechselte.

Ein Wechselbad der Gefühle erlebten seit 2017 auch die beiden letzten bürgerlichen Parteien, ohne dass sich an deren Status allerdings viel änderte. Verfehlten die Christdemokraten den Wiedereinzug ins Folketing 2019 nur denkbar knapp, waren sie 2022 weit davon entfernt. Die Konservativen hingegen schienen nach langer Talfahrt 2019 die Wende zu besseren Wahlergebnissen geschafft zu haben und lagen in Umfragen zwischenzeitlich sogar auf Augenhöhe mit Venstre, so dass der seit 2014 amtierende Parteichef Søren Pape Poulsen Ansprüche auf das Amt des

Regierungschefs nach der folgenden Wahl geltend machte.

Doch anstatt wieder eine führende Rolle wie 1982 - 1993 mit Poul Schlüter zu übernehmen, gab es 2022 am Ende sogar noch Verluste im Vergleich zu 2019 (von 6,6 auf 5,5%), und die traditionsreiche Partei ist auf Landesebene nur noch eine von vielen. Die Erfolge bei den Kommunalwahlen 2021, welche der Partei unerwartet einige Bürgermeisterämter bescherte (so in Apenrade und Kolding, dafür aber nach 112 Jahren ohne Unterbrechung (!) den Verlust in Frederiksberg), sicherten den Konservativen weiterhin Einfluss in der dänischen Politik. Mit Søren Papes plötzlichem Tod am 1.3.2024 mit nur 52 Jahren verlor die Partei ihre markanteste Persönlichkeit der letzten Jahre. Doch konnte sie

auch unter der neuen Vorsitzenden Mona Juul ihre Stimmenanteile halten und 2024 ihr Mandat im Europaparlament sichern.

Noch stärker als die Parteien links von den Sozialdemokraten scheint den bürgerlichen Parteien eine markante Führungsfigur in der Oppositionsführung zu fehlen. Derzeit erscheint fraglich, ob die gestärkten Parteien Danmarksdemokraterne und Liberal Alliance die bürgerlichen Oppositionsparteien bündeln können, oder ob die traditionsreichen Konservativen wieder zur führenden Kraft rechts der Mitte werden können. Die Regierungsbeteiligung von Venstre und Moderaten hat den einstigen „blauen Block“ ebenso geschwächt wie die parteipolitischen Unruhen im rechtspopulistischen Feld.

## 52 Jahre nach der Erdrutschwahl- Alles in Bewegung?

Nach bald eineinviertel Jahrhundert parlamentarischer Demokratie in Dänemark lässt sich also behaupten, dass die Parteienlandschaft so sehr in Bewegung ist wie selten zuvor. Bedeutete die legendäre „Erdrutschwahl“ von 1973 einen tiefen Einschnitt in das jahrzehntelang von den vier ältesten Parteien dominierte Gefüge,<sup>32</sup> war die Folketingswahl von 2001 der Auftakt der Mitbestimmung der Rechtspopulisten. Ob die Wahlen seit 2019, und die spätestens im Herbst 2026 folgende, eine ähnliche historische Bedeutung bekommen werden, muss die Zukunft zeigen.

Gerade für die bürgerlichen Parteien dürften die kommenden Regional- und Kommunalwahlen im November 2025 von zukunftsweisender Bedeutung werden. Sollten die aktuellen Umfragen vom

28.3.2025 wegweisend sein, könnte es tatsächlich zu einem noch stärkeren Umbruch kommen: der „Amtsmalus“ würde demnach alle drei Regierungsparteien treffen, so dass die Sozialdemokraten zwar immer noch die stärkste Kraft bleiben würden, Venstre hingegen von Socialistisk Folkeparti, Liberal Alliance und Danmarksdemokraterne überholt werden könnte. Den Moderaten werden trotz der Beitritte einiger bekannter Politiker nur noch 3,5% prognostiziert. Doch auch die Konservativen würden nicht und die Radikale Venstre nur wenig zulegen.<sup>33</sup> Alle drei Parteien könnten jedoch Zünglein an der Waage werden, falls sich wieder eine klarere Aufteilung in zwei Blöcke herausbilden sollte.

### Die „kleinen Parteien“ – das Zünglein an der Waage

Doch nicht nur die Parteienlandschaft könnte sich weiterverändern. In Dänemark wird weiterhin viel Wert auf ein partizipatorisches Demokratieverständnis gelegt. Dabei hat die Teilhabe aller immer noch Vorrang vor dem Wettbewerb, bei dem bis zur nächsten Wahl die Mehrheit bestimmt wird und der Minderheit die Oppositionsrolle übrig bleibt. Dennoch ist der Tonfall im Zuge einer auch hier zu beobachtenden Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts spürbar rauer geworden. Es kann noch viel passieren, sowohl bei den folgenden Kommunalwahlen als auch auf dem Weg zur nächsten Folketingswahl. Fest steht, dass das sich das Parteiengefüge in Dänemark heute noch mehr als im Jahre 2017 in Bewegung befindet.

## Anmerkungen

- 1 Gerret Liebing Schlaber: Parteien im Überblick. Ein Überblick über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen im dänischen Parteiensystem, GFH 2017, S. 21 - 46.
- 2 Damit sind Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus gemeint, wie sie im 19. Jahrhundert etabliert worden sind, werden wie erwähnt aber auf ihre kompromissfähig-demokratische Grundausrichtung beschränkt.
- 3 Während der Eröffnungssitzung des Folketings am 6.10.1999 sagte der damalige Regierungschef wörtlich: „Derfor siger jeg til Dansk Folkeparti: Uanset, hvor mange anstrengelser man gør sig – set med mine øjne stuerene, det bliver I aldrig!“ Vorausgegangen war eine von Pia Kjærsgaard formulierte Forderung, dass im Falle von wiederholter Kriminalität eines Einwanderers (auch in der zweiten oder dritten Generation) die ganze Familie ausgewiesen werden sollte. Paul Nyrup verteidigte seine Aussage auch noch, als Kjærsgaard Präsidentin des Folketings war: „Dansk Folkepartis forslag var i strid med alt, hvad vi kender af retslig acceptable tilstande i et demokrati. Det er også helt umenneskeligt, og derfor følte jeg, at det ville have været et stort skred, hvis det var gået ubemærket hen fra min side. Nogle gange er det nødvendigt at sige fra.“ Vgl. Per Bang Thomsen: Nyrup forsvarer omstridt DF-kommentar: Nogle gange er det nødvendigt at sige fra, DR 11.9.2017. <https://www.dr.dk/nyheder/politik/nyrup-forsvarer-omstridt-df-kommentar-nogle-gange-er-det-noedvendigt-sige-fra>.
- 4 Seinerzeit galt die Einbeziehung der aufstrebenden rechtspopulistischen Parteien in die Regierungsarbeit bzw. -mehrheit noch europaweit als Tabubruch. So führte die erste Ernennung einer solchen Koalitionsregierung am 4. 2. 2000 – und zwar zwischen der christlich-konservativen Österreichischen Volkspartei und der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs – zunächst zu einer weitgehenden Isolierung der Alpenrepublik in Europa. Allmählich wurde dies jedoch auch im übrigen Europa geduldet. Als ab Juni 2001 in Italien ein Rechtsbündnis unter Silvio Berlusconi inklusive der Lega Nord und der aus den Neofaschisten hervorgegangenen Alleanza Nazionale die Regierungsgeschäfte aufnahm, gab es keine entsprechenden Reaktionen wie zuvor im Fall Österreichs. Die islamistischen Terroranschläge des 11. 9. 2001 sollten den Diskurs in Europa zudem nachhaltig verändern. Trotz inzwischen zahlreicher Beispiele der Regierungsbeteiligung in Europa und der Übernahme vieler rechtspopulistischer Positionen durch etablierte Parteien ist die Einbindung rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern immer noch ein Tabu geblieben. In Schweden z.B. ist die seit Oktober 2022 amtierende Regierung unter Ulf Kristersson (Moderata Samlingspartiet) die erste im Land, welche die rechtspopulistischen und heute bewusst bürgerlich auftretenden, aus einer rechtsextremen Vorgängerorganisation hervorgegangenen Schwedendemokraten als Mehrheitsbeschafferin einbezieht.
- 5 Während sich das in der Öffentlichkeit am weitesten verbreitete Links-Rechts-Schema in erster Linie auf die Wertepolitik bezieht, stehen auf der verteilungspolitischen Links-Rechtsachse zwar ebenfalls die Parteien mit einer auf hohe Steuern, hohe Sozialleistungen und somit viel Umverteilung von Mitteln ausgerichteten Politik, ganz rechts allerdings die ultraliberalen Parteien, die für Steuersenkungen und geringe Staatsleistungen eintreten.
- 6 Diese Tendenz ist bei weitem nicht auf Dänemark beschränkt. Das markanteste Beispiel für eine auf eine Person ausgerichtete Partei in Deutschland ist das „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Nach Erfolgen bei Landtagswahlen 2024 und bei bundesweit über viele Monate hindurch stabilen Umfragewerten

- hat das denkbar knappe Scheitern an der 5%-Hürde bei der jüngsten Bundestagswahl die Partei und ihre Vorsitzende und Namenspatin vor eine unsichere Zukunft gestellt.
- 7 Klaus Riskær Pedersens parti skifter navn til Borgerlisten, Jyllands-Posten/Ritzau 19. 12. 2019, <https://jyllands-posten.dk/politik/ECE11836629/klaus-riskaer-pedersens-parti-skifter-navn-til-borgerlisten/>.
  - 8 Der aus Flensburg stammende Skandinavist Bernd Henningsen hat es in einer lesenswerten Studie so ausgedrückt: „Das Erwachen des Neo-Nationalismus hat an den Grenzen Nordeuropas nicht haltgemacht; ja der Populismus ist in Skandinavien vor allen anderen Ländern Europas auferstanden und hat die Traditionen der Toleranz, des Kompromiss- und Konsens Denkens in Politik und Gesellschaft verdunkelt; soziale Solidarität wird zunehmend an die Zugehörigkeit zur je eigenen Nation gebunden, ja an ethnische Abstammung, vielleicht kulturalistisch definiert [...]“, Bernd Henningsen: Die Welt des Nordens. Zwischen Ragnarök und Wohlfahrtsutopie: Eine kulturhistorische Dekonstruktion. Berlin 2021, S. 437.
  - 9 Auf diesem Posten war sie die erste Frau in der dänischen Geschichte. Diesen durfte sie auch behalten, nachdem sie am 29.10.2016 in der DR-Fernsehsendung „Debatten“ die EU als „Rattennest“ (rotterede) bezeichnet hatte, vgl. <https://www.dr.dk/nyheder/politik/folketingsvalg/fra-overfald-paa-noerrebro-tilklimatosser-10-nedslag-i-pia>. 2019.
  - 10 Bereits im Februar 2017 hatten beide bei einer Diskussion anlässlich einer Veranstaltung der Gewerkschaft „3F“ verdeutlicht, dass sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen könnten – DF war seinerzeit Mehrheitsbeschafferin („støtteparti“) für die Regierung von Venstre, Konservativen und Liberal Alliance. Vgl. Marie Sæhl, Per Bang Thomsen, Fra fjender til venner: Socialdemokratiet og Dansk Folkeparti er Borgens magtfulde makkerpar, dr.dk, 14.2.2017, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/fra-fjender-til-vennersocialdemokratiet-og-dansk-folkeparti-er-borgens-magtfulde>. Mit der gemeinsamen Erklärung zum Mindestlohn für ausländische Arbeitskräfte, die am 6.9.2018 veröffentlicht wurde, setzten die damalige Oppositionsführerin und der Chef der für die Regierungsmehrheit entscheidenden damals zweitstärksten Partei im Folketing ein noch deutlicheres gemeinsames Signal, Berlingske Tidende, 6.9.2018, [https://www.berlingske.dk/kommentatorer/mette-f-og-thulesen-dahl-belobsgraensen-for-udenlandskarbejdskraft-bliver?gaa\\_at=eafs&gaa\\_n=AerBZYNpKGYUw5AVkz6ju8F\\_rnlOvE1ZOikG9BLaUGqMIwkz10jKDQidufbTS7-LCA%3D&gaa\\_ts=67fbb449&gaa\\_sig=gnO92HA41H1DtOJcTmL9WKeLmp0j4nzBigtH5AY6UYfA7Gw5XlIig-QTfIVEQswxWcVcgBxxAJpoekSGQxbeov-g%3D%3D](https://www.berlingske.dk/kommentatorer/mette-f-og-thulesen-dahl-belobsgraensen-for-udenlandskarbejdskraft-bliver?gaa_at=eafs&gaa_n=AerBZYNpKGYUw5AVkz6ju8F_rnlOvE1ZOikG9BLaUGqMIwkz10jKDQidufbTS7-LCA%3D&gaa_ts=67fbb449&gaa_sig=gnO92HA41H1DtOJcTmL9WKeLmp0j4nzBigtH5AY6UYfA7Gw5XlIig-QTfIVEQswxWcVcgBxxAJpoekSGQxbeov-g%3D%3D).
  - 11 Mit dem Begriff „Klimatosser“ schuf Parteigründerin Kjærsgaard in ihrer Rede nach der Wahlniederlage am 26. 5. 2019 seinerzeit einen Begriff, mit dem sie eine angebliche „Klimahysterie“ (auch diesen Begriff verwendete sie) bei vielen Menschen für das schlechte DF-Ergebnis mitverantwortlich machen wollte. Vgl. <https://www.dr.dk/nyheder/politik/pia-kjaersgaard-jeg-staar-100-procent-ved-der-er-mange-klimatosser> (Teil eines Jahresrückblicks auf DR, 27.1 2. 2019).
  - 12 Nach den schweren Wahlniederlagen in zahlreichen dänischen Kommunen 2021 sprachen sich viele DFMitglieder offen für Støjberg als Vorsitzende aus, darunter der zeitweilige Tonderaner Vizebürgermeister Bent Paulsen. Auch Noch-Parteichef Kristian Thulesen Dahl und Gründerin Pia Kjærsgaard äußerten sich sehr positiv, letztere postete sogar ein gemeinsames Bild auf ihrem Instagram-Profil „piakjaersgaard1“, als beide im nordwestlichen Kopenhagener Vorort Tingbjerg angeblich „die Tem-

- peratur des Demokratieverständnisses“ im „Ghetto“ maßen. Vgl. Emma Klinker Stephensen u.a.: Vragede DF-kandidater er begejstrede for Støjberg som mulig formand, TV2, 17. 11. 2021, <https://nyheder.tv2.dk/politik/2021-11-17-vragede-df-kandidater-er-begejstrede-for-stoejberg-som-mulig-formand>.
- 13 Mehr hierzu bei Marie Lagoni Pedersen: Lars Boje Mathiesen er ekskluderet fra Nye Borgerlige – Pernille Vermund åbner for comeback, DR 10. 3. 2023, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/foelg-reaktionerne-larsboje-mathiesen-er-ekskluderet-fra-nye-borgerlige>.
- 14 <https://www.dr.dk/nyheder/politik/nye-borgerlige-gaar-i-oploesning>
- 15 Line Gjerlev Hobel: Martin Henriksen trækker sig som formand for Nye Borgerlige, DR 5.4.2025, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/martin-henriksen-traekker-sig-som-formand-nye-borgerlige>. Neue Vorsitzende wurde am 27. 4. 2025 Susanne Borggaard.
- 16 Zu sehen u.a. in einem Bericht in Kristeligt Dagblad: Arne Notkin, Støjberg sætter facebook i brand, Kristeligt Dagblad 15. 3. 2017. <https://www.kristeligt-dagblad.dk/samfund/stoejberg-saetter-facebook-i-brand>.
- 17 [www.uim.dk](http://www.uim.dk), abgerufen am 9. 6. 2019. Nachfolger Mattias Tesfaye ließ dies nach der Amtsübernahme umgehend entfernen, doch die scharfe Ausländerpolitik wurde mit nur wenigen Einschränkungen auch unter,den seitherigen Ministern fortgeführt.
- 18 Der Fall, bei welchem tamilischen Flüchtlingen aus Sri Lanka wesentliche Rechte vorbehalten worden waren, ging als „Tamilsagen“ in die dänische Geschichte ein und trug wesentlich zum Ende der Schlüter-Regierung bei. Eine Zusammenfassung dieser Affäre gibt es bei Søren Hein Rasmussen, Tamilsagen 1986–1995, [https://danmarkshistorien.lex.dk/Tamilsagen\\_1986-1995](https://danmarkshistorien.lex.dk/Tamilsagen_1986-1995) (abgerufen 12.4.2025).
- 19 Karen Klærke: Folketinget har stemt: Inger Støjberg er ikke værdig til at sidde i Folketinget, DR 21. 12. 2021, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/folketinget-har-stemt-inger-stoejberg-er-ikke-vaerdig-til-sidde-ifolketinget>. Zuletzt betraf dies 1983 den wegen Verweigerung von Steuerzahlungen verurteilten Gründer der Fortschrittspartei Mogens Glistrup und 1990 dessen vormaligen Parteifreund Hugo Holm, der wegen Gewaltdelikten verurteilt worden war.
- 20 ”Jeg er meget, meget overrasket. Det må jeg sige, og jeg synes, det er de danske værdier, der har tabt i dag, det er ikke bare mig, men de danske værdier”, lautete ihr erster Kommentar nach dem Urteilspruch, vgl. u.a. Jóhann Thór Haahr Hansen: Inger Støjberg efter historisk dom: ”Det er de danske værdier, der har tabt i dag”, Jyllands-Posten, 13. 12. 2021, <https://jyllands-posten.dk/politik/ECE13553133/inger-stoejberg-efter-historisk-dom-det-er-de-danske-vaerdier-der-har-tabt-i-dag/>.
- 21 60 Tage lang musste die Ex-Ministerin eine elektronische Fußfessel tragen.
- 22 Diese Partei namens „Sverigedemokraterna“ (<https://www.sd.se>) existiert seit den 1980er Jahren. War ihre Vorgängerorganisation noch eindeutig im rechtsextremen Spektrum zu verorten, wurde die Partei ab 1995 deutlich bürgerlicher und orientierte sich an modernen rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern. Erst 2010 gelang der Partei, die in Schonen und Blekinge ihre stärksten Bastionen hat, erstmals der Sprung in den Reichstag. Seit 2022 dient sie als Mehrheitsbeschafferin für die bürgerliche Minderheitsregierung von Ulf Kristersson, auch nach der Enthüllung eines Skandals über massive Diffamierungskampagnen: Vgl. Alex Rühle: Trollfabrik im Zentrum der Macht, Süddeutsche Zeitung, 16.5.2024, <https://www.sueddeutsche.de/politik/schweden-rechtspopulisten-trollfabrik-1.7252140>.
- 23 Bereits im August 2022 äußerten sich sowohl Jakob Ellemann-Jensen als auch Søren Pape Poulsen positiv über eine mögliche Ministerin Inger Støjberg in einer von ihnen geführten künftigen Regierung. Vgl. Vilas Holst Jensen: V-formand: Støjberg kan godt blive minister, Jyllands-Posten, 19.8.2022,

- <https://jyllandsposten.dk/politik/ECE14324628/vformand-stoejberg-kan-godt-blive-minister/>.
- 24 In Nordschleswig war die Partei in allen vier Kommunen bei der Folketingswahl 2022 sogar die drittstärkste, vgl. GFH 2/2022, S. 253.
- 25 Ritzau-Meldung vom 28. 8.2 024: Lars Boje Mathiasens nye parti hedder Borgernes Parti, <https://nyheder.tv2.dk/politik/2024-08-28-lars-boje-mathiasens-nye-parti-hedder-borgernes-parti>.
- 26 <https://borgernesparti.dk>.
- 27 Beispielsweise wechselte der frühere stellvertretende Parteivorsitzende von DF René Christensen 2024 zu den Moderaten, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/ny-og-haard-retorik-faar-df-profil-til-skifte-til-moderaterne> 14.2.2024. Pernille Vermund trat Liberal Alliance bei.
- 28 Mehrere Parteien, darunter SPD und Grüne, hatten ihr Unbehagen darüber ausgedrückt, dass die Partei mit ihren fremdenfeindlichen Haltungen ausgerechnet die Fördestadt als Tagungsort ausgesucht hatte. Zudem haben DF-Mitglieder immer wieder ausgedrückt, dass sie sich eine Grenzverschiebung nach Süden vorstellen könnten. Das örtliche Bündnis gegen Rechts kündigte Proteste an. Letztlich sagte das Hotel der Partei unter Verweis auf eine unklare Sicherheitslage ab.
- 29 Mehr hierzu auf der Homepage des Folketings im Beitrag „Folketinget hædrer 30 kvinder med nyt maleri, 12. 11. 2024, <https://www.ft.dk/da/aktuelt/nyheder/2024/11/folketinget-haedrer-30-kvinder-med-nyt-maleri>. Pia Kjærsgaard ist im scheinbaren Gespräch mit der Sozialdemokratin Ritt Bjerregaard (1941-2023) und der Kommunistin Hanne Reintoft (1934–2025) direkt über der zu den ersten Frauen im Folketing zählenden Konservativen Mathilde Hauschultz zu sehen. Das Gemälde der Künstlerin Mie Mørkeberg zeigt in der Tat die gesamte politische Bandbreite in Dänemark. BILDQUELLE: Folketinget, foto: Ólafur Steinar Rye Gestsson.
- 30 In deutschen Medien wird die Partei meist als „Wahre Finnen“ oder „Die Finnen“ bezeichnet.
- 31 <https://friegronne.dk>.
- 32 Ein interessanter Beitrag hierzu: Walter Turnowsky: Als die Wählerschaft vor 50 Jahren den Parteien untreu wurde, Der Nordschleswiger, 1. 12. 2023, <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-daenemark-politik-meinung-diese-woche-kopenhagen/als-waehlerschaft-vor-50-jahren>.
- 33 Ergebnisse einer vom Institut Epinion für Danmarks Radio durchgeführten repräsentativen Umfrageuntersuchung über die Wahlpräferenz, wenn am folgenden Dienstag Folketingswahl wäre, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/meningsmaalinger>.

## Abbildungsnachweise

Abb. 1-4, 7 Gerret Liebing Schlaber

Abb 5      HYPERLINK „<http://www.uim.dk/>“ www.uim.dk (Startseite, Ausschnitt oben rechts, Zustand 2.6.2019)

Abb. 6      Folketinget; Foto: Ólafur Steinar Rye Gestsson. Gemälde von Mie Mørkeberg

*In Nord- und Südschleswig haben viele Grenzpendler\*innen auf beiden Seiten immer wieder mit bürokratischen und rechtlichen Hindernissen zu kämpfen, welche das harmonische und dynamische Zusammenleben im Grenzgebiet teilweise erschweren. Diesen Fragen nimmt sich künftig ein neues Cross-Border-Panel als Netzwerkinitiative an. In enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Staatsorganen in Kiel, Berlin und Kopenhagen sollen zukünftig Hemmnisse besprochen werden. Dänemark-Bevollmächtigter und Minderheitenbeauftragter Johannes Callsen äußert sich zu der Konstituierung des Cross-Border-Panels, welches als künftig fester Ansprechpartner einen großen Beitrag zur Lösung von Grenzhemmnissen leistet und für eine enorme Erleichterung für Bürger:innen auf beiden Seiten des Grenzlandes sorgen könnte.*

## NEUES CROSS-BORDER-PANEL VERSTETIGT LÖSUNG VON GRENZHEMNMISSEN ZWISCHEN KOPENHAGEN, BERLIN UND KIEL

Eigentlich wird sie kaum noch als Grenze empfunden und heute eher als verbindendes Element verstanden – die deutsch-dänische Grenze zwischen Schleswig-Holstein und dem Königreich Dänemark. Für die Pendlerinnen und Pendler gehört der tägliche Weg zur Arbeit über die Grenze zum Alltag. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Grenzlandes empfinden die Region längst als einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, touristische Ausflüge und Freizeitaktivitäten, Sport und die Wahrnehmung von Kulturangeboten diesseits und jenseits der Grenze sind für sie selbstverständlich.

Und doch gibt es immer wieder rechtliche Hemmnisse und Barrieren, die meist auf unterschiedliche gesetzliche Grundlagen in Deutschland und Dänemark zurückgehen. Dabei geht es etwa um Anerkennungszeiten in der Rentenversicherung, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, steuerliche Bewertungen zum Beispiel beim Homeoffice oder den Kindertagesstättenbesuch der Kinder von Grenzpendlerinnen und Grenzpendlern. Für die Lösung dieser immer wieder auftretenden Alltagshemmnisse gibt es mit dem deutsch-dänischen Gremium für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (dansk-tysk grænsepanel bzw. Cross-Border-Panel) jetzt einen verstetigten Mechanismus zwischen Kopenhagen, Berlin und Kiel.

von Johannes Callsen

## Deutsch-Dänische Freundschaftserklärung als Basis

Ausgangspunkt war die deutsch-dänische Freundschaftserklärung, zu der im August 2022 ein gemeinsamer Aktionsplan für die deutsch-dänische Zusammenarbeit vereinbart wurde. Auf Vorschlag der Landesregierung Schleswig-Holstein wurde in diesen Aktionsplan eine gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Schleswig-Holstein, Kopenhagen und Berlin zum Abbau von Grenzhemmnissen aufgenommen, womit auch einem Wunsch der Minderheiten Rechnung getragen wurde. Konkret heißt es: „Wir werden zusammen unsere Bemühungen durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe intensivieren, um konkrete Hindernisse für grenzüberschreitende Mobilität zu identifizieren und gegebenenfalls zu beseitigen.“

Die erste Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand im April 2023 im Dänischen Generalkonsulat in Flensburg statt. Gleichberechtigte Vorsitzende sind eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes, ein Vertreter des dänischen Außenministeriums und der Dänemark-Bevollmächtigte der Landesregierung.

Als Fachleute waren in den Sitzungen dieser Arbeitsgruppe Repräsentanten der deutsch-dänischen Zusammenarbeit sowohl aus dem Bereich der Bundesgrenze wie auch aus dem Bereich der Fehmarnbelt-Region beteiligt, unter anderem das Regionskontor und die Region Sønderjylland-Schleswig, die IHK, die Handwerkskammer, Fehmarnbelt-Komitee, Hansebelt, Universitäten aus Schleswig-Holstein und Dänemark und selbstverständlich die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze.

In drei Unterarbeitsgruppen „Bildung und Kultur“, „Soziale Sicherheit und Digitalisierung“ sowie „Steuern und Unternehmertum“ wurden konkrete Hemmnisse erörtert und nach Lösungen gesucht. Dabei geht es im Kern um Hemmnisse, die auf unterschiedliche Rechtssysteme und Regeln in Deutschland und Dänemark zurückzuführen sind.

Neun gelöste Hemmnisse konnten bereits in Kiel vorgestellt werden.

Der Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe wurde auf der AG-Sitzung im Mai 2024 in Kiel vorgestellt und diskutiert. Von den Arbeitsgruppen waren 54 konkrete rechtliche Hemmnisse identifiziert worden. Insbesondere kommt der Abschlussbericht zu folgenden Ergebnissen:

- Vier Hemmnisse aus dem Bereich Soziale Sicherung im Bundesrecht konnten nicht gelöst werden
- Sieben Hemmnisse aus dem Bereich der sozialen Sicherung liegen im Zuständigkeitsbereich der EU
- Für 34 Hemmnisse insbesondere aus dem Bereich des Sozialrechts und des Steuerrechts und damit des Rechts auf nationaler Ebene ist die Lösung noch offen und wird weiter verfolgt
- Neun konkrete Hemmnisse wurden gelöst, darunter insbesondere die in der Zuständigkeit des Landes liegende Frage des Kindergarten-Besuchs von dänischen Grenzgängerkindern in Kitas auf deutscher Seite



Diese Lösungsorientiertheit fand auch lobende Worte der Bundesaußenministerin, die sich im Juli 2024 vor Ort in Flensburg über die Ergebnisse informieren ließ.

Und auch für Peter Hansen, den Leiter des Regionkontors Sønderjylland-Schleswig, ist es ein echter Erfolg, dass im Unterschied zu früheren Jahren bereits in so kurzer Zeit eine solche Zahl von Hemmnissen gelöst wurde und weiter an Lösungen gearbeitet wird. Das Gremium hilft dabei, Türen in den zuständigen Ministerien der drei Partner zu öffnen.

### **Vision: Verstetigung nach dem Modell des Nordischen Ministerrates**

Da die Bildung der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe von Berlin und Kopenhagen zunächst nur auf eine begrenzte Zeit angelegt war, habe ich als Dänemark-Bevollmächtigter bereits auf der konstituierenden Sitzung im April 2023 für eine Verstetigung geworben und für einen Rahmen, der auch künftig die kontinuierliche Erfassung und möglichst auch Lösung konkreter Grenzhemmnisse zum Ziel hat. Es war eine Vision vor dem Hintergrund des deutsch-französischen Vertrages von Aachen, dessen Geist in der deutsch-dänischen Region aber schlanker und pragmatischer umgesetzt wurde.

**Das Cross-Border-Panel – eine binationale Möglichkeit der Zusammenarbeit zur Überwindung konkreter Grenzhemmnisse.**

Denn auf der Basis des Besuches des Dänemark-Bevollmächtigten der Landesregierung beim Nordischen Ministerrat im Oktober 2023 wurde von der Landesregierung ein Verfahrensmodell entwickelt, das die kontinuierliche Bearbeitung von Grenzhemmnissen ermöglicht, zugleich aber deutlich schlankere Strukturen vorsieht und die Einbindung der wesentlichen Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ermöglicht.

Für dieses Modell habe ich in meiner Funktion als Dänemark-Bevollmächtigter in verschiedenen Gesprächen mit Kopenhagen und Berlin intensiv geworben, insbesondere auch bei dem Austausch mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in Flensburg und mit Vertretern des Außenministeriums in Kopenhagen.

Das Bundesaußenministerium hat diese Verstetigung im November 2023 unterstützt, und auf der AG-Sitzung in Kiel im Mai 2024 verkündete der Vertreter des dänischen Außenministeriums, er habe jetzt auch ein Mandat für eine Verstetigung. Die weitere Ausgestaltung sieht vor, dass sich die Arbeitsgruppe weiterhin unter Beteiligung der grenzüberschreitenden Akteure grundsätzlich zwei Mal im Jahr trifft.

Dieses „Cross-Border-Panel“ bzw. das deutsch-dänische Gremium für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit setzt sich zusammen aus Vertretungen der Außenministerien in Berlin und Kopenhagen, dem Bevollmächtigten der Landesregierung für die Zusammenarbeit mit Dänemark, dem Regionkontor der Region Sønderjylland-Schleswig sowie der Deutschen Botschaft in Kopenhagen und der Dänischen Botschaft in Berlin. Eingeladen werden außerdem regionale Vertreterin-

# STEUERN & UNTERNEHMERISCHES HANDELN

**Gründung von Kapitalgesellschaften**

Problem: Beantragung Umsatzsteuer-ID

20 Min.

Noter

Austausch

Lösung

z.B. Unternehmenskassen-erklärung etc.

Ermächtigung Finanzamt ET zur Nutzung der VSt-Nr. 00

**Dokumentationspflichten**

Problem

wichtige Dokumente digital

Dokumentation auf englisch

Aussetzung von Kartotten

Lösung

**Steuer auf Kapitalerträge**

nach § 50 c Absatz 2 Satz 1 Nr. 1

Entlastung durch Freistellung von der KapSt

16 Monate

Problem

Bundeszentralamt für Steuern

Lösung

Verkürzung der Bearbeitungszeit durch verbesserte Administration und mehr Personal

**Buchhaltungssysteme**

Problem

Anerkennung dänischer Sprache

Lösung

Abspraken zur Vereinfachung

**Grundproblem : unterschiedliche Definitionen  
→ Nichteinhaltung der Gesetze**

nen und Vertreter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zu denen natürlich auch die Minderheiten gehören.

## Regionskontor Padborg als „Point of Contact“

Für den laufenden Prozess werden konkrete Grenzhemmnisse vom Regionskontor in Padborg als „Point of Contact“ aufgenommen. Die im Europaministerium Schleswig-Holsteins angesiedelte Geschäftsstelle Dänemark erfasst diese in einer Datenbank und teilt sie darüberhinaus mit den zuständigen Ansprechpartnern in den Länderreferaten der Außenministerien in Kopenhagen und Berlin, die mit den zuständigen Ministerien Lösungen suchen.

Auch eine gut funktionierende Zusammenarbeit muss ständig aktualisiert werden

Die Landesregierung wird sich bei konkreten Grenzhemmnissen weiterhin initiativ in diesen Arbeitsprozess einbringen. So ist für den Bereich der Polizeizusammenarbeit aus Sicht Schleswig-Holsteins eine Novellierung des deutsch-dänischen Polizeiabkommens über die polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten von 2002 erforderlich, auch mit Blick auf die Zusammenarbeit im Bereich der Festen Fehmarnbeltquerung.

Auch das deutsch-dänische Katastrophenschutzabkommen bedarf einer Aktualisierung. Und es wird aufgrund sich ändernder Rechtsvorschriften in Deutschland und Dänemark wohl immer wieder Einzelfälle geben, die zum Wohle der Menschen in der Grenzregion gelöst werden müssen.

## Erstmals festes deutsch-dänisches Netzwerk zur Problemlösung

Deshalb ist die Verstärkung der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe als „Cross-Border-Panel“ und dem deutsch-dänisches Gremium für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für Schleswig-Holstein und für die grenzüberschreitend tätigen Akteure und Menschen ein großer Erfolg und auch ein Stück modellhaft. Es gibt damit erstmals eine feste dauerhafte Struktur zwischen Kopenhagen, Berlin und Kiel mit festen Ansprechpartnern in den jeweiligen Regierungen zur Lösung von konkreten Hemmnissen für die grenzüberschreitende Arbeit.

Es ist erfreulich, dass durch viele Gespräche mit den Partnern in Berlin und Kopenhagen dieser Erfolg erzielt werden konnte, der auch ein wichtiges Ziel der neuen Dänemark-Strategie der Landesregierung war und von allen Akteuren in der Grenzregion sehr begrüßt wird. Das Regionskontor der Region Sønderjylland-Schleswig ist und bleibt mit seiner Kompetenz auch für dieses Cross-Border-Panel ein wichtiger Partner mit einem Dank für die gute Zusammenarbeit.

# KULTUR & BILDUNG



## Anerkennung Berufsausbildung



## Pendler + Führerscheine



## Berufsausbildung allgemein



© mymatt 78

*Bei der Veranstaltung zur Konstituierung des Cross-Border Panels hielt die Botschafterin und Beauftragte für die Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten sowie grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt ein bemerkenswertes Grußwort, das wir im Folgenden im Wortlaut wiedergeben.*

## **Grenzregionen – gelebte Nachbarschaft und Gradmesser der europäischen Integration**

*Die Pflege guter Beziehungen zu unseren Nachbarländern ist ein Grundstein unserer Außenpolitik und liegt mir besonders am Herzen. In den Grenzregionen ist gelebte Nachbarschaft Alltag und gleichzeitig Gradmesser für die europäische Integration. Gerade in Grenzräumen sind die Erwartungen an die europäische Integration besonders hoch – und das ist berechtigt. Umso problematischer ist es deshalb, wenn diese Erwartungen durch Alltagserfahrungen enttäuscht werden, so wie es während der Pandemie geschah.*

*An Grenzen stoßen unterschiedliche Rechtsräume und Verwaltungstraditionen aufeinander. Oft wird es dann bei alltäglichen Dingen kompliziert, wenn Unternehmen Angestellte in den Nachbarstaat entsenden wollen. Oder wenn die nächstgelegene Notfallaufnahme auf der anderen Seite der Grenze liegt und der Krankenwagen nicht dorthin fahren darf. Oder wenn Menschen ihren Hausarzt nur diesseits der Grenze wählen dürfen.*

*Hier in der deutsch-dänischen Grenzregion hilft das Regionskontor in Pattburg schon seit mehr als 20 Jahren wie eine Art „Grenzscout“ den Menschen dabei, ihren*

*Weg durch den Dschungel der grenzüberschreitenden Regelungen und Probleme zu finden. Und mit der Arbeitsgruppe zur verstärkten Zusammenarbeit in der Grenzregion gründete sich 2023 eine Art Regionalrat, der Informationen zu diesen Alltags Hindernissen sammelte und Lösungswege vorschlug. In ihrem Abschlussbericht empfahl die deutsch-dänische Arbeitsgruppe im Sommer 2024 die Verstetigung dieser Arbeit. Denn, und das kennen wir auch von anderen deutschen Grenzen: Die Lösung der Probleme ist selten einfach. Oft müssen sich dafür mehrere staatliche Ebenen und Fachbereiche verständigen. Ein langer Atem und viel Geduld bei der oft kleinteiligen Arbeit sind nötig. Gut, dass seit Ende 2024 das neue Cross-Border Panel diese Arbeit systematisch angeht.*

*Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind auf deutscher Seite immer die Bundesländer zentrale Akteure, denn viele Themen fallen in ihre Zuständigkeit oder sie sind an der Umsetzung beteiligt. Mit der Landesregierung von Schleswig-Holstein haben wir hier an der Grenze zu Dänemark einen ausgezeichneten Partner, auch in der Arbeitsgruppe und im neu entstandenen Cross-Border Panel. Weitere wichtige Akteure auf deutscher Seite sind das Regionskontor, die IHK Flensburg und natürlich beiderseits der Grenze die Vertreter der Minderheiten, darunter der Bund Deutscher Nordschleswiger BDN, der Friesenrat und der Südschleswigsche Verein SSF.*

*Nach mehr als zwei Jahren der Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Grenzregion sowie Kolleginnen und Kollegen in Kopenhagen und Kiel habe ich*

*ihr großes Engagement sowie die pragmatische und zupackende Art der Problemlösung schätzen gelernt: An erster Stelle steht immer der Wunsch nach konkreten Ergebnissen und Fortschritten, Form und Format*

*sind zweitrangig. Das stimmt mich zuversichtlich, dass sich mit beharrlicher Arbeit in diesem und im kommenden Jahr Fortschritte erzielen lassen, um den Menschen den Alltag zu erleichtern.*

von **Catalina Cullas**

---

## Abbildungsnachweise

alle Abb. IHK Flensburg

# SOZIALE SICHERUNG & DIGITALISIERUNG

## Sachbearbeitungszeiten



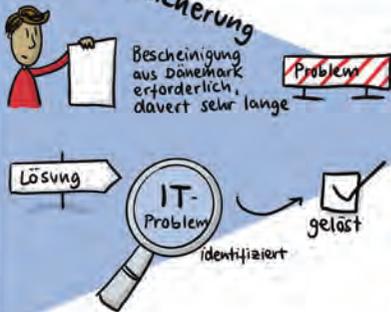
## Energiepreispauschale



## Arbeitsunfähigkeit



## Familienversicherung



## Praktika

für Menschen mit besonderen Herausforderungen oder Langzeitarbeitslos



*Der folgende Beitrag der Historikerin und Leiterin der ehemaligen NS- und DDR- Gedenkstätte Prora-Zentrum Susanna Misgajski, beschäftigt sich mit der Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Der Fokus richtet sich auf die kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen in der Stadt Schleswig, in denen sich die menschenverachtende NS-Rassen- und Gesundheitspolitik und somit auch das System der sogenannten Euthanasie, der Tötung angeblich nicht lebenswerten Lebens, widerspiegeln. Der Beitrag beruht im Wesentlichen auf einem Vortrag, den die Autorin im vergangenen Jahr bei einer Veranstaltung der Arbeitsgruppe Harrislee-Bahnhof und der Volkshochschule im Bürgerhaus der Gemeinde Harrislee gehalten hat. Für die Aufnahme in der Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog-Grenzfriedenshefte, wurde der Text geringfügig überarbeitet.*

## **DIE KINDER- UND JUGEND- PSYCHIATRIE IN SCHLESWIG 1933 – 1945**

Ein Beispiel der NS-Gesundheitspolitik in  
Schleswig-Holstein

In der nationalsozialistischen Zeit von 1933 bis 1945 gab es Millionen von Menschen, die aufgrund der NS-Ideologie vom Staat gezielt gedemütigt, entrechtet, verfolgt, zur Zwangsarbeit gezwungen und ermordet wurden. Auch Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen wurden in Deutschland und in den während des Zweiten Weltkrieges besetzten Gebieten vernachlässigt und ermordet. Sie galten nach den Vorgaben der NS-Gesundheitspolitik als „minderwertig“ und „lebensunwert“. Zwischen 1939 und 1945 fielen ca. 200.000 Kranke im Rahmen der so genannten Aktion „T4“ und später in der zweiten Phase der Euthanasie, was eigentlich „Sterbehilfe“ bedeutet, systematischen Ermordungen zum Opfer. Bei bis zu 400.000 Fällen von Zwangssterilisationen starben zudem ca. 5.000 Jugendliche, Frauen und Männer.

von Susanna Misgajski



**Abb. 1** Das „Haus A“ in der 1872 mit 45 Pflinglingen eröffneten „Provinzial-Idioten-Anstalt“ Schleswig-Hesterberg, aufgenommen im Jahr 1998

In Deutschland gab es nach heutigem Wissensstand 30 so genannte Kinderfachabteilungen in psychiatrischen Einrichtungen und Pflegeanstalten, die speziell für Kinder und Jugendliche eingerichtet wurden. Ca. 5.000 der hier eingewiesenen Minderjährigen wurden ermordet.<sup>1</sup> Auch in Schleswig-Holstein, in der Stadt Schleswig, in der zwei psychiatrische Einrichtungen für Erwachsene und Kinder das Stadtbild wesentlich mitbestimmten, gab es eine derartige Kinderfachabteilung.<sup>2</sup> Neustadt war Standort einer weiteren großen staatlichen Psychiatrieinrichtung und auch die Universitätskliniken in Kiel hielten eine Abteilung für psychisch kranke Menschen vor. Darüber hinaus gab es zahlreiche kleinere nicht staatliche Heime für diesen Personenkreis.

## Psychiatrische Einrichtungen im 19./20. Jahrhundert und das Beispiel Schleswig

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im 19. Jahrhundert spiegeln zugleich auch die Entwicklungen in der Psychiatrie wider. Mit Beginn der Industrialisierung und der Umstrukturierung der Gesellschaft verloren die bis dahin verbreiteten großfamiliären Hausgemeinschaften, in denen die Leistungsschwachen immer ein fester Bestandteil der Gesellschaft waren, ihre Existenzgrundlage. Die Arbeit fand nun außerhalb der Hausgemeinschaften in Fabriken und Bürohäusern statt. Die entstehende Kleinfamilie war nicht mehr in der Lage, sich um die Kranken mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinde-

rungen zu kümmern. Diese Menschen kamen damals in so genannte „Tollhäuser“ oder gar in Gefängnisse. Nach und nach gründeten schließlich Kommunen oder andere Körperschaften, aber auch private Initiativen Einrichtungen für diese Kranken, die von den Gedanken der Aufklärung geprägt und zum größten Teil liebevoll und familienähnlich geführt wurden.

### Heil- und Pflegeeinrichtung mit familiärem Charakter

Auch im damaligen dänischen Gesamtstaat, dem unter anderen das Herzogtum Schleswig angehörte, entstand auf Initiative des Mediziners Carl Ferdinand Suadicani in der Stadt Schleswig 1820 die „Irrenanstalt Schleswig/Stadtfeld“ für Erwachsene. Für Kinder eröffnete der praktische Arzt Dr. Christian Ferdinand Hansen 1852 im Stadtteil Friedrichsberg eine private „Heil- und Erziehungsanstalt für blöd- und schwachsinnige Kinder“. Nach mehreren Umzügen innerhalb des Stadtgebiets zog die Heil- und Erziehungsanstalt 1862 nach Sonderburg. Die Stadt gehörte nach der Niederlage im Krieg von 1864 nicht mehr zu Dänemark. Die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurden 1866 zur preußischen Provinz. 1870, als sich ein neuer militärischer Konflikt mit Frankreich anbahnte, bat der damalige Leiter der Heilanstalt, Friedrich Ludwig Stender, darum, nach Schleswig zurückkehren zu dürfen. Mit staatlicher Unterstützung konnte er bald darauf in der Schleistadt ein Grundstück auf dem Hesterberg erwerben und das erste Ge-

bäude für die Heilanstalt („Haus A“) bauen lassen, welches er 1872 mit 45 Pflinglingen und Personal bezog.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die psychiatrischen Einrichtungen deutschlandweit zu Massenbetrieben und standen immer mehr unter staatlicher Kontrolle. Die Erwachsenenpsychiatrie auf dem Stadtfeld in Schleswig hieß zunächst Provinzial-Irrenanstalt, die Kinder- und Jugendpsychiatrie Provinzial-Idioten-Anstalt. Der familiäre Charakter der Anfangszeit war nicht mehr vorhanden, medizinische Aspekte der Betreuung sowie Arbeitskonzepte prägten den Alltag der Institutionen. Sowohl die Erwachsenenpsychiatrie als auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie vergrößerten sich. 1912 waren auf dem Hesterberg zusätzliche Häuser gebaut worden und ca. 400 Pflinglinge wurden betreut. Schleswig/Stadtfeld wurde wie alle anderen Einrichtungen als „Provinzial Heil- und Pflegeanstalt“ bezeichnet. Schleswig/Hesterberg erhielt den Namen „Provinzial- Heil- und Pflegeanstalt für Geistesschwache“.

Während des Ersten Weltkrieges war die Situation in allen Heil- und Pflegeanstalten prekär. Die Verpflegung war nicht ausreichend, in den psychiatrischen Einrichtungen wurde besonders gespart, so dass viele Patienten an Unterernährung starben. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde darüber hinaus in Kreisen der Ärzteschaft und der Philosophen über den Umgang mit unheilbar Kranken diskutiert. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg war diese Diskussion besonders durch die vielen hilfsbedürftigen Kriegsverletzten befeuert worden. Sollte man für die Menschen mit körperlichen, geistigen



Abb. 2 Schlafsaal der Kinder- und Jugendpsychiatrie Schleswig-Hesterberg um 1930

und seelischen Behinderungen noch Geld ausgeben? Eine 1920 erschienene Schrift gab schon im Titel eine sehr radikale Antwort auf diese Frage: „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“.<sup>3</sup>

Die Verfasser, der Jurist Karl Binding (1841 - 1920) und der Psychiater Alfred Hoche (1865 - 1943), bezeichneten die Kranken der psychiatrischen Einrichtungen als „Ballastexistenzen“, bei denen es keinen Grund gäbe, „die Tötung dieser Menschen nicht freizugeben“. Dies war eine Publikation, die – auch wenn es viele zeitgenössische Kritiker gab – den Weg für die ab 1939 vom NS-Staat hunderttausendfach durchgeführten Euthanasie-Morde an Kranken mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen freigab. Derartige Forderungen nach Euthanasie, die nicht mehr im Sinne von Sterbehilfe verstanden wurde, sondern Lebensvernichtung bedeuteten, formulierte 1895 erstmals Adolf Jost

(1874 - 1908) in Göttingen in seinem Buch „Das Recht auf den Tod“.<sup>4</sup>

Eine Schrift, die den hunderttausendfachen „Euthanasie-Mord“ an Kranken mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen freigab

Daneben gab es ebenfalls Ende des 19. Jahrhunderts die bestehende Theorie der Eugenik (Erbgesundheit). Francis Galton (1822 - 1911) prägte 1883 diesen Begriff und übertrug die von Charles Darwin (1809 - 1882) für die Natur entwickelte Vorstellung vom „Kampf ums Dasein“ auf die Menschen. Er stellte sich vor, durch gezielte Vererbung guter Eigenschaften und durch Selektion von Menschen mit



**Abb. 3** Gebäudekomplex der „Männernebenanstalt“ Schleswig-Staffeld, in das die Pflegelinge und Zöglinge des Pflegeheims Hesterberg am 3. Juni 1942 umziehen mussten

schlechten Eigenschaften eine Verbesserung der menschlichen „Rasse“ herbeiführen zu können. Im deutschen Sprachraum setzte sich der Begriff der „Rassenhygiene“ durch,<sup>5</sup> die im nationalsozialistischen Staat Teil der NS-Ideologie wurde.

## Die NS-Gesundheitspolitik und ihre Auswirkungen

Mit der Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 begann in ganz Deutschland eine Zeit des Umbruchs, der auch die Schleswiger psychiatrischen Einrichtungen nicht verschonte. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie auf dem Hesterberg wurde in diesem Zusammenhang in eine Fürsorgeeinrichtung umgewandelt und erhielt zudem den neuen Namen: „Landesaufnahme- und Erziehungsheim Schleswig/Hesterberg“. Ein Teil der körperlich, seelisch oder geistig kranken Kinder und Jugendlichen wurde verlegt, auch

Fürsorgezöglinge mussten nach Schleswig/Hesterberg umziehen, einige Jahre später veränderte sich wieder Vieles für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Dieses Hin- und Herschieben war für diese, ob sie nun Fürsorgezöglinge oder Pflegelinge waren, ein unhaltbarer Zustand.

1935 lag die Gesamtbelegungszahl auf dem Hesterberg bei 600 bis 700 Kindern und Jugendlichen. Das integrierte Landespflegeheim mit so genannten Pflegelingen mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen umfasste dabei durchschnittlich 200 Kinder und Jugendliche. Die zuständige nationalsozialistische Provinzialverwaltung zählte aus rassenhygienischen Gründen beide Kategorien von Jugendlichen – Fürsorgezöglinge und Pflegelinge – zu den Minderwertigen der Gesellschaft. Die Betreuung erfolgte unter dem Motto: „Statt Pflege Erziehung“.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde im Mai 1940 auf dem Hesterberg das Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stamm-lager (Stalag X A) von der deutschen Militärverwaltung errichtet. Für die Fürsorgezöglinge und Pfleglinge gab es kaum noch Platz auf dem Gelände. Schließlich musste das gesamte „Landespflegeheim“ am 3. Februar 1942 mit allen Pfleglingen vom Hesterberg zur Erwachsenenpsychiatrie umziehen. Die Kinder und Jugendlichen waren nun Teil der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Schleswig/Stadtfeld. Untergebracht waren sie in dem Gebäude der ehemaligen Männernebenanstalt.

Mit Ausnahme einiger Handwerker und dem Küchenpersonal wurde das gesamte Personal des ehemaligen Landespflegeheims übernommen. Dazu gehörten die fest angestellte Ärztin Dr. Erna Pauselius (geb. 1906) sowie die Oberin Emmi Hohensee (geb. 1882). Das Personal unterstand dem Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Schleswig/Stadtfeld Dr. Carl Grabow (1884 - 1965). Er war seit 1936 Direktor und seit 1933 Mitglied der NSDAP.

Neben diesen räumlichen Veränderungen schuf der NS-Staat im Bereich der Psychiatrie sehr schnell neue Gesetzgebungen und neue staatliche Strukturen. Die nationalsozialistische rassistische Ideologie wurde zur Staatsdoktrin. Das bereits bestehende Gedankengut der Rassenhygiene und Euthanasie sollte nun in Taten umgesetzt werden.

## Zwangssterilisationen

Mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, das zum 1. Januar 1934 in Kraft trat, machte der NS-Staat die Rassenhygiene zur

Grundlage des Gesundheits- und Fürsorgewesens. Rassenhygiene wurde zudem als pseudowissenschaftliches Studienfach an vielen Universitäten eingeführt. Institutionen der öffentlichen Hand, aber auch andere, z. B. kirchliche Einrichtungen, hatten aufgrund dieses Gesetzes so genannte Erbkrankte nach der Zustimmung neu eingerichteter Erbgesundheitsgerichte zwangsweise zu sterilisieren. In Schleswig/Hesterberg wurden daraufhin 1934 ca. 70 männliche und weibliche Jugendliche des Landesaufnahme- und Erziehungsheims im städtischen Krankenhaus zwangssterilisiert. In der folgenden Zeit waren es etwa 20 Jugendliche im Jahr. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges, am 1. September 1939, verlor das Prinzip der Auslese durch Sterilisation zwar an Bedeutung, es wurde aber nicht abgeschafft.

„Rassenhygiene“ wurde zur Grundlage des NS-Gesundheits- und Fürsorgewesens

Die Rassenhygiene, die durch massenhafte Zwangssterilisationen die Vermehrung „Minderwertiger“ verhindern sollte, erwies sich für die Nationalsozialisten als nicht zielführend. Für sie gab es immer noch zu viele „lebensunwerte“ Menschen. Spätestens bei Hitlers Nürnberger Parteitagrede im August 1939 zeichnete sich klar ab, welche Ziele verfolgt werden sollten: „... wenn in Deutschland jährlich eine Million Kinder geboren und zugleich 700.000 bis 800.000 der Schwächsten beseitigt würden, wäre das im Endergebnis

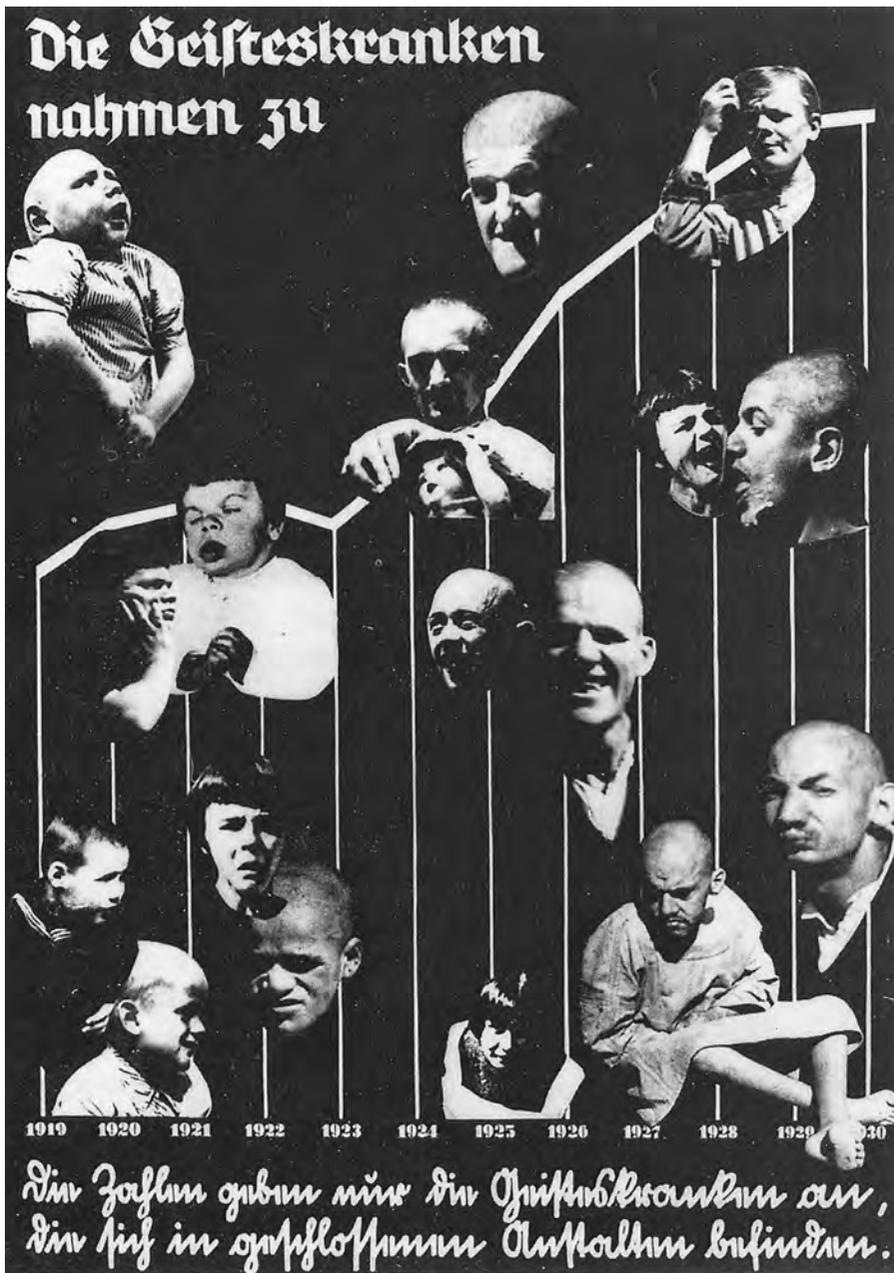


Abb. 4 Ausstellungstafel der Wanderausstellung „Blut und Rasse“, 1936

sogar eine Kräftesteigerung“.<sup>6</sup> In der NS-Propaganda wurden Kranke mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen grundsätzlich als gesellschaftliche Belastung und Bedrohung dargestellt. Dies geschah in Schulbüchern, aber auch in Ausstellungen des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden, wie bei der Wanderausstellung „Blut und Rasse“ aus dem Jahr 1936.

Mit Kriegsbeginn startete der NS-Staat auf unterschiedlichen Ebenen umfangreiche und geheime staatliche Euthanasie-Programme, das heißt Tötungsprogramme, für Kranke mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen jeden Alters in ganz Deutschland und den besetzten Gebieten. Als Legitimation galt ein auf den 1. September 1939 zurückdatiertes Ermächtigungsschreiben Hitlers, in dem er den Leiter der „Kanzlei des Führers“ Philipp Bouhler (1899 - 1945) und seinen Begleitarzt Karl Brandt (1904 - 1948) beauftragte, „die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“.<sup>7</sup> Es gab somit kein Gesetz und die Tötungsprogramme unterlagen sämtlich einer strengen Geheimhaltung.

## Die Aktion „T4“ – Transporte in Gasmordanstalten

Mit der Aktion „T4“ sollten ca. 70.000 Kranke mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen aus Heil- und Pflegeanstalten in Gasmordanstalten getötet werden. Die Organisation der Aktion war der Reichskanzlei unterstellt. In der

Tiergartenstraße 4, daher der Name „T4“, befand sich die Tarnorganisation mit der Bezeichnung „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“. Sie begann bereits im Oktober 1939 damit, Meldebögen an alle Heil- und Pflegeanstalten mit der Aufforderung zu versenden, diese umgehend für jede Patientin und jeden Patienten auszufüllen und an das Reichsinnenministerium, Abt. IV (Gesundheitswesen und Volkspflege), zurückzuschicken. Ziel dieser Erfassung war es, nicht arbeitsfähige Patienten zu erfassen. Weitere Tarnorganisationen waren die „Gemeinnützige Krankentransport GmbH“, die die Patiententransporte in Zwischen- und Tötungsanstalten durchführte. Dann gab es die „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“, die als Arbeitgeber des Euthanasie-Personals fungierte und die „Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten“, die ab April 1941 die finanzielle Abrechnung mit den Kostenträgern, also den Heil- und Pflegeanstalten, vornahm.

### Ärzte und Gutachter arbeiteten eng zusammen

Die „Arbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“ arbeitete mit vierzig ärztlichen Gutachtern, zumeist Psychiatern, zusammen. Die Meldebögen wurden kopiert und an insgesamt drei Gutachter verschickt. Diese entschieden dann über Leben und Tod allein aufgrund der Angaben auf den Meldebögen. Ein rotes Plus unten links im schwarz umrandeten Kästchen bedeutete den Tod für die Patientin

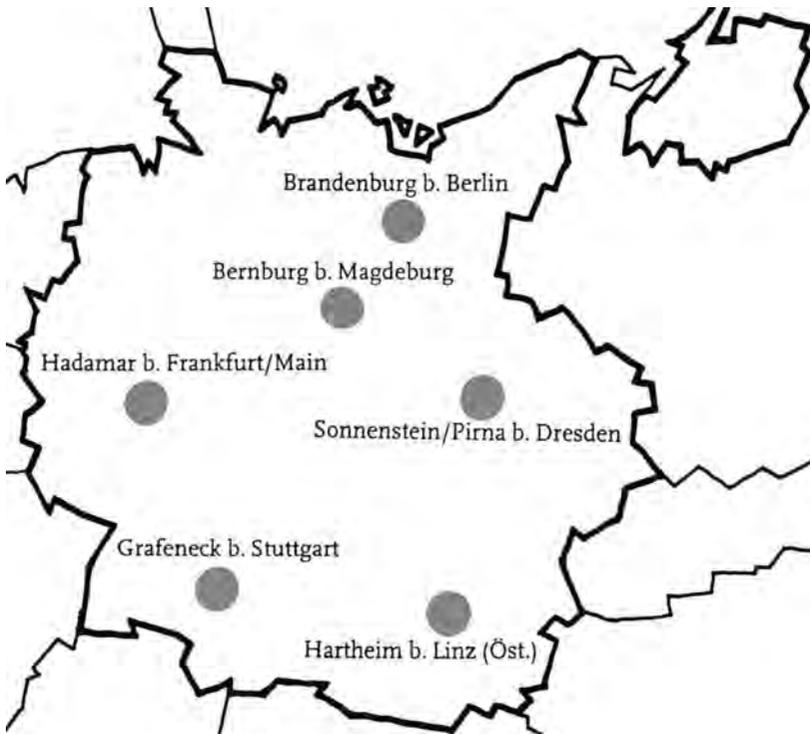


Abb. 5 Karte der „T4“-Tötungsanstalten ab 1940/41

oder den Patienten, ein blaues Minus bedeute „Weiterleben“. Fiel das Urteil der drei Gutachter nicht einstimmig aus, so entschied der „T4“-Obergutachter.

Einer der wichtigsten Gutachter und planender „T4“-Spezialist war Prof. Dr. Werner Heyde (1902 - 1964), der nach Kriegsende in Schleswig-Holstein unter dem Pseudonym Dr. Fritz Sawade als Sportarzt in Flensburg-Mürwik arbeitete und mit dem Wissen von mindestens 18 Personen (Kollegen und Juristen) bis 1959 als psychiatrischer Gutachter tätig sein konnte.<sup>8</sup> Als der Betrug aufflog und nach Werner Heyde gefahndet wurde, stellte sich dieser am 12. November 1959 der Justiz. Nach Abschluss der Ermittlungen der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft

unter Fritz Bauer sollte der Prozess gegen Heyde und andere am 18. Februar 1964 beginnen. Am 13. Februar 1964 beging Werner Heyde im Zuchthaus Selbstmord.<sup>9</sup>

Bei der Aktion „T4“ gab es im Reichsgebiet sechs Tötungsanstalten: Ab Januar 1940 Grafeneck bei Stuttgart, Brandenburg bei Berlin, Bernburg bei Magdeburg und Hartheim bei Linz (heute Österreich). Nach der Schließung von Grafeneck und Brandenburg Ende 1940 folgte 1941 Hadamar bei Frankfurt/M., Pirna-Sonnenstein bei Dresden und Bernburg arbeiteten als Tötungsanstalten bis 1943. Hartheim bei Linz war sogar bis zum Winter 1944/45 in Betrieb, auch wenn die Aktion „T4“ bereits im August 1941 abgeschlossen wurde.<sup>10</sup>

Die Tötung der Kranken im Rahmen der Aktion „T4“ vollzog sich nach der Auswertung der Meldebögen in der Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin folgendermaßen:

- Die Reichsarbeitsgemeinschaft stellte Verlegungslisten für die einzelnen psychiatrischen Einrichtungen zusammen, in denen die zur Tötung bestimmten Kranken aufgelistet waren.
- Die Heil- und Pflegeanstalten erhielten zugleich die Termine des Abtransports, der durch die bereits erwähnte Gemeinnützige Krankentransport GmbH von Berlin aus mit ehemaligen Postbussen organisiert wurde. Nach kurzer Anlaufphase der Aktion erhielten diese statt der roten eine graue Farbe. Transporte wurden auch mit der Reichsbahn durchgeführt.

Nichts sollte an die Öffentlichkeit dringen. Die Patientinnen und Patienten kamen zunächst zur Verschleierung des eigentlichen Ziels in eine Zwischenanstalt. Ihre Angehörigen erfuhren von der Verlegung entweder gar nichts oder erst nach dem Abtransport. Zudem dienten die Zwischenanstalten als Sammelorte, bevor es gezielt in die Tötungsanstalten ging, in denen die Todgeweihten sofort in die Gaskammern gebracht und ermordet wurden. Danach verbrannten Mitarbeiter der Anstalt die Leichen in der Regel in speziellen Öfen vor Ort. Eigens für die Tötungsanstalten geschaffene Standesämter bescheinigten den Tod für die Angehörigen, der entweder mit Herzschwäche, Lungenentzündung o. ä. begründet wurde. Die Todesdaten wurden ebenfalls gefälscht.<sup>11</sup>

Schleswig wurde relativ spät von der „T4“-Aktion erfasst. Der erste Abtrans-

port erfolgte per Bahn am 9. Mai 1941 zur Zwischenanstalt Königslutter bei Braunschweig und von dort in die Tötungsanstalt Bernburg. Verantwortlich war Dr. Erna Pauselius, die für die Kinder und Jugendlichen zuständige Ärztin, sowie der Leiter des Erziehungsheims, Landesamtmann Hartwig. Beide waren bestens informiert, denn sie waren zusammen mit anderen Anfang 1941 in einem vertraulichen Gespräch mit dem Landeshauptmann Dr. Wilhelm Schow (1896 - 1946), Mitglied der NSDAP, über die Ermordungen im Rahmen der Aktion „T4“ instruiert worden.

Alles wurde verschleiert,  
aber auch in Schleswig war  
man bestens über die Aktion  
„T4“ instruiert

Die Aktion „T4“ löste in der Bevölkerung allmählich Unruhe aus, gehäufte Todesnachrichten, zum Teil ungläubwürdige Todesursachen und Nichtinformationen der Angehörigen in Bezug auf die Verlegungen machten misstrauisch. Zudem fielen ständig rauchende Schornsteine mit stinkendem Qualm und Aschepartikeln vor Ort auf. Zusehends verdichteten sich die Gerüchte, dass die abtransportierten Menschen ermordet wurden. Als am 3. August 1941 der katholische Bischof Clemens August Graf von Galen von Münster die „T4“-Tötungspraktiken öffentlich beim Namen nannte und erklärte, dass er wegen eines bevorstehenden Abtransportes von Pfleglingen aus der Marienthaler Anstalt bei Münster Anzeige erstattet habe, er-

Am 1. Juli 1941 verstarb plötzlich und unerwartet unsere liebe Tochter, Schwester, Nichte und Nussine

**Charlotte**

im Alter von 20 Jahren.

In stiller Trauer  
Heinr.            und Frau, geb.  
Karla  
und alle Angehörigen.

Kiel-Varde n.            Straße 33.

Am 28. Juni 1941 ist unser liebes, jüngstes Kind, meine liebe, kleine Schwester

**Ursula**

im Alter von 16 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben.

In stiller Trauer  
Herrn            , geb.  
Frida  
Ilse

Str. 62, 3. St.            Str. 8/11.

Die Trauerfeier im Krematorium und die Beisetzung der Urne finden am Freitag, dem 25. Juli, nachmittags um 3 Uhr statt.  
Einwige Kranzpenden dorthin erbeten.

Plötzlich und unerwartet verstarb unsere liebe, herzensgute und unvergessliche Tochter und Schwester

**Anneliese**

im Alter von 17 Jahren.

In stiller Trauer  
Frau Karla            , geb.  
verw.           

Ernst            , 3. St. Wehrmacht,  
und alle Angehörigen.

Kiel-Ö.,            Straße 54,  
3. St.            Straße 25.

Die Beisetzung der Urne hat in aller Stille stattgefunden.

Am 30. Juni d. J. verstarb unerwartet unser lieber Sohn und Bruder

**Walter**

im Alter von 23 Jahren.

In stiller Trauer  
Hans            u. Frau Anna, geb.  
und Tochter Gertrud.

Kiel            Straße 69.

Die Beisetzung der Urne fand in aller Stille auf dem Ost-Friedhof in Kiel statt.

Abb. 6 Todesanzeigen von Patientinnen und Patienten des „T4“-Transports von Schleswig nach Königslutter/Bernburg vom 9. Mai 1941

höhte sich die allgemeine Unruhe. Am 24. August 1941 wurde offiziell der Stopp der Aktion „T4“ verkündet. Der NS-Staat hatte sein geplantes Ziel allerdings bereits erreicht, über 70.000 Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen waren ermordet worden. Allein in Bernburg wurden bis dahin mehr als 9.000 geistig behinderte und psychisch kranke Menschen durch Giftgas getötet.

## Zwei Einzelschicksale

Früher war man in der Forschung davon ausgegangen, dass bei der Aktion „T4“ ausschließlich Erwachsene ermordet wur-

den. Inzwischen weiß man schon lange, dass auch viele Jugendliche und Kinder in den Gaskammern der Tötungsanstalten ihr Leben verloren. Bestes Beispiel ist der bereits erwähnte Transport vom 9. Mai 1941 von Schleswig-Hesterberg. Von den 58 männlichen und weiblichen Patienten waren 43 Jugendliche - gerechnet unter 21 Jahre, angelehnt an die damalige Festlegung der Volljährigkeit. Das Durchschnittsalter der Jugendlichen betrug etwa 16 Jahre. Von der Landesheilanstalt Schleswig/Stadtfeld folgten bis August 1941 noch vier weitere Transporte mit insgesamt 169 Männern und 275 Frauen.<sup>12</sup>

Die Krankenakten wurden bei Transporten immer mitgegeben. Von der Tötungsanstalt gelangten sie zur Tiergartenstraße 4, der Zentrale der „T4“-Euthanasie, und galten bis zur Wiedervereinigung 1990 als verschollen. Ab 1990 wurden die Aktenbestände des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in den Bestand des Bundesarchivs überführt. Schon 1993 konnte publiziert werden, dass Akten der „T4“-Aktion in diesen Beständen vorhanden waren, auch Krankenakten der Ermordeten.<sup>13</sup> Es dauerte dann noch einige Jahre, bis die Akten im Rahmen eines Forschungsprojekts gesichtet werden konnten. In Bezug auf den oben erwähnten Transport aus Schleswig vom 9. Mai 1941, bei dem von den 58 Patienten und Patientinnen 43 Jugendliche waren, konnten noch 13 Krankenakten von Jugendlichen aufgefunden werden. Zwei dieser Schicksale werden im Folgenden vorgestellt.

Karl<sup>14</sup> war ein uneheliches Kind und wurde am 9. Juni 1921 in Kiel geboren. Die Mutter vernachlässigte ihn, der noch zwei uneheliche Geschwister hatte. Die darauffolgenden Pflegestellen waren schlecht. So kam er im September 1930 in das Kinderheim Friedrichsort/Kiel. Einen Monat später wurde er in die Psychiatrische Klinik Kiel eingewiesen. Danach befand er sich auf dem Hesterberg, wurde von dort verlegt, um im August 1939 wieder zum Hesterberg zu kommen. Zuvor war er 1937 sterilisiert worden. Auf dem Hesterberg konnte er nicht in einer Arbeitsgruppe, genannt „Trupp“, arbeiten. So vergaß er beispielsweise, was er holen sollte. Als Karl wegen „Platzmangel“ (Bau des Stalag X A) auf dem Hesterberg am 15. März 1941 zum Stadtfeld verlegt wurde, konn-

te er sich zwar ankleiden, jedoch wurde ihm vom zuständigen Stadtfelder Arzt, Dr. Hans Burkhardt, eine Intelligenz eines 5-Jährigen bescheinigt. Zudem „nässte er oft ein“, so die Formulierung in der Krankenakte, und er wäre „als Hausarbeiter ... völlig ... unbrauchbar“. Karl war also nicht arbeitsfähig, das kam einem Todesurteil gleich. Auch die Sterilisation konnte ihn nicht schützen. Am 7. Mai 1941 wurde er mit anderen zurück zum Hesterberg verlegt und zwei Tage später, am 9. Mai, auf den „T4“-Transport zur Zwischenanstalt Königslutter bei Braunschweig geschickt. Am 12. Juni 1941 steht der Vermerk: „In eine andere Anstalt verlegt.“ Dies war die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, die auch Tötungsanstalt war. Wegen mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten wurden die Ankommenden dort sofort mit Kohlenmonoxid in der Gaskammer ermordet, um dann im anstaltseigenen Krematorium verbrannt zu werden.

Das zweite Beispiel erzählt das Schicksal von Anna<sup>15</sup> aus Kappeln, geboren am 3. November 1925, die mit dem gleichen Transport wie Karl zunächst nach Königslutter gebracht wurde. Sie war das älteste Kind der Familie und besaß noch zwei jüngere Geschwister. Die Mutter erwartete 1937 ihr viertes Kind, der Vater war Arbeiter. Da Anna taub war, besuchte sie von 1929 bis 1933 die Landestaubstummerschule in Schleswig. Dort wurde sie 1933 wegen „mangelnder geistiger Fähigkeiten“ und wegen eines zu befürchtenden „moralischen Defekts“ auf sexuellem Gebiet nach Hause entlassen. Die Mutter schaffte es nicht, Anna zu betreuen. Die Wohnung soll, so die Kreisfürsorgerin, „stets unaufgeräumt und schmutzig“ gewesen sein. So wurde die Fürsorgerzie-

hung beantragt. Nachdem das Amtsgericht Kappeln diese ablehnte, beschloss das Landgericht Flensburg die Einweisung von Anna im Oktober 1937 in die Fürsorgeerziehung Schleswig-Hesterberg.

Anhand der handschriftlichen Einträge in der Krankenakte ist allerdings zu erkennen, dass sie offenbar ins Pflegeheim und nicht in die Fürsorgeeinrichtung eingewiesen wurde, da die Handschrift in der Krankenakte als die der Oberin Emmi Hohensee zu identifizieren ist.<sup>16</sup> Hohensee arbeitete im Landespflegeheim auf dem Hesterberg und nicht bei den Fürsorgezöglingen. Hier wird der in der NS-Zeit immer wieder praktizierte fließende Übergang von Fürsorgeerziehung und psychiatrischer Betreuung deutlich. Beide so genannte „Kategorien von Jugendlichen“ galten als „minderwertig“.<sup>17</sup>

Anna: „körperlich wohlauf ... hat keine Ausdauer ... kann sich durch Zeichen und Laute verständlich machen.“

Im September 1940 wurde Anna in der Krankenakte folgendermaßen beschrieben: „Körperlich wohlauf, hilft beim Stopfen, hat aber keine Ausdauer und arbeitet sehr langsam. Sie ist taubstumm, kann sich aber durch Zeichen und Laute verständlich machen. Kann sich allein besorgen, ist ordentlich in ihrer Kleidung, schreibt mit der linken Hand fast fehlerfreie Briefe.“ Die letzten Einträge sind: 1. 3. 1941 „zu Bett Halsschmerzen, Mandeln beidseitig geschwollen“; 4. 3. 1941

„gebessert“; 6. 5. 1941 „unverändert“. Möglicherweise war Anna nicht mehr richtig gesund geworden, weshalb sie für den Transport nach Bernburg über Königs-Lutter ausgewählt worden war und dort ermordet wurde.

## Zweite Phase der NS-Euthanasie – Transporte in den Tod

Der offizielle Stopp der Aktion „T4“ bedeutete allerdings nicht das Ende der Euthanasie. Einige Tötungsanstalten, so auch Bernburg, arbeiteten weiter und töteten beispielsweise kranke KZ-Häftlinge im Rahmen der so genannten Aktion „14f13“.<sup>18</sup> Außerdem gab es eine zweite Phase der Euthanasie, bei der weiterhin Massentransporte von Kranken mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen von ihren Ursprungsanstalten in andere Anstalten vorgenommen wurden. Aufgrund der verstärkten Luftangriffe der Alliierten ab 1943 mussten Krankenhäuser und Regierungsverwaltungen oftmals neue Unterkünfte erhalten. Häufig dienten in dieser als „Aktion Brandt“ bezeichneten Phase psychiatrische Kliniken als Ausweichorte, Patienten und Patientinnen der Psychiatrien wurden dann verlegt. Viele von ihnen kamen in großen Transporten in Tötungsanstalten, in denen Ärzte und Pflegepersonal bei den Kranken in der Regel Medikamentenüberdosierungen einsetzten, die zum Tod führten. Für den norddeutschen Raum bekam die Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrawalde, heute in Polen gelegen, eine besondere Bedeutung. Nach dem offiziellen „T4“-Stopp wurden allein in dieser Anstalt ca. 10.000 Patienten und Patientinnen ermordet.


 Allen Verwandten und Bekannten, die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Bruder und Schwager  
**Hermann**  
 im Alter von 39 Jahren am 22. 9. 1944 in Meseritz entschlafen ist.  
 In stiller Trauer:  
 D. Ww. und Kinder.  
 Neumünster, Straße 41.  
 Die Beerdigung hat in aller Stille in Neumünster stattgefunden.

Am 3. d. Mts. verstarb unerwartet in der Landeskrankenanstalt Meseritz-Obrawalde unser lieber Sohn und Bruder  
**Paul**  
 45 Jahre alt. Er ist auf dem dortigen Waldfriedhof beerdigt.  
 Im Namen aller Angehörigen:  
 Heinrich und Frau  
 Frieda geb.  
 Neumünster, Straße 38, 1.  
 Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

**Oskar**  
 geb. 7. 6. 24, am 2. 10. 44. In stiller Trauer Paul und Frau und Geschwister. 21. Beerdigung hat fern der Heimat stattgefunden.

**Heinz** gen.  
 Y 29. 3. 26, am 27. 9. 44. In stiller Trauer seine Pflegeeltern Herm. und Frau nebst Elida. Kiel - Wik. 39. Beerdigung fand in aller Stille statt.

Abb. 7 Todesanzeigen von Patienten des Transports von Schleswig nach Meseritz-Obrawalde vom 14. September 1944

„Die Sterbeurkunden enthielten gefälschte Todesursachen.“

Von Schleswig gab es am 14. September 1944 einen letzten großen Patienten-Transport, der in den Tod führte. Ein Zug mit 697 Patienten und Patientinnen der „Landes-Heil- und Pflegeanstalt Schleswig/Stadtfeld“ fuhr nach Meseritz-Obrawalde, unter ihnen befanden sich 53 Jugendliche. Den Weg von der Anstalt zum Bahnhof Schleswig-Altstadt mussten die Kranken laut Zeitzeugen zu Fuß zurücklegen, bettlägerige Kranke wurden getragen. Pflegepersonal begleitete die Menschen.<sup>19</sup> Es war ein bedrückendes Bild, das sich vor den Augen der Schleswiger Bevöl-

kerung abspielte. Nach späteren Aussagen des Direktors Dr. Carl Grabow benötigten sowohl die Provinzialverwaltung als auch die Universitätskliniken Kiel wegen der Bombardierungen der Stadt Kiel eine neue Bleibe. Dies entsprach dem Vorgehen im Rahmen der bereits erwähnten „Aktion-Brandt“, bei der die so genannten „Minderwertigen“ weichen und Platz machen mussten.

Grabow betonte in den staatsanwalt-schaftlichen Untersuchungen nach 1945, nicht gewusst zu haben, dass er die knapp 700 Menschen - mit Ausnahme von 40 Männern und 25 Frauen, die überlebten - direkt in den Tod schicken würde.<sup>20</sup> Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass ein Anstaltsdirektor, in dessen eigener Einrichtung eine Kinderfachabteilung - also eine Tötungsabteilung für Kinder und Jugendliche - existierte, davon ausgehen konnte,

dass diese Patientinnen und Patienten nicht vom Euthanasie-Mord bedroht waren, zumal die Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrawalde bereits seit Anfang 1942 Ziel für Transporte mit Psychiatrie-Patienten und -Patientinnen war.

Einige Angehörige der in Meseritz-Obrawalde ermordeten Kranken wurden nach der Todesnachricht misstrauisch und vermuteten keinen natürlichen Tod. Oft wussten die Angehörigen allerdings nicht, dass ihre Verwandten auf diesem Transport gewesen waren, denn nicht alle wurden informiert. Wie bei der Aktion „T4“ enthielten Sterbeurkunden gefälschte Todesursachen. Da Meseritz-Obrawalde kein Krematorium besaß, wurden die tausenden von Toten auf dem Gelände in Massengräbern verscharrt. Im Schreiben an die Angehörigen hieß es lediglich, die Erdbestattung habe auf dem Anstalts-Waldfriedhof stattgefunden. Wer seine Angehörigen selbst bestatten wollte, erhielt eine Urne mit nicht zu zuordnender Asche.

## Die Kinderfachabteilungen des NS-Staates – das Beispiel Schleswig

Parallel zu den beschriebenen Transporten in Tötungsanstalten, in denen mit Gas oder Medikamentenüberdosierungen getötet wurde, fand ab August 1939 und während des gesamten Krieges der Aufbau der schon erwähnten Kinderfachabteilungen statt, in denen Ärzte und Pflegepersonal die Ermordung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahren durchführten.

Der erste Fall von Kinder-Euthanasie steht vermutlich im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Ermächtigungs-

schreiben Hitlers für Ärzte, Euthanasie ausüben zu dürfen. Auslöser für dieses Schreiben war wahrscheinlich die Geburt eines schwer behinderten Kindes in Leipzig oder in der Umgebung von Leipzig.<sup>21</sup> Die Eltern des Kindes nahmen in der dortigen Universitätsklinik mit Prof. Werner Catel (1894 - 1981) Kontakt auf. Nachdem festgestellt worden war, dass es für das Kind keine Heilungschancen geben würde, schrieb die Familie - vermutlich der Vater - ein Gesuch an die Reichskanzlei mit der Bitte um Erlaubnis, dass seinem Kind der „Gnadentod“ gegeben werden dürfe. Offensichtlich wurde dem Gesuch der Familie stattgegeben. Das Kind soll, nach späteren Aussagen von Werner Catel am 6. Mai 1964, von seinem Assistenzarzt, Dr. Kohl, „eingeschläfert“ worden sein. Ein genaues Datum ist nicht bekannt.

Ähnlich wie später bei der Aktion „T4“ wurden die Kinderfachabteilungen in Deutschland und nach Kriegsbeginn auch in den besetzten Gebieten zentral von der Reichskanzlei organisiert und aufgebaut. Diese Tarnorganisation hatte die Bezeichnung „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten Leiden“. Das Gremium, das die Euthanasie konkret vorbereitete, setzte sich folgendermaßen zusammen: Hitlers bereits erwähnter Begleitarzt Karl Brandt, Augenarzt Hellmuth Unger (1891 - 1953), Kinderarzt Dr. Ernst Wentzler (1891 - 1973), Dr. Hans Heinze (1895 - 1983), später Leiter der ersten Kinderfachabteilung in Brandenburg-Görden, und der ebenso schon genannte Prof. Werner Catel.

Um eine breite Erfassung von Kindern mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen gewährleisten zu können,

ohne in der Bevölkerung Verdacht zu erwecken, wurden die staatlichen Gesundheitsämter in den Kreisen und Städten der Länder und Provinzen des Deutschen Reichs einbezogen. Diese Ämter waren erst zum 1. April 1935 von den Nationalsozialisten gegründet worden. Am 18. August 1939 erließ das Reichsinnenministerium, Abt. IV einen streng vertraulichen Runderlass, in dem Ärzte und Hebammen angewiesen wurden, dem zuständigen Gesundheitsamt Kinder bis zum 3. Lebensjahr zu melden, die verdächtig waren, „mit folgenden schweren angeborenen Leiden behaftet zu sein“: 1. Idiotie sowie Mongolismus; 2. Mikrokephalie (von der Norm abweichende Kleinheit des Schädels); 3. Hydrocephalus (Wasserkopf); 4. Missbildungen jeder Art, besonders Fehlen von Gliedmaßen, schwere Spaltbildungen des Kopfes und der Wirbelsäule usw.; 5. Lähmungen einschließlich Littlescher Erkrankung (spastische Lähmungen).

Die Meldungen mussten in ein Formblatt eingetragen werden, das beim Gesundheitsamt erhältlich war. Der Amtsarzt konnte darauf Ergänzungen vornehmen und musste dann das Formular direkt an den Reichsausschuss in Berlin übersenden.

„Ohne die enge Zusammenarbeit der Gesundheitsämter mit dem Reichsausschuss hätten die Tötungen nicht stattfinden können.“

Das Reichsinnenministerium, Abt. IV, das ansonsten, anders als bei der Aktion „T4“, nichts weiter mit der Organisation der Kinder-„Euthanasie“ zu tun hatte, erließ am 1. Juli 1940 erneut einen Runderlass. In diesem gab die Abteilung IV die Neueinrichtung einer Jugend-Psychiatrischen Fachabteilung in der Landesanstalt Brandenburg-Görden bekannt. Dieser Fachabteilung sollten noch weitere folgen. Der Reichsausschuss, so der Runderlass, werde sich an die Gesundheitsämter wenden und diesen entsprechende Kinder nennen, die in Kinderfachabteilungen ausgewählter Anstalten untergebracht werden sollten. Ohne die enge Zusammenarbeit der erst 1935 gegründeten Gesundheitsämter mit dem Reichsausschuss hätten die Tötungen gar nicht stattfinden können. Anders als die Aktion „T4“ und die zweite Phase der NS-Euthanasie mit Transporten in die Tötungsanstalten, „sollte die Tätigkeit des 'Reichsausschusses' zur gesetzlich geregelten Routine der Gesundheitsverwaltung gehören“, so beschrieb es der Historiker Götz Aly 1989 treffend.<sup>22</sup>

Die Tötungen wurden aktiv durch überdosierte Medikamente wie Luminal, einem Schlaf- und Beruhigungsmittel, oder Morphium, durchgeführt. Sie erfolgten auch durch die Verabreichung einer „Hungerkost“, die zum Verhungern führte. Selbst passiv wurden Tötungen vorgenommen, indem die Kranken keine ärztliche Therapie erhielten, keine Medikamente und oftmals nicht einmal einfachste Mittel wie Brustwickel.

In Schleswig war als leitende Ärztin des Landespflegeheims die bereits genannte Dr. Erna Pauselius verantwortlich. Sie

hatte, wie beschrieben, im Mai 1941 insgesamt 43 Jugendliche auf den „T4“-Transport über die Zwischenanstalt Königs-Lutter nach Bernburg geschickt. Im Sommer 1941 reisten die für Euthanasie-Vorhaben zuständigen Vertreter der „Kanzlei des Führers“, Dr. agr. Hans Hefelmann (1906 - 1986) und sein Stellvertreter Richard von Hegener (1905 - 1981), nach Kiel. Sie kamen, um mit dem Landeshauptmann Dr. Wilhelm Schow (NSDAP-Mitglied seit 1933) und Erna Pauselius Gespräche zu führen. Kurze Zeit später, im August 1941, besuchte Pauselius mit dem Kieler Anstaltsdezenten Dr. Meisterernst den als Tarnorganisation eingerichteten „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten Leiden“ in Berlin. Diese Organisation war für die Auswahl der Kinder für die Kinderfachabteilungen verantwortlich.

Sie hätte das Praktikum in Brandenburg-Görden nicht absolvieren müssen

Nur einen Monat danach, im September 1941, nahm Pauselius an einem Praktikum in der Kinderfachabteilung bei Dr. Hans Heinze in Brandenburg-Görden teil. Heinze war, wie erwähnt, Mitglied des Gremiums des Reichsausschusses, welches die Kinder und Jugendlichen aussuchte, die in Kinderfachabteilungen getötet werden sollten. Ein Praktikum bei Heinze kam einem Einführungskurs für die Gründung einer eigenen Kinderfachabteilung gleich.

Erna Pauselius sagte 1947 bei den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen aus, dass sie nach dem Praktikum keinen weiteren Kontakt mit dem Reichsausschuss gehabt habe. Dies erscheint bei einer derartig gründlichen Vorbereitung für die Leitung einer Kinderfachabteilung unglaublich, zumal Ärzte und Ärztinnen im Rahmen der Euthanasie-Tötungen nie gezwungen wurden. Auch Pauselius hätte also das Praktikum in Brandenburg-Görden nicht absolvieren müssen. Das plötzliche Auftauchen von Fotos der Kinder in den Krankenakten spricht gegen ihre Darstellung. In den Kinderfachabteilungen waren diese Akten gesondert für den Reichsausschuss zu führen<sup>23</sup>, die zwingend Fotos enthalten mussten. Möglicherweise hatte man den im Krankenhaus üblichen Patientenakten auch Abzüge dieser Fotos beigefügt. Die Aufnahmen der Kinder (Abb. 6 als Beispiel) wurden im Dezember 1941 gemacht. Es erscheint naheliegend, dass Erna Pauselius, etwa drei Monate nach ihrem Praktikum in Brandenburg-Görden, die Kinderfachabteilung in Schleswig/Hesterberg im Dezember 1941 gründete.

Anhand einer Krankenakte lässt sich schon für 1940, also deutlich vor Gründung der Kinderfachabteilung, die grundsätzlich positive Einstellung von Erna Pauselius gegenüber der Euthanasie der NS-Zeit belegen. Die 4-jährige Christel wurde im September 1940 durch das Gesundheitsamt in Pinneberg in Schleswig/Hesterberg eingeliefert. Auf die schriftliche Anfrage des Vaters, wie es um seine Tochter stehe, antwortete Pauselius im November 1940, dass er sich keine Hoffnungen zu machen brauche. „Alle finanziellen Opfer wären



Abb. 8 Ellen C. (1936-1943), Patientin in der Kinderfachabteilung Schleswig-Hesterberg, Dezember 1941

nur hinausgeworfenes Geld“, so Pauselius. Christel verstarb nur etwa vier Monate später ohne Therapie am 3. April 1941 an Bronchopneumonie, also Lungenentzündung.

Nach dem Umzug zur Erwachsenenpsychiatrie Schleswig/Stadtfeld am 3. Februar 1942 hatte die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig als eigenständige Einrichtung aufgehört zu existieren. Der Umzug fand mit 182 Pflegelingen statt, später kamen noch 60 weitere dazu. Erna Pauselius hatte ihr Personal mitgenommen. Seit April 1942 finden sich in den Krankenakten keine Einträge mehr von ihr, obwohl sie erst Mitte des Jahres in die Landesheil- und Pflegeanstalt in Neustadt/Holstein versetzt wurde.

„Nach dem Umzug zur Erwachsenenpsychiatrie hatte die Kinder- und Jugendpsychiatrie als eigenständige Einrichtung aufgehört zu existieren.“

Stattdessen hatte offenbar Dr. Johannes Krey (1901 - 1974), die Leitung der Kinderfachabteilung übernommen. Krey, NSDAP-Mitglied, war im November 1940 vom Gauärzteführer und SS-Obersturmbannführer Dr. Hans Rinne (1888 -1948) über die Abläufe der „T4“-Euthanasie unterrichtet worden und hatte auch den Leiter der Anstalt, Dr. Carl Grabow, informiert. Interessanterweise behauptete sein Nachfolger Dr. Hans Burkhardt (1904 - 1999) später bei den ab 1947 stattfindenden staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen, er habe die Abteilung direkt von Erna Pauselius übernommen. Johannes Krey wird bei den Untersuchungen überhaupt nicht erwähnt, obwohl die Oberin Hohensee bei ihrer Vernehmung ausdrücklich auf ihn aufmerksam gemacht hatte.

Krey war, so belegen es die 201 noch erhaltenen Krankenakten der 216 gestorbenen Kinder und Jugendlichen in Schleswig, von April bis September 1942 für die Abteilung der Oberin Benthin und die der Oberin Hohensee allein zuständig. Ab September 1942 finden sich dann Einträge auch von Hans Burkhardt in den Akten. In dieser Zeit, von April bis Dezember 1942, starben 40 Kinder und Jugendliche. Ab Januar 1943 hatte Burkhardt beide Abteilungen der Kinder und Jugendlichen übernommen, von Krey gibt es ab dann keine Einträge mehr. Aus der Zeit von Krey sei hier das Schicksal der 3-jährigen Ursula beispielhaft genannt. Sie starb, nachdem sie unfassbare 49 Tage lang Fieber hatte, am 18. Dezember 1942, ohne jegliche Therapie an Enteritis (Magen-Darmentzündung) und Marasmus (körperliche Entkräftung, hervorgerufen durch eine schwere Krankheit).

Hans Burkhardt war Mitglied der NSDAP und seit 1941 Schriftführer der Zeitschrift „Rasse“, daneben veröffentlichte er eine Vielzahl von Aufsätzen. Bevor er im Januar 1943 die beiden Kinderabteilungen und damit auch die Kinderfachabteilung übernahm, fuhr er im November 1942 zum Reichsausschuss und unterrichtete diesen danach regelmäßig in monatlichen Berichten über den gesundheitlichen Zustand der ausgewählten Kinder. Bei den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen nach 1945 behauptete er, er sei zu diesem Besuch in Berlin gezwungen worden. Dies widerspricht allerdings der historischen Forschung. Von anderen Kinderfachabteilungen ist bekannt, dass den beteiligten Ärztinnen und Ärzten grundsätzlich ein großes Maß an Freiwilligkeit zugestanden wurde. Zudem gab Burkhardt an, nie ein Kind getötet zu haben. Er habe lediglich die Kinder als „behandelt“ (d. h. ermordet) gemeldet, die sowieso eines natürlichen Todes gestorben wären. Dass dieses angebliche Verfahren nicht umsetzbar war, liegt auf der Hand, denn der Reichsausschuss wollte nur Informationen über die von ihm für die „Euthanasie“ bestimmten Kinder und Jugendlichen haben. Bei den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen wurde Hans Burkhardts Aussage, wie später noch aufgezeigt, so akzeptiert.

## Zwei weitere Schicksale

Im Folgenden seien zwei Schicksale von Kindern der Kinderfachabteilung unter Hans Burkhardt aufgeführt.

Der zweijährige Ulrich wurde im Mai 1943 mit der Diagnose „Mongoloide Idiotie“ in die Abteilung der Oberin Emmi Hohensee eingewiesen. Bereits im Juni

fragte sein Vater nach, ob die Euthanasie möglich wäre, wenn für den Jungen keine Besserung in Aussicht stünde. Burkhardt antwortete, dass es dafür keine gesetzlichen Bestimmungen gäbe. Dieser Briefwechsel wurde in den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen 1964 in einem Gutachten des Instituts für gerichtliche und soziale Medizin der Universität Kiel als Beleg dafür angeführt, dass mutmaßlich keine Euthanasie-Handlungen in Schleswig stattgefunden hätten. Die Bewertung des Briefwechsels verwundert, da Ulrich 49 Tage später nach sechs Tagen Fieber, ohne eine Therapie erhalten zu haben, am 11. August 1943 an Bronchopneumonie (Lungenentzündung) bei Windpocken tatsächlich starb.

Hendrik starb, ohne eine Therapie erhalten zu haben, nach drei Tagen

Im folgenden Fall des kleinen Hendrik, der mit 1 ½ Jahren im November 1943 in Schleswig eingewiesen wurde, treten in der Krankenakte in der Verwaltungskorrespondenz sogar die Begriffe Kinderfachabteilung und Reichsausschuss auf. Derartige Schreiben durften dort eigentlich nicht abgelegt werden. Sie gehörten in die Reichsausschussakte, die parallel geführt werden musste. Aus den Schreiben geht hervor, dass der Reichsausschuss die Einweisung von Hendrik veranlasst hätte und dass er sich bereit erklärte, die Unterbringungskosten für ein halbes Jahr zu übernehmen. Hendrik litt an Porencephalie (Missbildung des Gehirns) und Idiotie, so

die Diagnose. Am Ende des halben Jahres, am 4. April 1944, starb Hendrik, ohne eine Therapie erhalten zu haben, nach drei Tagen Fieber an Bronchopneumonie.

Die Medizinerin Prof. Annette Grewe, die die von mir Ende der 1990er Jahre durchgearbeiteten 201 Krankenakten der Schleswiger Kinder- und Jugendpsychiatrie 1997 unter medizinischem Aspekt ausgewertet hat, betont, dass auch bei einer schweren Lungenentzündung eine Fieberkurve von nur zwei oder drei Tagen eine ungewöhnlich kurze Zeit darstellt.<sup>24</sup> Als Historikerin nehme ich aufgrund dieser Indizien und der Verwaltungskorrespondenz an, dass Hendrik durch Medikamente ermordet wurde. Juristisch und medizinisch beweisbar ist dies allerdings nicht, denn natürlich standen derartige Medikamentenvergaben nicht in der Krankenakte.

Die Kinderfachabteilung in Schleswig gehörte sicherlich nicht zu solch spektakulären Einrichtungen wie die in Brandenburg-Görden. Diese diente, wie erwähnt, als Praktikumsort für Ärzte neuer Kinderfachabteilungen. Aber in Schleswig starben seit Dezember 1941 jährlich mehr Kinder als in der vorausgegangenen Zeit. Die Untersuchung von Annette Grewe hat sich auf die Krankenakten gestorbener Kinder beschränkt, die komplett mit Fieberkurve überliefert sind und nur dadurch aussagekräftig sein können.<sup>25</sup>

Annette Grewe hat herausgefunden, dass bei 58 Sterbefällen wahrscheinlich von einem natürlichen Tod auszugehen sei. Bei weiteren 70 Akten mit Fieberkurve stellte sie fest, dass die Kinder und Jugendlichen keine Therapie erhalten hätten. Bei 49 dieser nicht therapierten Kinder sei „Lungenentzündung“ bzw.

„Bronchopneumonie“ als Todesursache festgestellt worden. Von anderen Kinderfachabteilungen sei allerdings bekannt, dass Lungenentzündung eine häufig gebrauchte Todesdiagnose gewesen sei, hinter der sich aktive Tötungshandlungen mit Luminal und Morphin verbargen.

### Die Ereignisse in der Schleswiger Kinder- und Jugendpsychiatrie blieben nach Kriegsende ungesüht

Grewe fand bei ihrer Untersuchung zudem heraus, dass in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Schleswig Patientinnen und Patienten bei Lungenentzündung durchaus auf hohem Standard mit einem damals schon üblichen Sulfonamid, dem Eubasinum, behandelt und geheilt wurden. Allerdings handelte es sich um nicht so schwer behinderte Kinder und Jugendliche. Es fand also eine Selektion statt. Bei den 49 Krankenakten mit Fieberkurve und Tod durch Lungenentzündung, bei denen keine Therapie stattfand, kann aus historischer Sicht daher eine Tötung der Kinder angenommen werden, denn man hatte vor Ort die Medikamente und die medizinischen Kenntnisse. Medizinisch nicht zu klären ist es, warum 17 Prozent der verstorbenen Kinder in Schleswig an hochgradiger Auszehrung verstarben. Als Historikerin halte ich auch hier einen Hinweis auf einen unnatürlichen Tod der Kinder und Jugendlichen durch verhungern lassen für möglich.

Wie so vieles, was in der nationalsozialistischen Zeit geschah, blieben auch die

Ereignisse in der Schleswiger Kinder- und Jugendpsychiatrie nach 1945 ungesühnt. Keiner der hier genannten Ärzte wurde zur Rechenschaft gezogen. Anstaltsdirektor Carl Grabow und Hans Burkhardt arbeiteten unangetastet weiterhin in der Psychiatrie in Schleswig/Stadtfeld. Die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen prüften lediglich, ob in der Kinderfachabteilung Kinder und Jugendliche mit Medikamenten ermordet wurden. Ermordungen durch Vernachlässigung wurden nicht beachtet. Das Gutachten des Insti-

tuts für gerichtliche und soziale Medizin der Universität Kiel von Prof. Hallermann vom 12. August 1964 hätte bei neutraler Prüfung der Krankenakten dieses mindestens feststellen müssen. Stattdessen kam es zu folgendem Ergebnis: „Ein Hinweis für aktive Euthanasiemaßnahmen hat sich bei eingehender Durchsicht der Krankengeschichten nicht ergeben.“ Umso wichtiger ist es, auch heute noch darüber aufzuklären, was Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen in der NS-Zeit tatsächlich angetan wurde.

---

## Anmerkungen

- 1 <https://de.statista.com>, Opfer der nationalsozialistischen Euthanasieprogramme im Dritten Reich.
- 2 Im Folgenden im Schwerpunkt nach: Susanna Misgajski, Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig bis 1945, in: Der Hesterberg, 125 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik in Schleswig, S. 7 - 56.
- 3 Karl Binding und Alfred Hoche, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Leipzig 1920.
- 4 Klaus Dörner, Nationalsozialismus und Lebensvernichtung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 15, Stuttgart 1967, S. 123 f.
- 5 Siehe auch: Ernst Klee, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt/M. 2001, S. 21 ff. Es sei hier angemerkt, dass die Theorie der „Rassenhygiene“ auch in anderen europäischen Ländern und in den USA Verbreitung fand.
- 6 Zitiert nach: Ernst Klee, Euthanasie im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt/M. 2001, S. 31 f.
- 7 Siehe Abbildung in: Ute Hoffmann, Todesursache „Angina“. Zwangssterilisation und Euthanasie in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, Dessau 1996, S. 38.
- 8 Klaus-Detlev Godau-Schüttke, Kieler Nachkriegsordinarien der Medizin und die NS-Euthanasie, in: Der Hesterberg, a.a.O., S. 95 ff.; dazu auch: Ders., Die Heyde/Sawade-Affäre: Juristen und Mediziner in Schleswig-Holstein decken den NS-Euthanasiearzt Prof. Dr. Werner Heyde und bleiben straflos. In: Helge Grabitz (Hrsg.): Die Normalität des Verbrechens. Berlin 1994, S. 444 ff. sowie Ders., Die Heyde/Sawade-Affäre. Baden-Baden 2001.
- 9 Ernst Klee, Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- und Judenmord, Frankfurt/M. 2001, S. 47 f.
- 10 Ute Hoffmann, Todesursache „Angina“, a. a. O., S. 42. Auch die Grafik wurde übernommen.
- 11 Ernst Klee, Euthanasie im NS-Staat, a. a. O., S. 152 ff.

- 12 Siehe auch: Harald Jenner, Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik Schleswig-Stadtfeld, Schleswig 1995, S. 108.
- 13 Notizen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 41, Heft 3, München/Berlin 1993, S. 479 f.
- 14 Bundesarchiv Berlin (BAB), R 179, Nr. 3593, Z 162446.
- 15 BAB, R 179, Nr. 3541, Z 162418.
- 16 Auf Grund der Durchsicht von 201 noch vorhandenen Krankenakten von insgesamt 216 in Schleswig in der NS-Zeit gestorbenen Kindern und Jugendlichen, war die Handschrift der Oberin Emmi Hohensee, die für diese Kinder zuständig war, eindeutig zu identifizieren.
- 17 Bericht über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung im Rechnungsjahre 1934, S. 32.
- 18 Götz Aly (Hrsg.), Aktion T4 1939-1945. Die Euthanasie-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Stätten der Geschichte Berlins, Bd. 26, S 17. Siehe auch: Ute Hoffmann, Todesursache: „Angina“, a.a.O.
- 19 Harald Jenner, Geschichte Klinik Schleswig-Stadtfeld, a.a.O., S. 118
- 20 Ebd. S. 116.
- 21 Im Folgenden nach: Udo Benzenhöfer, Kindereuthanasie in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Reichsausschussverfahren und Kinderfachabteilungen, Ulm 2020, S. 27 ff..
- 22 Götz Aly, Aktion T4, a.a.O., S. 121
- 23 Die Akten für den „Reichsausschuss“ wurden kurz vor Kriegsende auf Weisung aus Kiel vernichtet. Aussage Hans Burkhardt, LAS Abt. 352 Kiel Nr. 943, Bd. 1.
- 24 Annette Grewe, 216 verstorbene Kinder der Kinderfachabteilung Schleswig – Tötung, Verwahrlosung oder ‚natürlicher Tod‘?, in: Der Hesterberg, a.a.O., S. 64.
- 25 Siehe im Folgenden: Ebd., S. 57 - 73.

---

## Abbildungsnachweise

- Abb. 1 Susanna Misgajski
- Abb. 2 Repro aus: Die Anstalten der schleswig-holsteinischen Provinzialverwaltung, Kiel 1931.
- Abb. 3 Repro aus: Kirchhoff, Dabelstein, Bericht über die Provinzial-Heilanstalt bei Schleswig, den Zeitraum 1870 bis 1920 umfassend, Schleswig 1920
- Abb. 4 Beiheft zur Wanderausstellung der Gauleitung Sachsen der NSDAP, Deutsches Hygiene-Museum, Dresden: Hyg. AIII 11/154
- Abb. 5 Repro aus: Ute Hoffmann, Todesursache „Angina“. Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Landes- Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, S. 42
- Abb. 6 Zusammenstellung von Todesanzeigen aus Kieler Tageszeitungen von Opfern des Transports nach Königsutter/Bernburg am 9. Mai 1941
- Abb. 7 Zusammenstellung von Todesanzeigen aus Kieler Tageszeitungen von Opfern des Transports nach Meseritz-Obrwalde am 14. September 1944
- Abb. 8 LASH, Abt. 64.1/27483

*Im Zweiten Weltkrieg wurden zehntausende Kinder von osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen planmäßig ermordet. Auch in Schleswig-Holstein kamen nach neuesten Recherchen mehrere Hundert dieser Kinder ums Leben. Bis heute wissen wir nur wenig über diese weitgehend unbeachtete Opfergruppe. Der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) hat hierzu in Kooperation mit mehreren Historikern und Historikerinnen ein Forschungsprojekt gestartet, um das Schicksal dieser Kinder aufzuklären. Für die Region Schleswig-Flensburg gibt im Folgenden der Historiker Claus Olsen in einem Werkstattbericht erste Einblicke in seine Forschungsergebnisse. Der dazu geplante Sammelband des AKENS mit den umfassenden Informationen und Analysen zu allen untersuchten Regionen soll im nächsten Jahr erscheinen.*

## **KINDER VON ZWANGS- ARBEITERINNEN UND ZWANGSARBEITERN IM RAUM FLENSBURG 1943–1945**

Ein Werkstattbericht

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hatte viele Facetten. Ein bisher weitgehend unbekanntes Kapitel ist das Schicksal der vielen Kinder, die von Zwangsarbeiterinnen während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland geboren wurden. Besonders bedrückend sind dabei die Schicksale der verstorbenen Säuglinge und Kinder. Dazu gehören auch Kinder, die aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion ins Deutsche Reich verschleppt wurden und hier ums Leben kamen. Eine Arbeitsgruppe des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) hat sich nun dieses Themas angenommen. Der Arbeitskreis versteht sich dabei als Mittler zwischen wissenschaftlicher Forschung und interessierter Öffentlichkeit.

von Claus Olsen

Koordiniert von Kay Dohnke und Rolf Schwarz gehen 34 ehrenamtlich Forschende den Lebensläufen dieser Kinder und ihrer Eltern nach. Sie möchten diese historischen Ereignisse für Schleswig-Holstein rekonstruieren und ihre Ergebnisse 2026 in einer großen Dokumentation veröffentlichen. Insgesamt wurden bereits 2.080 Kinder von Zwangsarbeiterinnen in einer Datenbank erfasst, die in Schleswig-Holstein unter oft erbärmlichen Umständen während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 verstorben sind. Eine besondere Rolle spielten dabei gesonderte Entbindungsanstalten und meist primitive Einrichtungen, in denen die Kinder zwangsweise untergebracht waren und nur unzureichend ernährt wurden. Zu den Haupttodesursachen zählten daher „Ernährungsstörungen“. Als Folge der oft extrem beengten und unhygienischen Unterbringung kamen Infektionskrankheiten hinzu, die zu weiteren Todesfällen führten, wie zum Beispiel Diphtherie, Brechdurchfall, Tuberkulose und Masern.

Eine besondere Schwierigkeit bei der Durchführung des Projektes war die spärliche Überlieferung vor Ort. Ausgangspunkt waren daher die digital erschlossenen Materialien der Arolsen Archives, dem internationalen Zentrum über NS-Verfolgung.<sup>1</sup> In Schleswig-Holstein gab es demnach in den meisten Kreisen und größeren Städten entsprechende Einrichtungen. Bei den Recherchen wurden noch zwei kleine, bisher unbekannte Einrichtungen entdeckt. Sie befanden sich in Reinfeld und in Kölln-Reisiek bei Elmshorn.

Ereignisse müssen in einem Gesamtzusammenhang einer extremistischen, rassistischen Politik gesehen werden.



Abb. 1 Anwerbeplakat in polnischer Sprache mit dem Versprechen auf gutes Gehalt und gute Arbeit und Unterkunft

Der verblendeten Idee der „Reinheit des Blutes“ entsprang eine beispiellose verbrecherische „Rassenpolitik“, die von der Minderwertigkeit der „Fremdvölkischen“ ausging. Damit waren vor allem die Menschen aus Polen und der Sowjetunion gemeint. Sie sollten unter keinen Umständen mit der einheimischen Bevölkerung in engeren persönlichen Kontakt kommen.

Während die Shoa in Schleswig-Holstein kaum wahrgenommen wurde, war die Verfolgung dieser Opfergruppen für weite Teile der Bevölkerung sehr wohl erkennbar, denn sie spielte sich in aller Öff-

fentlichkeit ab. Die Brutalität der Machthaber wurde unübersehbar, als polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter wegen des freundschaftlichen Umgangs mit deutschen Frauen öffentlich erhängt wurden. Auch das schwere, unmenschliche Schicksal der polnischen und russischen Zwangsarbeitenden konnte niemand leugnen. Die Bevölkerung nahm es aber hin, wenn Zwangsarbeiter wie es hieß „wegkamen“, weil sie beispielsweise nicht so gearbeitet hätten, wie der Arbeitgeber es von ihnen gefordert habe. Was mit den schwangeren Zwangsarbeiterinnen und zudem mit den von ihnen geborenen Kindern geschah, konnte ebenfalls nicht verborgen bleiben. Exemplarisch werden hier Geschehnisse aus dem Raum Flensburg dargestellt.

Eine spärliche örtliche Überlieferung erschwerte die Durchführung des Projekts

## Hinrichtung von polnischen Kriegsgefangenen

Nach dem Überfall auf Polen kamen bis 1940 über 2 Millionen polnische Kriegsgefangene auf deutsche Bauernhöfe.<sup>2</sup> Sie wurden bis Kriegsende als Zwangsarbeiter eingesetzt, um dem allgemeinen Arbeitsmangel in Deutschland entgegenzuwirken. Dabei kam es zu Beziehungen und Liebschaften mit deutschen Frauen. Ein Erlass<sup>3</sup> bestimmte bei Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen die öffentliche Hinrichtung des betroffenen Kriegsge-

fangenen, so geschehen zum Beispiel in Sieverstedt und Dollrottfeld (beide Landkreis Flensburg). Als die Kinder am 30. April 1941 von der Süderbraruper Schule nach Hause gingen, liefen sie an dem Erhängten in Dollrottfeld vorbei, weil die Gestapo vergessen hatte, den örtlichen Bestattungsunternehmer zu beauftragen. Allerdings änderte die Gestapo ihr Vorgehen und unterließ diese grausame Praxis der öffentlichen Hinrichtungen. Die brutale Maßnahme erfolgte nur noch heimlich in Konzentrationslagern.

## Eine Hinrichtung vor aller Augen

Dies geschah es in einem weiteren Fall. Der polnische Kriegsgefangene Tadäus Krysiak verliebte sich in Dorothea K., die ein „Pflichtmädeljahr“ bei einer Bäuerin in Lindaufeld (Kreis Schleswig) verbrachte.<sup>4</sup> Als Dorothea schwanger wurde, verhaftete der Flensburger Gestapobeamte Ebeling das Liebespaar. Das Sondergericht Kiel verurteilte die Schwangere zu einem Jahr und sechs Monaten Strafhaft. Zur Entbindung erhielt sie eine kurzzeitige Haftunterbrechung. Das Kind wuchs dann bei den Großeltern auf. Tadäus sah seine Geliebte ein letztes Mal während der Gerichtsverhandlung. Er wurde dem Konzentrationslager Neuengamme überstellt und am 11. Mai 1942 im dortigen Arrestbunker ermordet. In der Sterbeurkunde ist vermerkt: „Auf Befehl des Chefs der Sipo und des SD in Berlin, erhängt.“<sup>5</sup>



Abb. 2 SS-Kampfgruppe Walter Schimana bei der Jagd auf künftige Zwangsarbeiterinnen im Sommer 1943 in der Sowjetunion

## Menschenjagen in den besetzten Ostgebieten

Nach dem „Frankreichfeldzug“ kamen französische und belgische Kriegsgefangene in deutsche Betriebe, nicht nur in die Landwirtschaft. Sie galten den Nationalsozialisten als „rassisch höherwertig“ und wurden dementsprechend besser behandelt als die Polen. Als sich der Überfall auf die Sowjetunion ab Juni 1941 nicht zum Blitzkrieg entwickelte, fehlten immer mehr Arbeitskräfte in der Produktion. Nun wurde es trotz aller Bedenken Hitlers notwendig, „fremdvölkische“ Arbeitskräfte von dort zu holen. Die Grundsatzentscheidung zum „Russeneinsatz“ für die Belange der Kriegswirtschaft erfolgte gegen Ende des Jahres 1941. Dabei sollten auch zur Hälfte junge Frauen geholt werden, um sexuelle Kontakte der Zwangsarbeiter mit deutschen Frauen zu verhindern.

Zunächst versuchte es jedoch das Reichsarbeitsministerium im Frühjahr 1941 mit Werbeaktionen in Polen und ein Jahr später in der Sowjetunion.<sup>6</sup> Einige Mädchen und Frauen folgten der Aufforderung. Doch bald sprach sich herum, wie katastrophal die Zustände in den deutschen Lagern waren. Nun wurde die nationalsozialistische Führung immer rabiat. Im Frühjahr 1942 wurde der NSDAP-Funktionär und NSDAP-Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel per Führererlass zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ ernannt, eine „nationalsozialistische Kampfnatur (...), die sich (...) mit „Entschlossenheit und Fanatismus unverzüglich ans Werk machte.“<sup>7</sup> Es begann eine „wilde rücksichtslose Menschenjagd“<sup>8</sup>. In den Städten und Dörfern wurden gleich ganze Familien und deren Anverwandte gekidnappt.

## Fahrt im Viehwaggon nach Flensburg

Die anschließende Bahnfahrt der jungen Arbeitskräfte im Viehwaggon ins Deutsche Reich dauerte lange. Langsam und qualvoll ging es über viele Stationen auch nach Schleswig-Holstein. Auf dem Flensburger Bahnhof kamen im Rahmen dieser Transporte am 11. Mai 1942 vermutlich auf einem Gleis des Güterbahnhofs die ersten Frauen aus der Sowjetunion an. Ludmilla Potina (\*31. Oktober 1901) und ihr Sohn Viktor Potin (\*15. Mai 1936) waren während der langen Reise schwer an Fleckfieber erkrankt,<sup>9</sup> eine Erkrankung, die durch Kleiderläuse übertragen wird. Die Mutter starb bereits vier Tage nach der Ankunft. Viktor überlebte und kam zusammen mit einem Bruder der Mutter nach Steinberg (Angeln), wo dieser als Zwangsarbeiter dringend benötigt wurde.<sup>10</sup>

### Familien wurden auseinandergerissen

Familien wurden auseinandergerissen. So wurde Jelena Naumon, geborene Raseowa, im Flensburger Raum untergebracht, während der Ehemann Michael sich in Erfurt aufhalten musste, aber in Danzig gemeldet war, als der gemeinsame Sohn Victor am 7. April 1945 im städtischen Krankenhaus verstarb.<sup>11</sup> Für die Familie Rowda begann der 2.000 Kilometer lange Leidensweg Anfang Oktober 1943 in dem kleinen ukrainischen Dorf Kruti (Крути) in der Ostukraine. Die Großeltern, der 73-jährige Sergey (\*01. September 1871)

und seine Ehefrau, die 65-jährige Anna, wurden ebenfalls gezwungen mitzukommen. So wurden insgesamt 15 Personen über das Durchgangslager Flensburg zum Fliegerhorst Husum geschickt.<sup>12</sup> Auf dem Weg dorthin kam es dann zur Katastrophe. Anna, geb. Kurschun, und ihr Mann Alexander Rowda (\* 8. April 1908 ebenfalls in Kruti) waren mit dem sechs Monate alten Dimitrij unterwegs, der am 14. März 1943 in seinem Heimatdorf Kruti geboren worden war.

In Flensburg wurden sie zum Durchgangslager (DULAG) im Munketoft geführt. Die dortige Gaststätte und das Schützenheim waren dafür beschlagnahmt worden. Das Anwesen gehört der St. Knutsgilde, einem Traditionsverein der dänischen Minderheit.<sup>13</sup> Dort erkrankte der kleine Dimitrij schwer und starb am 21. Oktober 1943 an einer Lungenentzündung, die er sich vermutlich auf dem Transport zugezogen hatte.<sup>14</sup> Bestattet wurde er ohne Trauerfeier auf einem besonderen Grabfeld für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im hintersten Teil des Flensburger Friedenshügels. Die ganze Familie wurde dann weiter nach Husum zum dortigen Fliegerhorst geschickt. Hier starb Georgi Rowda, ein weiterer Sohn, der noch in der Heimat am 21. oder 25. Januar 1941 geboren worden war.<sup>15</sup> Im Dezember des gleichen Jahres wurde der Sohn Rostislaw in Husum geboren. Die große Familie nebst Anhang blieb bis Kriegsende auf dem dortigen Flugplatz und kehrte anschließend in die Heimat zurück. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.



Abb. 3 Das „Cholerahaus“, das letzte noch erhaltene Gebäude der ehemaligen Klinik Süd (Städtische Krankenanstalten) in der Kinder ehemaliger Zwangsarbeiterinnen, nach Kriegsende aber auch von Flüchtlingsmüttern, verstarben

## Die Flensburger Institutionen

In Flensburg lag alles dicht beieinander. Das Arbeitsamt befand sich im Munketoft 7 in der unmittelbaren Nähe des Bahnhofs und Güterbahnhofs. Unter Bewachung wurden die Deportierten zum Durchgangslager im Munketoft 33 gebracht. Dort holten die künftigen Arbeitgeber einen oder mehrere Arbeitskräfte ab.

Wer krank wurde, dem standen nicht alle drei Flensburger Krankenhäuser gleichermaßen zur Verfügung. Man unterschied nach Nationalitäten. Ein Teil des katholischen St. Franziskus-Hospitals wurde als Reservelazarett ausgewiesen, während noch 50 Betten für allgemeine Krankenhausbehandlungen zur Verfügung standen.<sup>16</sup> Dort wurden auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus den westlichen Ländern behandelt. Die evangelische

Diakonissenanstalt nahm hingegen auch kranke Polen, Ukrainer und Russen auf.<sup>17</sup> Allerdings wurden Zwangsarbeiterkinder bis Kriegsende nur vereinzelt behandelt. Das änderte sich erst ab Mai 1945, als eine Reihe polnischer und russischer Kinder Aufnahme fanden. Einige Kinder der deportierten polnischen oder sowjetischen Mütter kamen dort nach Kriegsende zur Welt.

Das dritte Krankenhaus der Stadt war 1904 aus der ehemaligen städtischen Armenanstalt hervorgegangen. Mit der steigenden Zahl an Patienten ab 1939 waren die Krankenlager bald überfüllt. Seit Mai 1942 mussten einige Patienten sogar auf dem Boden schlafen. Als Unterlage dienten zum Teil Strohsäcke.<sup>18</sup> Die Stadtverwaltung beschloss daher, für die immer zahlreicheren polnischen, russischen und

ukrainischen Patienten eine Baracke mit 60 Betten<sup>19</sup> auf dem Hinterhof der Klinik zu errichten. Damit setzte sie eine Verordnung um, nach der Deutsche und Ausländer zwingend getrennt untergebracht und behandelt werden mussten.<sup>20</sup>

### Deutsche und Ausländer waren zwingend getrennt unterzubringen und zu behandeln

Die medizinische Betreuung dieser Kranken gestaltete sich schwierig. Die Stadtverwaltung wandte sich deshalb am 21. August 1942 an das Arbeitsamt: „Die Baracke für die Unterbringung kranker Russen ist eingetroffen. Ich bitte für die Pflege der Russen die bei Asmus Johst in Twedt beschäftigte Russin Vera Schekleera freizugeben, die in Russland bereits als Rotkreuzhelferin tätig war und somit in der Krankenpflege nicht unerfahren ist.“ Der Sachbearbeiter des Arbeitsamtes Hoffmann antwortete: „Frau Johst ist mit der Russin sehr zufrieden und hat das Mädel der guten Arbeit wegen vollständig eingekleidet, da sie kein einziges Arbeitskleid besaß.“<sup>21</sup> Der Landwirt wollte Warwara (Vera) Schekleera (\* 2. Februar 1890), so hieß die Frau, zunächst nicht frei geben, sondern noch in der Ernte einsetzen. Da die Baracke noch nicht fertiggestellt war, blieb Vera vorerst bei dem Bauern und wechselte erst im Dezember 1942 zum Krankenhaus. Ihre Tochter Valentina (\*8. Februar 1919)<sup>22</sup>, die mit nach Flensburg gekommen war, wurde ebenfalls zwangsverpflichtet. Weiteres Personal war für die

Krankenbaracke nicht vorgesehen. Beide Frauen wurden bis Mai 1945 als städtische Bedienstete geführt. Die Anmeldung erfolgte bei der AOK Flensburg.<sup>23</sup> Sie erhielten einen Lohn von jeweils 49,50 RM im Monat. Die Stadt behielt aber 45 RM für Unterkunft und Verpflegung ein. Damit wurden sie weit unterdurchschnittlich entlohnt.

Für die beiden russischen Hilfsschwestern galt eine strenge Arbeitspflicht, die von der Gestapo überwacht wurde.<sup>24</sup> Seit 1927 war Dr. Hans Heigl der Leiter des Gesundheitsamtes und Dienstvorgesetzter des leitenden städtischen Arztes Dr. Friedrich Schierning. Nachdem die Krankenbaracke für die russischen Zwangsarbeitenden in Auftrag gegeben worden war, wollte Bürgermeister Carl Mackprang zusätzlich einen russischen Arzt einstellen. Er schrieb in dieser Angelegenheit dem Amtsarzt und bat ihn „zu überlegen, ob es zweckmäßig ist, für die Behandlung der erkrankten Russen einen russischen Arzt anzufordern.“ Er legte dem Schreiben eigens eine Abschrift einer reichsweiten Verordnung bei, die ausdrücklich auch die Bestellung ausländischer Ärzte vorsah.

### Die Beschäftigung eines russischen Arztes „ist bei der bisherigen Krankenzahl nicht zweckmäßig.“

Heigl jedoch entgegnete schroff: „Der [her]angezogene Erlaß bezieht sich auf ausländische Ärzte artverwandter Abstammung, die als Hilfsärzte in deutschen Krankenanstalten für die deutsche Zivil-



Abb. 4 Das Haus der St. Knutsgilde wurde 1942 beschlagnahmt und bis 1945 als Durchgangslager für ankommende Zwangsarbeitende genutzt

bevölkerung eingesetzt sind. Die Gewinnung eines russischen Arztes zur Dienstleistung, in der beim städt. Krankenhause aufzustellenden Krankenbaracke für Russen usw. ist bei der derzeitigen Krankenzahl nicht zweckmäßig, da er nicht ausreichend beschäftigt werden könnte und wahrscheinlich nur störend wirken würde.<sup>25</sup>

Erst im Februar 1943 wurde ein russischer Sanitäter oder Feldscher (militärischer Sanitätshelfer) und eine russische Sanitäterin von der Stadt beim Arbeitsamt angefordert. Zu einer Einstellung kam es jedoch nicht. Bis Kriegsende verhinderte Heigl den Einsatz eines russischen Arztes.

## Die Frauenbaracke

Bei einer Schwangerschaft wurden die zur Zwangsarbeit verpflichteten Frauen anfangs in die Heimat abgeschoben, doch ab Anfang 1943 mussten sie bleiben, weil die Arbeitskraft der Frauen inzwischen als

unverzichtbar galt.<sup>26</sup> Als immer mehr Frauen in Flensburg eintrafen, musste auch ihre medizinische Versorgung organisiert werden, insbesondere wenn Zwangsarbeiterinnen ein Kind erwarteten. Nun besann sich die Stadtverwaltung auf die alte Baracke im Garten des städtischen Krankenhauses, die als Relikt aus dem Ersten Weltkrieg stehen geblieben war.<sup>27</sup> Sie hatte noch in den Anfangsjahren der Weimarer Republik für die Unterbringung vieler Erkrankter gedient und stand nun leer. Mit den geheimen Vorbereitungen zum Überfall auf Polen wurde Sie Anfang 1939 für die Versorgung verwundeter Soldaten reaktiviert und ab Frühjahr 1942 für Zwangsarbeiterinnen genutzt.

Hier wurden 20 Betten eingerichtet,<sup>28</sup> um kranke Zwangsarbeiterinnen unterzubringen und später Entbindungen sowie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen zu können. Insgesamt wurden hier von 1942 bis Mai 1945 zudem 116 Kinder gebo-



Abb. 5 Luftbild des früheren Ostarbeiterlagers in Flensburg, Eckernförder Landstraße 65, bis zum Abriss 1967 als Flüchtlingslager genutzt

ren; 37 polnische und 63 russische; zehn Mütter kamen aus der Ukraine und sechs aus dem Baltikum.<sup>29</sup> Mindestens 13 dieser Kinder starben bereits kurz nach der Geburt oder im Säuglingsalter.

## Das Ostarbeiterlager

Die Flensburger Metallbaufirma Ullrich & Söhne gründete zusammen mit anderen Flensburger Firmen den Verein „Ostarbeiterlager Flensburg e.V.“, der als Betreiber des Gemeinschaftslagers an der Eckernförder Landstraße in Erscheinung trat. Die Einrichtung nahm bis zu 500 Personen auf. So entstand nach und nach ein umfangreicher Lagerkomplex.<sup>30</sup> Das Gemeinschaftslager war nur unzureichend ausgestattet. Auch an der Ernährung der Bewohner wurde gespart. Die Schlafräume waren mit Stockbetten ausgestattet. Es gab nur ein

gemeinsames Waschhaus für Männer und Frauen. Die elektrische Anlage war teilweise defekt. Eine geeignete Kanalisation war zunächst nicht vorgesehen und sollte erst nach 1944 ausgeführt werden, wurde aber bis Kriegsende nicht mehr fertiggestellt.

Der Leiter des Stadternährungsamtes stellte in einem Brief fest, „daß das Ostarbeiterlager in Flensburg weder Frischfleisch noch Fische zugeteilt bekommt.“ Weiter erwähnte er, dass sich in dem Ostarbeiterlager acht Kinder befinden würden, „die nach den Sätzen der Kindertagesstätten gepflegt werden könnten, wenn es sich um eine Kinderpflegestelle handeln würde. Diese Frage wurde bisher von meinem Prüfer verneint, weil diese Kinder nicht in einer getrennten und geschlossenen Form betreut werden, sondern im Lager gemeinsam mit den übrigen

Lagerinsassen wohnen. Zur Betreuung bleibt lediglich eine der russischen Frauen im Lager, die die Kinder beaufsichtigt.<sup>31</sup>

Diese unhaltbaren Zustände konnten sogar tödlich sein. Die polnische Zwangsarbeiterin Maria Jablonska hatte zunächst in Kleinwolstrup, einem Dorf im Süden von Flensburg, bei einem Bauern gearbeitet<sup>32</sup> und war ins Ostarbeiterlager überwiesen worden, weil sie schwanger war. Sie brachte am 8. Februar 1945 in der Frauenbaracke der benachbarten städtischen Klinik ihre Zwillinge Jan und Stephan zur Welt. Die Mutter und ihre beiden Kinder blieben ungewöhnlich lange bis zum 29. Februar in der Klinikbaracke, ehe sie wieder ins Ostarbeiterlager zurückkamen. Von dort wurden die Zwillinge wenige Wochen später in die Diakonissenanstalt Flensburg eingeliefert, wo sie am 25. bzw. 27. März 1945 verstarben. Als Todesursache wurde wie so oft „Ernährungsstörung“ angegeben.<sup>33</sup>

## Zwangsarbeiterinnen auf dem Land

Die zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportierten Frauen und Männer waren der Willkür ihrer Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert. Sie durften nicht mit am Tisch sitzen, sondern mussten ihre Mahlzeiten getrennt von den Hausherrn einnehmen. Diese Vorschriften wurden streng kontrolliert. Dennoch wurde dieses Verbot auf den Höfen nicht immer eingehalten, denn man verstand sich oft auch als Schicksalsgemeinschaft.

Ein „Russenmädchen“ –  
grundlos misshandelt

Es konnte aber auch anders kommen, wie ein Vorfall aus der Nähe von Maasbüll (Angeln) zeigt. Hermann Jensen, der Gastwirt von Neukrug hielt das 14-jährige Mädchen Mila als eine Art Hausklavin. Das „Russenmädchen“, wie sie genannt wurde, war für ihn ganz im Sinne der NS-Ideologie ein „Untermensch“, den er grundlos misshandeln konnte. Mila musste Frau Jensen im Haushalt helfen, und als ihr dabei einmal ein Missgeschick passierte, schrie sie vor Angst: „Oh Mutter, oh Mutter, nicht Vater sprechen, nicht Vater sprechen.“ Darauf Alma: „Ich Vater sprechen, ja, warte nur!“. Der Gastwirt verprügelte sie dermaßen, dass sie noch tagelang ein geschwollenes Gesicht hatte. Hermann Jensen schmunzelte nur und meinte: „Diese da!“ - er zeigte auf Mila, „die soll ab und zu mal ordentlich was hinter die Löffel haben, da haben sie gut von.“ Als sie verzweifelt die Bahnschienen entlang bis nach Flensburg lief, um ihrem Peiniger zu entfliehen, wurde sie festgenommen. Hermann Jensen holte sie ab und trieb sie mit der Peitsche bis zu seiner Gastwirtschaft vor sich her.<sup>34</sup>

## Mord in Schafflund?

Eine Sterbeurkunde erregt Misstrauen. Am 25.7.1943 wurde Alexandra Isodowa (\*12.4.1924 in Brjansk) tot in der Feldmark aufgefunden. Als Todesursache ist „Tod durch Ersticken“ angegeben.<sup>35</sup> Sie war offensichtlich nicht eines natürlichen Todes gestorben und wurde trotzdem schon zwei Tage später auf dem Friedhof Norderhackstedt bestattet.<sup>36</sup> Was war geschehen? Alexandra war dem Bauern Carl Jessen in Schafflund als landwirtschaftliche Arbeiterin zugeteilt worden.<sup>37</sup> Im Dorf gibt es dazu eine Erzählung, die

erschauern lässt. Alexandra soll mit Steinen beschwert in einen Teich<sup>38</sup> aufgefunden worden sein. Ob sie erwürgt oder ertränkt wurde, bleibt unklar, denn eine Sektion wurde nicht vorgenommen.

Als Täter kommen höchstwahrscheinlich der Bauer oder sein 16-jähriger Sohn Bruno infrage. Bruno wird als einfältiger Mensch beschrieben, der sich mit Alexandra „eingelassen“ habe, die schwanger geworden sei. Um die „Rassenschande“ zu verdecken, habe der Bauer beschlossen, dass Alexandra „weg“ müsse. Bei der Vertuschung hätten ihm Männer aus der Gemeinde geholfen. Die Flensburger Gestapo hätte dann dafür gesorgt, dass Bruno eingezogen und an die Ostfront geschickt worden sei, wo er seit dem 11. Januar 1945 vermisst gemeldet wurde.<sup>39</sup>

## Kinder von Zwangsarbeiterinnen im Landkreis Flensburg

Im Landkreis Flensburg sind mindestens 17 Kinder von Zwangsarbeiterinnen ums Leben gekommen, bis auf zwei waren alle im Säuglingsalter. Die Mütter werden laut der Eintragung in den Sterberegister der Standesämter als „Polin“, „Ostarbeiterin“ oder „polnisches Dienstmädchen“ bezeichnet.<sup>40</sup>

Zumeist handelte es sich bei den Müttern um osteuropäische Zwangsarbeiterinnen, die auf einem landwirtschaftlichen Hof arbeiten mussten. Manche hatten auch ihre Kleinkinder aus der Heimat mitgenommen. Das Ehepaar Andreas und Olga Goroszka leisteten Zwangsarbeit auf einem Hof in Kobbellück (Bockholm). Mit dabei war der Sohn Michael, der am 30. Juni 1943 in Chojnol (Polen) zur Welt gekommen war. Als ihr Sohn erkrankte, wurde er in der Flensburger Diakonissen-



\* Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums, ab 1958 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten

\*\* bis 1943 Reichsgebiet, jeweiliger Gebietsstand, ab 1946 Früheres Bundesgebiet und DDR insgesamt

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Säuglingssterblichkeit 1872 – 2020, ergänzt durch eigene Berechnungen für Flensburg

anstalt behandelt. Dort starb er an den Folgen am 19. Januar 1945.<sup>41</sup> Nach Kriegsende wurde er, wie alle anderen verstorbenen polnischen Kinder der Umgegend auf das polnische Gräberfeld des Friedenshügels in Flensburg umgebettet.<sup>42</sup>

## Die Schwierigkeiten der Forschung

Bislang blieb nicht nur vor Ort, sondern auch in der Heimat weitgehend im Dunkeln, was aus den Kindern der Zwangsarbeiterinnen wurde. Das Vergessen ist u. a. auch der Spaltung Europas nach dem Weltkrieg geschuldet. Der Eiserner Vorhang machte es über Jahrzehnte nahezu unmöglich, die Schicksale der Mütter, der verstorbenen aber auch der überlebenden Kinder zu verfolgen. Gerade diese Opfer waren in der ehemaligen Sowjetunion jahrzehntelang ausgegrenzt, ja zuerst sogar politisch verfolgt. Nicht wenige starben in den Lagern des Gulag. Erst nach 1990 kam eine Aufarbeitung in Gang, die bis heute anhält, aber vor allem die polnischen Opfer in den Blick nimmt.

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial International bemühte sich um die Schicksale russischer und



Abb. 6 Das „polnische“ Gräberfeld auf dem Friedenshügel in Flensburg, in das auch polnische Kinder bestattet oder umgebettet wurden.

ukrainischer Frauen, die nach Deutschland verschleppt worden waren. Die Institution erhielt als Anerkennung ihrer Arbeit im Jahr 2022 den Friedensnobelpreis. Seither ist diese Arbeit allerdings zum Erliegen gekommen, weil Memorial in Russland verboten wurde.

Als diese Menschenrechtsorganisation im April 1989 Zeitzeuginnen in der ganzen Sowjetunion suchte, erhielt sie 400.000 Briefe<sup>43</sup> aus allen Teilen des Landes. Nur sehr wenige Schreiben thematisierten Liebschaften, nur vereinzelt schilderten Frauen auch Vergewaltigungen durch Landsleute oder deutsche Männer. „Die Ostarbeiterinnen wurden als leichte Beute betrachtet und ständig sexuell belästigt – von der Lagerleitung, den Wachleuten, den Polizisten, ihren Hausherrn, den Meistern,“ bilanzierte Memorial 2019.<sup>44</sup> Es kam aber auch zu streng verbotenen Liebesbeziehungen, Memorial konnte

aber nur ein einziges Bekenntnis einer ehemaligen „Ostarbeiterin“ sammeln.

Lidia Erastowa, geb. Baluta, verliebte sich in ihrer Zeit als Zwangsarbeiterin in Deutschland in einen Mann namens Rolf, mit dem sie bis Kriegsende heimlich zusammen war. Als die Sowjetbürgerin nach Kriegsende repatriert wurde, suchte Rolf jahrelang nach ihr. Er erhielt die Auskunft, Lidija habe geheiratet und wolle nicht belästigt werden. „Dabei war ich zu der Zeit in einem Straflager in der Republik Komi und musste Holz fällen.“ Dort hätte sie immer wieder von einem „Happy End“ mit Rolf geträumt, erinnerte sie sich später.<sup>45</sup>

Über die in der Fremde verstorbenen Kinder sprach jedoch niemand. Vielleicht gibt es in Zukunft wieder die Möglichkeit, in Russland direkt zu forschen. Die Datenbank des AKENS kann dazu schon bald einen Beitrag leisten.

## Anmerkungen

- 1 <https://arolsen-archives.org/>.
- 2 Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn 1999, S.78 ff.
- 3 „Polen-Erlasse“ vom 8.3.1940, Merkblatt „Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthaltes im Reich“. Damit gab es ein Sonderstrafrecht. Die Gestapo war Ermittlungsbehörde, Anklagebehörde und gleichzeitig Richterin. Die Todesurteile wurden zentral von Berlin aus angeordnet.
- 4 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 358/5349; dazu auch: Gerhard Paul (Autor); Erich Koch (Mitarb.): Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung: Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, S. 217; Claus Olsen: „Sonderbehandlung“ auf dem Dorfe. Hinrichtungen polnischer Kriegsgefangener im Kreis Flensburg-Schleswig bei Flensburg. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, 1999, S. 68 ff..
- 5 Arolsen Archives (AA) DocID: 3455074.
- 6 Marcel Brüntrup, Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus. Göttingen 2024, S. 39 u. S. 15.
- 7 Friedrich Didier, Europa arbeitet in Deutschland. Saukel mobilisiert die Leistungsreserven. Berlin, 1943, S. 25.
- 8 Dr. Wolodymyr Kubijowytsch, Leiter des Ukrainischen Hauptausschusses an Hans Franck, Feb. 1943. ITM, Bd. 27, S. 300.
- 9 AA, 70626965.
- 10 AA, 70626146.
- 11 AA, 70626767; \*26. 3. 1945 in Flensburg/städtisches Krankenhaus. Geburtsregister der Stadt Flensburg.
- 12 AA, 70668378.
- 13 <http://www.zwangsarbeiter-s-h.de/STADT/ST-Flensburg.html>.
- 14 AA, 77100170.
- 15 AA, 70668095, 70668101, 70668454, 77100168 u. 77100171.
- 16 Stadtarchiv Flensburg (StA-Fl), XIII Bü-04044 004: Eginhard Schlachta; 60 Jahre städtische Krankenanstalten in Flensburg. Ms., o. O., 1962., S. 7.
- 17 AA, 70626924 – 70626934.
- 18 Vgl. dazu: Miriam Ströh, Fleckfieber und Zwangsarbeit, in: „Wir empfehlen Rückverschiebung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939-1945, hgg v. Uwe Danker, Annette Grewe u. a., Bielefeld 2001. S. 240.
- 19 StA-Fl, a.a.O.: E. Schlachta. S. 6.
- 20 Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium d. Innern: Erlass v. 20.2.1942; [bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3\\_ert-osta-kennz-sw.pdf](https://bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3_ert-osta-kennz-sw.pdf).
- 21 StA-Fl, V D 00002 Städtische Krankenanstalten „Klinik Süd“: Pflegepersonal; Arbeitsamt Flensburg, Schreiben v. 21.8.42.
- 22 StA-Fl, V D – 2, Vfg. vom 25. 7. 1942.

- 23 StA -FI, VD – 2, Personalamt, 25. 7. 1942.
- 24 Erlass des RFSS u Chd Dt. Pol. Vom 10.9.42: „Im übrigen obliegt den Staatspolizeileitstellen im Reichsgebiet die Gesamtbearbeitung und Beobachtung des Einsatzes der Ostarbeiterinnen.“ (Stadtarchiv V D – 2).
- 25 StA -FI, VD – 2 : Heigl v. 17. 8. 1942
- 26 Marcel Brüntrup, Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäische Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus. Göttingen 2024, S. 86; S. 91.
- 27 StA -I, VD 00036: „Städtische Krankenanstalten „Klinik Süd“.
- 28 LASH, Abt. 309/35173 „Krankenanstalten“. Brief des Leitenden Medizinalrats Dr. Habernol an das Reichsministerium des Innern v. 12. 6. 1944; Schlachta, a. a. O., S. 6.
- 29 AA, 70626923 ff.
- 30 Heute Parkplatz hinter dem Telekomgebäude, Eckernförder Landstraße 65.
- 31 LASH, Abt. 309/34655.
- 32 AA, 70626013.
- 33 AA, 70626732, 70626733, 77086846, 77086848 , 70626961
- 34 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek, Flensburg, P 344: Werner Mühlmann, Lebenserinnerungen, Die polnischen Kriegsgefangenen in Husby und Umgebung von 1940 bis 1946.
- 35 Sterberegister Schafflund, 21/43.
- 36 Beerdigungsregister der Kirchengemeinde Nordhackstedt, Nr. 13/43. S. 454; Grab Lg 23, Bgs 4c
- 37 AA, 70626045.
- 38 Heute Angelteich des ASV Angelrute e. V., Schafflund.
- 39 Brief von Peter Grimm, Schafflund, vom 26. 9.2021; Bundesarchiv Berlin (BA-Berlin), B 563-1 Kartei/J-225/013; Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Gräbersuche: Bruno Jessen, geb.17. 8.1926 Vermisstendatum: 01. 1.1945. Vermisstenort: Posen / Obornik.
- 40 Beerdigungsregister der Kirchengemeinden Gelting, Norderbrarup, Oeversee u. Quern-Neukirchen.
- 41 AA, 77084898, 70626733; Sterbeurkunde 35/1945 - Standesamt Flensburg Nord.
- 42 AA 70625860.
- 43 Memorial Moskau, H.-Böll-Stiftung (Hg.), Für immer gezeichnet. Die Geschichte der Ostarbeiter, Berlin 2019, S. 8.
- 44 Memorial, a. a. O., S. 289.
- 45 Memorial, a. a. O., S. 310 f.

## Abbildungsnachweise

Abb. 1 Deutsches Historisches Museum

Abb. 2 Wikipedia / May (Bundesarchiv 121-1755), gemeinfrei

Abb. 3, 6 Claus Olsen

Abb. 4 undatierte Postkarte (Claus Olsen)

Abb. 5 Stadtarchiv Flensburg, XIV Foto C - Fotos Stadt u. Gebäude 01170

*Seit 1865 erinnert der Oeverseemarsch an das Nachhutgefecht vom 6. Februar 1864 zwischen dänischen Truppen und den nachrückenden Österreichern. Seit 2004 rufen das deutsche Staatskomitee und die Sydslesvigsk Forening gemeinsam zum Gedenken auf. Am 6. Februar marschieren die Teilnehmenden gemeinsam von Flensburg nach Oeversee und legen entlang des Weges Kränze an verschiedenen Denkmälern nieder. Anlässlich des Oeverseegedenkens am 6. Februar 2025 hielt der Generalsekretär der Sydslesvigsk Forening, Jens A. Christiansen, eine Rede. Darin hebt er die erfolgreiche und lobenswerte Zusammenarbeit der Minderheiten in der Grenzregion hervor und plädiert für ein friedvolles und verständnisreiches Miteinander in Europa. Jens A. Christiansen präsentierte seine Rede zweisprachig, hier erscheint sie redaktionell leicht abgeändert und in deutscher Fassung.*

## „MINDERHEITENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK – KEINE ANGRIFFPOLITIK!“

Rede zum Oeverseemarsch am 6. Februar 2025

Meine Damen und Herren,

Vielen Dank für die Gelegenheit, die diesjährige dänische Rede bei dem Oeverseegedenken halten zu dürfen zu Ehren von den gefallenen Soldaten in dem zweiten Schleswigschen Krieg.

Die deutsch-dänische Grenzregion ist ein internationales Vorbild dafür, wie sich die Beziehung zwischen Minderheit und Mehrheit von einem Gegeneinander zu einem Nebeneinander und einem Miteinander entwickeln kann. Das ist nicht zuletzt den Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu verdanken, die in diesem Jahr ihr 70-jähriges Jubiläum feiern. Diese Erklärungen, die auf liberalen Bürgerrechten basieren – Däne oder Deutscher ist, wer will – wurden durch zielgerichtete Arbeit sowohl von der dänischen als auch der deutschen Minderheit sowie von dänischer und deutscher Seite verwirklicht. 1945 dürfen nicht durch Invasion und Krieg verschoben werden. Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik – keine Angriffspolitik!

von Jens A. Christiansen



Abb. 1 Der Vorsitzende Johannes Petersen ruft zum Start des Marsches zum Oeversee-Gedenken auf

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war der Schlüssel zu dieser Entwicklung. Doch dieses Recht kann auch in eine Richtung manipuliert werden, die nichts mehr mit Demokratie zu tun hat. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat gezeigt, wie Minderheitenverhältnisse leicht instrumentalisiert werden können, um den imperialistischen Irrwegen eines zynischen Machthabers zu dienen.

Davon distanziert sich die dänische Minderheit ganz klar - auch im Einklang mit unserer europäischen Minderheiten-union FUEN. Europas Nationalgrenzen nach 1945 dürfen nicht durch Invasion und Krieg verschoben werden. Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik - keine Angriffspolitik!

„Däne oder Deutscher ist, wer will.“

Wir im Grenzland haben die „richtige Melodie“ gefunden, wie die Königin Margrethe bei ihrem Besuch in Südschleswig im Jahr 2019 ausdrückte. Es ist kein Geheimnis, dass die Instrumente ab und zu gestimmt werden müssen. So ist es nun mal, und dessen sind wir uns stets bewusst.

Sønderjylland-Schleswig war schon immer von mehreren Sprachen und Kulturen geprägt. 1920 wurde die Grenze festgelegt - eine demokratische Grenze wohlgerneht. Ihre Voraussetzungen haben sich nicht verändert, und innerhalb dieser Realität pflegen und entwickeln wir die Minderheit und unsere Bande zu Dänemark weiter - parallel dazu, dass wir Teil der deutschen Gesellschaft sind, in der wir kulturell, politisch und diplomatisch leben und handeln. Wir Dänischgesinnten sind in die deutsche Gesellschaft integriert - aber



Abb. 2 Kranzniederlegung und Gedenken am Rande des Oeversee-Marsches am Dänen-Denkmal

wir sind nicht assimiliert. Warum sollten wir!? Wir befinden uns ja gerade hier in der Heimat der dänischen Minderheit.

Das Besondere an unserem Grenzland ist gerade, dass es egal ist, ob man Däne, Deutscher oder Frieser ist – alle sind sich einig, einander anzuerkennen, ohne sich selbst aufzugeben.

Der 6. Februar 1864, vor 161 Jahren, ist der Grund, aus dem wir heute hier in Sankelmark stehen. Das letzte Gefecht der Schlacht war für die Soldaten grauenvoll. Es wurde ein blutiger Kampf, der erst bei Einbruch der Dunkelheit endete. Aber es gab auch ein Nachspiel, an das es sich zu erinnern lohnt, und das gerade heute und hier, Deutsche, Dänen und Österreicher vereint. Auf dem Schlachtfeld in der bitterkalten Nacht lagen die Verwundeten und Gefallenen.

Spät am Abend wurde ein dänischer Parlamentär aus Flensburg entsandt, um nach Verwundeten zu suchen. Zu diesem Zeitpunkt war bereits einiges auf dem Schlachtfeld geschehen. In der beginn-

den Nacht wurde das Schlachtfeld im Fackelschein nach Verwundeten abgesucht. Am nächsten Morgen, dem 7. Februar, wurde die Suche nach Verwundeten und Gefallenen fortgesetzt.

### Anerkennung der Vielfalt unserer Region ist etwas Besonderes

Dänische und deutsche Flensburger fuhren oder gingen hier her und brachten Verwundete und Gefallene nach Flensburg. Die Verwundeten kamen in die Lazarette und aus Österreich reisten Ärzte und Ordensschwestern an, um sie zu pflegen. Eines der Lazarette war das Flensborghus, das seit 1920 die Hochburg der dänischen Minderheit ist.

Heute kommen wir erneut in einem humanitären Akt zusammen, um an das grausame Leid der vielen jungen Männer sowie an die außergewöhnliche Hilfsak-



Abb. 3 Das Österreicher-Denkmal am Sankelmarker See

tion dänischer und deutscher Bürger zu erinnern, die später als Vorbild für das Rote Kreuz diente. Aber wir stehen auch hier, um unsere friedliche Koexistenz im deutsch-dänischen Grenzland zu bestärken.

Gute deutsch-dänische Beziehungen liegen selbstverständlich im Interesse des Grenzlandes. Daher hat die dänische Minderheit die Idee einer deutsch-dänischen Freundschaftserklärung anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Wiedervereinigung jeweils die Volksabstimmungen ausdrücklich unterstützt. SSF hat diesen Prozess aktiv gefördert und unter anderem auf die Aachener Verträge als Vorbild verwiesen.

Die Globalisierung hat vielen Menschen zu mehr Wohlstand verholfen. Doch es ist wichtig, eine bürgernahe Globalisierung sicherzustellen, die auf einer kulturellen und identitätsbasierten Verankerung in den Lebensrealitäten

der Menschen aufbaut. Eine bürgernahe Globalisierung kann kein schwebender Zustand ohne klare Verbindungen zu nationalen, regionalen und lokalen Gemeinschaften sein.

### Wir sind ein Beispiel gelungener Globalisierung

Gerade deshalb ist das deutsch-dänische Grenzland in gewisser Weise ein regionales Modell für eine gelungene Globalisierung. Dänisch, Deutsch und Friesisch sind auf übergeordneter Ebene gleichgestellt und bilden die Grundlage für das Leben der Bürger in einer gemeinsamen Region, die gemeinsame Verantwortung für kulturelle Vielfalt, nachhaltiges Wachstum und Wohlergehen übernimmt.



Abb. 4 Musikalische Begleitung des Oeversee-Gedenkens durch das Slesvig Musikkorps aus Dänemark in Tarp

Wer hätte gedacht, dass wir am heutigen 6. Februar 2025 Zeugen davon sind, dass die liberale, regelbasierte Weltordnung herausgefordert wird – wenn nicht gar im Umbruch ist? Die großen Länder legen noch mehr Wert auf ihre eigenen Interessen und sind bereit, diese mit allen Mitteln zu verteidigen. In Europa stehen die Demokratie und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in mehreren Ländern unter Druck.

Gleichzeitig macht die aktuelle geo- und sicherheitspolitische Lage in Europa mit dem russischen Angriffskrieg in Ukraine deutlich, dass die Welt heute eine ganz andere ist als noch vor drei Jahren. Sie ist unsicher und vor allem unvorhersehbar.

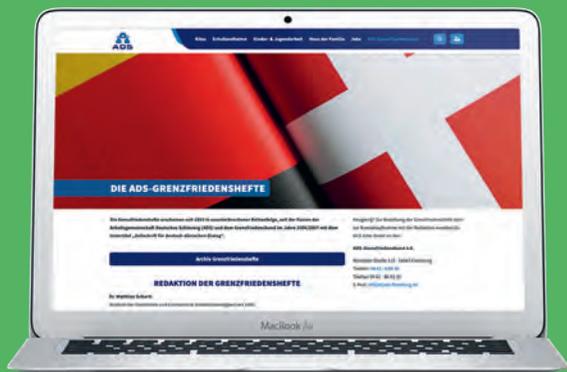
Liebe Freunde,

Lassen Sie uns Europa in unsere vielfältige und starke Grenzregion einbeziehen, und lassen Sie uns unsere Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Grenzland in die Verteidigung eines liberalen Europas einbringen – eines Europas, das auf nationaler und kultureller Vielfalt, Freiheit und rechtsstaatlichen Prinzipien basiert und mit einer positiven europäischen Perspektive verbunden ist.

Wie gesagt: Es geht darum, einander anzuerkennen, ohne sich selbst aufzugeben.

### Abbildungsnachweise

Abb. 1 - 4 ADS-Grenzfriedensbund,  
Fotograf Hans-Peter Kröber



## EIN ONLINEARCHIV VOLLER GESCHICHTE

Was stand eigentlich vor 70 Jahren in den Grenzfriedensheften? Das ist nicht nur spannend, sondern auch ganz einfach herauszufinden! Wer gerne in älteren Heften stöbern möchte oder sich für die Deutsch-Dänische-Geschichte interessiert, kann alle Ausgaben seit 1953 auch bei uns im Onlinearchiv finden, downloaden und lesen.



MEHR INFOS AUF  
DEIN-ADS.DE

Der QR-Code führt  
direkt zum Archiv.

 @dein.ads  
 ads\_flensburg



*Das Buch „Ridser i lakken: Kongehusets forbindelser til Hitlers Tyskland“ des dänischen Journalisten Peter Kramer hat nach seiner Veröffentlichung im Jahr 2024 eine kontroverse Debatte ausgelöst. Das Buch, das die Verbindungen des dänischen Königshauses zum nationalsozialistischen Deutschland thematisiert, wurde insbesondere von Historiker\*innen etwa wegen seiner undifferenzierten Darstellung historischer Zusammenhänge kritisiert. Siegfried Matlok, der ehemalige Chefredakteur des „Nordschleswigers“, der deutschen Tageszeitung in Dänemark, kommentiert die Kontroverse auch auf der Grundlage eigener Recherchen, die teilweise auf bisher nicht berücksichtigtem Quellenmaterial basieren.*

## KRATZER AM ROYALEN GLANZBILD

### Das dänische Königshaus und das NS-Regime

Kaum ein Buch hat in den letzten Jahren so eingeschlagen wie das Ende 2024 im Momenta-Verlag erschienene Buch des Journalisten Peter Kramer mit dem Titel „Ridser i lakken. Die Verbindungen des Königshauses zu Hitler-Deutschland“, welches vor allem den Ruf von König Christian X. als König des dänischen Widerstandes gegen die Deutschen in ernste Zweifel zieht.

von Siegfried Matlok

PETER KRAMER

# RIDSER I

KONGEHUSETS FORBINDELSER TIL HITLERS TYSKLAND

# LAKKEN



momenta

Abb. 1 „Ridsler i lakken“ von Peter Kramer

Reiter-König Christian stürzte mehrfach in seiner Regentenzeit von 1912 bis 1947 gefährlich vom Pferd, doch nun droht ihm – dem bisher so Unantastbaren – der Absturz vom hohen Ross. Die Frage, die sich nach dem Lesen der von Kramer im In- und Ausland so umfangreich recherchierten Dokumentation über die Verbindungen und Beziehungen des Königshauses stellt, lautet grundsätzlich: sind die Risse selbst verschuldet, oder haben auch andere Personen beziehungsweise Umstände diese royalen Risse im Lack (mit-) verursacht?

Um Christian X. und seinen bisherigen Helden-Mythos richtig einzuordnen, ist

ein kurzer Rückblick auf die Vorgeschichte vor Hitlers Machtübernahme 1933

erforderlich: Als junger Monarch hatte er Glücksburger-Schleswigsche Ahnen, die ihn auch gefühlsmäßig stark beeinflusst haben, besonders nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, dem sogenannten Frieden von Versailles und den Volksabstimmungen in beiden Zonen im deutsch-dänischen Grenzland.

Während die dänische Politik, allen voran auch der Dänen-Vertreter H. P. Hansen-Nørremølle, die jetzige (Apenrader) Grenzlinie verteidigten, war der König weiterhin

unbeirrbar Anhänger der Flensburg-Linie, die von nationalen Kreisen und vor allem von der dänischen Minderheit gefordert wurde. Trotz des klaren Abstimmungsergebnisses – knapp 80 Prozent für Deutschland am 14. März in der 2. Zone um Flensburg – hatte der König am 29. März den Staatsminister Carl F. Zahle von der Radikalen Venstre fristlos entlassen. Er hatte auf Neuwahlen gehofft und damit auf eine Korrektur des Flensburger Resultates. Die sozialdemokratische Zeitung „Social-Demokraten“ titelte in einer Sonderausgabe: „König begeht Staatsputsch“.

## Dramatische Verhandlungen führten zum Kompromiss

Allen voran die Sozialdemokraten unter der Leitung von Thorvald Stauning liefen Sturm, bezeichneten den Sturz des Staatsministers als undemokratisch, als Verletzung der parlamentarischen Spiel-

regeln. Der König, dessen Monarchie durch fast-revolutionäre Demonstrationen auf dem Schlossplatz von Amalienborg plötzlich in Gefahr schien, lenkte ein und ernannte für wenige Tage seinen königlichen Advokaten Otto Liebe zum neuen Staatsminister. Erst dramatische Verhandlungen mit Stauning beendeten die sogenannte Osterkrise, führten zu einem Kompromiss am 4. April, der noch heute als Geburtsstunde der konstitutionellen Monarchie gilt, wonach das Königshaus stets die parlamentarische Mehrheit zu respektieren hat.

## Royale Anpassung für Nord-schleswig

Das begrenzte zwar zunächst die Macht des Monarchen, doch Christian X., der mit seinem Ritt 1920 über die alte Grenze bei Christiansfeld zum „Genforenings“-Symbol der Dänen in „Sønderjylland“ wurde, blieb nicht lange politisch passiv-ohnmächtig – im Gegenteil. Bei den künftigen „Vergehen“ des Königs im Verhältnis zu Nazi-Deutschland ab 1933 darf die Nordschleswig-Frage nicht übersehen werden, wenn ein anerkannter Historiker wie Bo Lidegaard manchen „Sündenfall“ des Monarchen als notwendige taktisch-strategische Anpassung erklärt und somit verteidigt und eine Begründung dazu liefert, die noch näher zu untersuchen sein wird.

Familiäre Bande mit Kontakten zu einflussreichen Verwandten in Deutschland

## Familiäre Bande mit Kontakten zu einflussreichen Verwandten in Deutschland

Ein zweiter Faktor bei der „Nazi“-Beurteilung von König Christian ist ebenso wenig zuvergessen: Es handelt sich um die familiären Bande, die oft – nicht nur wegen der Abstammung von König Christian IX. aus dem Hause Glücksburg – Kontakte zu großen Teilen der einflussreichen deutschen Verwandtschaft umfasste. Königin Alexandrine stammte aus dem Hause Mecklenburg-Schwerin, das auch noch nach 1945 eine wichtige Rolle in den Beziehungen des dänischen Königshauses spielte. Entscheidend war aber Prinzessin Helena aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, die auf Gut Grünholz in Schwansen bei Kappeln geboren wurde und die 1909 auf Schloss Glücksburg den dänischen Prinzen Harald heiratete, den jüngeren Bruder des ab 1912 regierenden Monarchen Christian X.

Wahrlich enge Beziehungen: sie war Haralds Halbkusine, und Helenas Mutter war Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, eine Urenkelin des berühmten Struensee und auch Schwester der später mit Kaiser Wilhelm II. verheirateten letzten deutschen Kaiserin Auguste Viktoria. Die Augustenburger spielten damals eine zwielfichtige Rolle in der deutsch-dänischen-schleswigschen Geschichte. Ihre Thronansprüche führten vorübergehend zu schweren Spannungen mit dem dänischen Königshaus.

Nachdem Dänen-König Frederik VII. ohne Erbe gestorben war, ließ sich der Augustenburger Herzog Friedrich Christian August 1863 nun als „Friedrich der Achte“ zum Herzog über Schleswig-Hol-

stein ausrufen und erhob, obwohl sein Vater nach finanzieller Entschädigung für das Haus Augustenburg bereits auf alle dänische Thronansprüche verzichtet hatte, dennoch Forderungen auf den dänischen Thron. Bismarck lehnte diesen schleswig-holsteinischen „Thronfolger“ ebenso wie Dänemark strikt ab. Nach dem Tode von Frederik VII. bestieg 1863 König Christian IX. den Thron aus dem seitdem regierenden Glücksburger Stammhaus. Ob allerdings Kramers Hinweis sogar auf fern-verwandtschaftliche Beziehungen zum ehemaligen Prinzen-Haus Reuss in diesem Kontext angebracht ist – der jetzige Prinz Heinrich III. Reuss steht ja als Anführer eines mutmaßlichen Reichsbürger-Putsches 2025 in Deutschland unter Anklage – scheint doch ziemlich an den Haaren herbeigezogen.

## Sympathien für Nationalsozialismus keine Ausnahme

König Christian X. war außerdem gewiss nicht der einzige Monarch, der anfangs gegenüber Hitler die Erwartung hatte, der „Führer“ könne, dem nach dem Ersten Weltkrieg destabilisierten und innerlich unruhigen Deutschland wieder Stabilität in und für Europa verleihen. Der abgedankte englische König Edward VIII. als „Duke of Windsor“ und seine amerikanische Frau, die dem „Führer“ nach 1937 offen Sympathien entgegenbrachten, waren keine Ausnahme. Auch in Dänemark zeigten bürgerliche Kreise lange Zeit Verständnis für den neuen „deutschen Messias“, ein Blick in die führenden Blätter der damaligen Zeit lässt schnell erahnen, wie

sie ihm „vertrauten“, was auch Peter Kramer dokumentiert.

Bürgerliche Kreise zeigten Sympathien für „den deutschen Messias“

## Büste vom König steht noch heute in Cannes

Eine zentrale Drehscheibe in den deutsch-dänischen Beziehungen des Königshauses war Cannes an der französischen Riviera: der Vater von Alexandrine, der von Asthma geplagte Erbherzog Franz Friedrich von Mecklenburg III., hatte in den Jahren um 1880 die mondäne Villa Wenden erbaut.

1896 zählte der dänische Prinz Christian zu den noblen Gästen, der sich in die damals nur 17-jährige Tochter des Erbherzogs, Alexandrine, verliebte und sie 1898 in der deutschen Kirche zu Cannes heiratete.

1912 wurde Christian X. König, und auch nach dem Ersten Weltkrieg und der Beschlagnahme des mecklenburgischen Besitzes durch die Franzosen wurde Cannes zur Sommerresidenz für das dänische Königspaar – eine feine Adresse nun unter dem Namen „Villa le Rouve“ an der „Avenue de la Favorite“. Auf der Hauptstraße „La Croisette“ steht nahe dem Festivalpalast in Cannes noch heute eine Büste von König Christian, die 1954 von seinen Kindern Knud und Caroline-Mathilde eingeweiht wurde.



Abb. 2 König Christian X. und Königin Alexandrine von Dänemark, 1914

## Erstes Treffen mit Hitler

Am 1. Februar 1933 fragte die deutsche Gesandtschaft Kopenhagen in Berlin an:

„Dänisches Königspaar reist Montag über Berlin nach Cannes, König hat mich gebeten anzufragen, ob er Dienstagvormittag 12 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten Besuch abstatten kann.“ Der erste offizielle Besuch des Königs bei Reichspräsident Hindenburg fand jedoch erst ein Jahr später statt: am 7. Februar 1934, 12 Uhr, 15 Minuten lang. Was dabei zwischen den beiden Staatsoberhäuptern besprochen wurde, ist nicht bekannt, aber der König verfolgte zweifelsohne auch ein familiäres Ziel: ein gutes Wort einzulegen für die Schwester von Königin Alexandrine, die mit Kronprinz Wilhelm verheiratete Kronprinzessin Cecilie aus dem Mecklenburgischen Hause. Nachdem Kaiser Wilhelm II. nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg zum Abdanken gezwungen worden war – Reichskanzler Philipp Scheidemann hatte am 9. November 1918 in Berlin die demokratisch-bürgerliche Republik ausgerufen – flüchtete er ins holländische Exil. Monarchistische/konservative Kreise wünschten sich dennoch einen neuen deutschen Kaiser – nämlich Kronprinz Wilhelm, obwohl dieser 1919 auch selbst auf Thronansprüche verzichtet hatte.

Nicht mehr als  
„zufriedenstellend“

Der König empfing nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten abschließend in der dänischen Gesandtschaft Reichskanzler Adolf Hitler, der am 30. Januar 1933 auf

Vorschlag von Hindenburg ernannt worden war und der kurz danach bereits erste Machtbefugnisse für seine NSDAP durchgesetzt hatte. Ausgeschlossen, dass der König ausgerechnet gegenüber Hitler familiäre Wünsche angebracht haben soll. Nach dem 25-minütigen Gespräch von Christian X. mit dem zivil gekleideten „Führer“ wurde der Verlauf nur mit einem Wort kommentiert: „Zufriedenstellend!“

## 1934: Dänische Regierung erlaubt der Minderheit Hakenkreuz-Flagge

Schon wenige Monate später änderte sich die deutsche Politik jedoch dramatisch: Reichspräsident Hindenburg starb am 2. August 1934. Sein Ableben löste auch in Dänemark Trauer aus – vor allem in der deutschen Minderheit. Kramer schildert in seinem Buch, dass die dänische Regierung der Volksgruppe in Nordschleswig sogar die Erlaubnis erteilte, fünf Tage lang bis zur Beisetzung beide deutschen Flaggen zu hissen. Also auch die Hakenkreuz-Flagge, die am 13. März 1933 als zusätzliche Nationalflagge eingeführt worden war, neben der offiziellen schwarz-weiß-roten Flagge.

Als einer der Leiter der „Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig“, die am 15. April 1933 unter dem Namen „NSAN“ gegründet worden war, schrieb H. Boysen Jepsen in der „Nordschleswigschen Zeitung“ (NZ): „Hindenburgs Tüchtigkeit als Heerführer sei zu verdanken, dass es gelang, dass unsere Heimat von dem verheerenden Schrecken des Krieges möglichst verschont wurde“.

Der deutsche Folketingsabgeordnete Pastor Johannes-Wodder (laut NZ: „Hindenburg ist tot – Deutschland lebt“) wies

anlässlich einer Bekanntmachung der „NSAN“ in der Zeitung darauf hin, dass er sich als Folketingsabgeordneter an den dänischen Justizminister gewandt habe, nachdem sich der damalige Rektor Kopmann in seiner Eigenschaft als Leiter des deutschen Schulwesens nur um eine Erlaubnis für die deutschen Schulen bemüht hatte. Nach direkter Aufforderung des Justizministers stellte Wodder einen schriftlichen Antrag, wonach „nicht nur die deutschen Schulen, sondern auch alle anderen das Deutschtum repräsentierenden Gebäude flaggen sollten.“

Am 3. August hatte Wodder von Justizminister Zahle die Antwort erhalten, dass „auf halbmast mit den deutschen Farben“ geflaggt werden dürfe. Die NZ kommentierte: „Der Ausdruck der deutschen Farben“ ist so zu verstehen, dass das Flaggen in der Form erlaubt ist, wie es heute in Deutschland geschieht, also mit beiden Flaggen nebeneinander.“ Am Dienstagmorgen gingen die beiden deutschen Flaggen auf halbmast, so die NZ in ihrem Bericht, „Wie Tondern das Gedächtnis dieses großen Deutschen ehrte“. Ebenso übrigens in der deutschen St. Petri-Kirche in Kopenhagen, wo als Vertreter des Königs mehrere Prinzen erschienen waren; vor dem Altar war mit beiden deutschen Fahnen ein geschmückter Katafalk aufgestellt.

## Lob aus Berlin für Dänemark und die Minderheit

Dass diese Trauerbeflaggung in Nordschleswig und Dänemark in Deutschland beachtlich zur Kenntnis genommen wurde, ging aus einer Mitteilung des Propagandaministeriums Goebbels hervor, das einen bevorstehenden Bayreuth-Besuch

der dänischen Königin Alexandrine ankündigte: „Die Tatsache, dass dem Antrag der deutschen Minderheit entsprochen wurde und dass wenig später „Hunderte von öffentlichen Versammlungshäusern und Schulen der deutschen Minderheit in Nordschleswig in Trauer gekleidet waren“, betrachte das nationalsozialistische Deutschland „als noblen Gestus des stammverwandten dänischen Volkes ... eine Achtungsbekundung, die nie vergessen wird“, hieß es in der am 14. August 1934 von der Tageszeitung „Politiken“ veröffentlichten Pressemeldung aus Berlin, ein Tag vor der Abreise der Königin nach Bayreuth zu Opern-Freundin Winifred Wagner, die ja als glühende Hitler-Verehrerin bekannt war.

„Es darf uns mit Genugtuung erfüllen, dass das erreicht ist.“

Und Pastor Schmidt-Wodder dankte der dänischen Regierung für ihr Entgegenkommen mit den Worten: „So kam es klar zum Ausdruck, dass die gesamte deutsche Volksgruppe mit dem deutschen Volke gemeinsam trauerte. Es darf uns mit Genugtuung erfüllen, dass das erreicht ist“, schrieb Wodder.

## 1937: Zweites Treffen zwischen dem König und Hitler

Am 15. März 1937 folgte das zweite Gespräch von König Christian mit Hitler; ein 25-minütiges Vieraugengespräch ohne Dolmetscher in der Reichskanzlei. Als „Führer“ hatte Hitler inzwischen die gesamte Macht im Deutschen Reich

übernommen und die „friedliche“ Maske längst fallen lassen. Der von der SS niedergeschlagene Röhms-Putsch, bei dem auf Befehl Hitlers die Spitze der SA brutal ermordet wurde, fand Ende Juni/Anfang Juli 1934 statt, und die Nürnberger Rassen-gesetze gegen Juden wurden am 15. Sep-tember 1935 verabschiedet. Warnungen gab es also schon genug.

Die NZ berichtete „Der König von Dä-nemark beim Führer“ und meldete mit Hinweis auf die dänische Presse, „dass die Unterredung der beiden Staatsober-häupter in den allerherzlichsten Formen verlaufen sei“. Das Gespräch lieferte auch internationale Schlagzeilen, wurde doch über eine dänisch-deutsche Annäherung spekuliert, auch mit Vermutungen über einen möglichen deutsch-dänischen Nicht-Angriffspakt.

„Während ausländische Blätter dem Besuch des dänischen Königs einen hoch-politischen Charakter beilegen möchten, wird dies von deutscher und dänischer Seite ausdrücklich dementiert“, so die NZ und berichtete, dass das dänische öni-gspaar anschließend das frühere deutsche Kronprinzenpaar Wilhelm und Cecilie auf Cecilienhof bei Potsdam privat besucht hatte.

### I. P. Nielsen warnt den Kron-prinzen

1937 nahmen Kronprinz Frederik und Kronprinzessin Ingrid an der von Reichs-marschall Hermann Göring veranstalteten internationalen Jagdausstellung anläss-lich des 700-jährigen Stadtjubiläums von Berlin teil. Kronprinz Frederik war wie Göring selbst ein leidenschaftlicher Jäger, und nicht wenige seiner bekannten Jagd-



Abb. 3 Adolf Hitler, 1938

kameraden im Lande waren stark natio-nalsozialistisch eingestellt, darunter Graf Schimmelmann. Dass dies bereits man-chen Dänen ein Dorn im Auge war, musste der Kronprinz eigentlich wissen, denn als das Kronprinzenpaar 1936 das Graven-steiner Schloss übernahm, hatte der mit Ingrid befreundete Sozialdemokrat I. P. Nielsen aus Dynt, wie aus dem Buch von Frode Sørensen unter dem Titel „Det røde Hjørne“ hervorgeht, folgende bissige Bot-schaft abgegeben:

„Von der Sorte habe man hier schon genug!“

Die Restaurierung des Schlosses kos-tet eine Million Kronen und dann braucht man nicht noch Nazis mitzubringen. Von der Sorte habe man hier schon genug“,

lautete die Warnung an den Kronprinzen, der für seine Teilnahme in Berlin auch mit Hitlers „Verdienstorden vom Deutschen Adler“ geehrt wurde.

### 1938: Drittes Treffen vor großer „Führer“-Rede

Am 19. Februar 1938 fand das dritte Gespräch zwischen König Christian und Adolf Hitler in Berlin statt – in der dänischen Gesandtschaft, also zu einem höchst bemerkenswerten und nicht nur rückblickend unglücklichen Zeitpunkt. Auch über dieses Gespräch in der Gesandtschaft in der Alsenstraße gibt es keine Aufzeichnung; nur von einer „Höflichkeitsvisite“ des diesmal in Parteiuniform erschienen „Führers“ war nach einer 20-minütigen Unterredung offiziell die Rede.

Erst zwei Tage später folgte in der Apenrader Zeitung „Hejmdal“ von H.P. Hanssen eine kurze Notiz unter der Überschrift: „Hitler besøgte Kong Christian.“ Am Tag danach meldete die NZ unter Hinweis auf die dänische Presse, dass der „Führer“ dem König in der Gesandtschaft einen Besuch abgestattet habe und damit den Besuch erwiderte, den der dänische König ihm im vorigen Jahr abstattete“.

Was hatte den König da geritten, und welche (Hinter-)Gedanken mag Hitler gehabt haben – mit dem Wissen um die große „Führer“-Rede, die für den nächsten Tag angekündigt war und auch mit großer internationaler Spannung erwartet wurde? Die NZ schien die Bedeutung zu ahnen. Unter der Überschrift „Ganz Nord-schleswig hört den Führer“ bat die Zeitung „alle unsere Volksgenossen, dafür zu sorgen, dass die „Führer“-Rede auch in Nord-schleswig weiteste Verbreitung findet“.

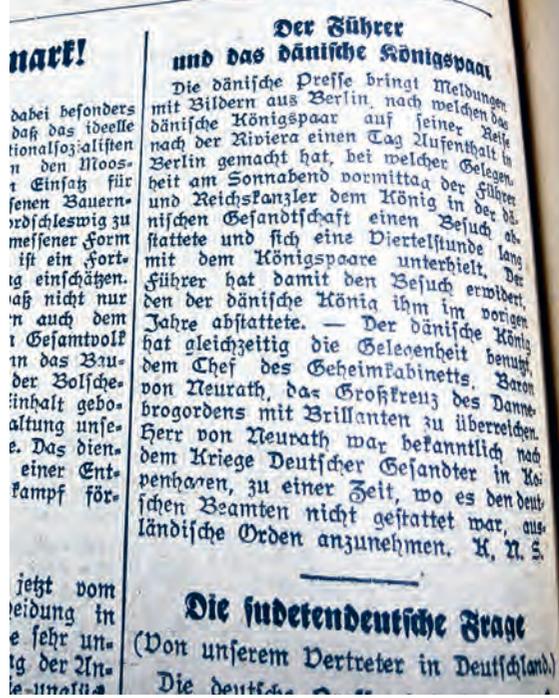


Abb. 4 Bericht in der Nordschleswigschen Zeitung über ein Treffen zwischen dem dänischen Königspaar und Adolf Hitler im Februar 1938

„Der Führer sprach zum deutschen Volk und zur Welt“, titelte die NZ nach der Rede und hob dabei eine „Führer“-Passage besonders hervor: „Deutschland will die Deutschen jenseits der Grenzen beschützen.“ Gemeint war damit „der Schutz deutscher Volksgenossen jenseits der Grenzen, die gegen ihren Willen durch den Friedenstraktat von Versailles gehindert wurden, sich dem Reich anzuschließen.“ Natürlich ein dankbarer Wink mit dem Zaunpfahl für die deutsche Volksgruppe, die seit 1920 den Friedensvertrag als Diktat des Unfriedens abgelehnt und deshalb eine neue Entscheidung gefordert hatte.

Für den mit dem Dänentum in Nord-schleswig eng verbundenen, nationalromantischen König wird die Grenze von 1920 in seinen Überlegungen eine wichtige Rolle gespielt haben, aber vielleicht hat er

auch an das unter anderem von „Hejmdal“ verbreitete, aus Frankreich stammende Gerücht gedacht, dass ein monarchistischer Putsch in Deutschland bevorstehe. Februar 1938, reichlich naïv?

### „Ein dankbarer Wink mit dem Zaunpfahl“

Hitlers Reichstagsrede am Tag danach

Die Rede Hitlers mit der Führungsbotschaft an Volk und Welt (Macht und Zuvorsicht) und der wenige Wochen später erfolgte „Anschluss Österreichs“ sowie Hitlers triumphaler Einzug in Wien verschärfte auch den Ton in Nordschleswig, wie „Hejmdal“ mit dem Hinweis registrierte, Deutschland wolle nun die Minderheiten jenseits der eigenen Grenzen schützen.

Auffallend war, wie die NZ nun mehrfach über die Klagen der deutschen Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei berichtete. „Hejmdal“ fragte „Wer provoziert?“ und stellte fest, man lasse sich weder durch das deutsche Vorgehen südlich noch nördlich der Grenze provozieren. Es sei ein Fehler, wenn die Deutschen darauf spekulierten. Gerüchte über eine angebliche „Adresse“ der deutschen Minderheit an Hitler mit der Forderung nach einer Grenzkorrektur dementierte Parteiführer Møller. Laut „Hejmdal“ hatte eine große Anzahl älterer deutscher Mitbürger ihre Unterschrift dazu verweigert.

## Göring in Sonderburg mit Sieghel-Rufen empfangen

Die Spannung stieg, aber die dunklen Wolken am deutsch-dänischen Himmel schienen wie fortgeweht, als ein besonderer Gast Dänemark besuchte: Reichsfeldmarschall Hermann Göring – diesmal zu Wasser. Göring war als Pilot während des Ersten Weltkrieges mehrfach ausgezeichnet worden, und nach Kriegsende ging er zunächst als Militärberater nach Schweden. Am 8. Mai 1919 war er die große Attraktion bei einer Flugveranstaltung auf „Kløvermarkens Flyveplads“ auf Amager mit seiner zebragestreiften Fokker-Maschine. Auch in Odense zeigte er anlässlich „Den odenseanske Flyveuge“ 1919 seine als Jägerpilot erworbenen Künste.

### Die große Attraktion bei einer Flugveranstaltung

Im Juli 1938 wurde Göring in Dänemark wie ein Held empfangen, als er dänische Häfen anlief, mit seiner Luxusyacht „Carin II.“ – benannt nach seiner 1931 verstorbenen ersten Frau, der zuletzt in Schweden lebenden Carin Göring, geb. Freiin Fock. In Begleitung von zwei Kriegsschiffen der Kriegsmarine legte er in Helsingør an, um dort die Hamlet-Festspiele und Kronborg zu besuchen. Göring war jedoch sehr schnell „umlagert“. Abgestiegen im Hotel d’Angleterre beschwerte sich der hohe Gast, falls er nicht in Ruhe sein „Frokost“ essen könne, würde er sich einen anderen Ort aussuchen.

Nach einer Autofahrt mit Besichtigung der Kopenhagener Sehenswürdigkeiten kehrte Göring am Langelinie-Kai wieder an Bord zurück. Einige deutsche Wandervögel hatten ihn, der von fünf Gestapo-Männern begleitet wurde, erkannt und riefen ihm „Sieg Heil“ zu. Das Schiff schien danach zunächst Kurs Falsterbro/Schweden anzusteuern, doch plötzlich änderte Göring die Richtung und tauchte in Æbeltoftvig auf.

Die Presse berichtete, der Generalfeldmarschall habe im Kattegat gebadet. Anschließend lag die „Carin“ vor Æbeltoft, wo ihm unter anderem zwei große Packungen mit „Wienerbrød“ an Bord gebracht wurden. Am Tag danach berichtete die NZ: *Menschenmenge am „Ende der Welt“*

Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht in der Stadt verbreitet, dass die Yacht „Carin II.“ mit Ministerpräsident Göring an Bord durch den Sonderburger Hafen kommen würde. Bei „Verdens Ende“, wo die beiden Wagen des Generalfeldmarschalls geparkt waren, hatten sich nach und nach viele Menschen eingefunden.“

Kurz nach 7 Uhr wurden Görings Yacht und die Begleitschiffe der Marine vor der Ruderbrücke aus gesichtet. Auf dem hinteren Deck konnte man die imposante Gestalt des Generalfeldmarschalls in weißer Uniform erkennen. Da es die Abfahrtszeit des Zuges war, öffnete sich die Sonderburger Klappbrücke nicht, also musste der Mast heruntergenommen werden, um unter dem Brückenbogen hindurchzufahren – zur Anlegerbrücke vor dem Dampfschiffspavillon.

In kurzer Zeit war – so die NZ – eine unübersehbare Menschenmenge zusammengeströmt, die dicht gedrängt mit „Sieg Heil“-Rufen den Ministerpräsidenten

begrüßte. Vor dem Anlegen wurde Göring auch von einem Boot des deutschen Rudervereins Germania mit einem „Sieg Heil“ begrüßt. Leicht angelehnt an Deck und Zigarre rauchend erwiderte er mit leichtem Winken die Grüße von Land.

## NZ-Redakteur begrüßt Göring im Namen der Volksgruppe

Während die braungebrannte Gestalt des Feldmarschalls mit einem Polizeioffizier über Weisungen für die Weiterfahrt sprach, nutzte – laut NZ – „unser Sonderburger Vertreter Roth, diesen Augenblick, um an Bord der „Carin II.“ zu steigen, und dem Generalfeldmarschall kurz die Grüße der deutschen Volksgruppe in Nord Schleswig zu übermitteln. Göring dankte sichtlich erfreut für den Gruß und bat, indem er unserem Vertreter zum Abschied die Hand reichte, die Volksgenossen in Nord Schleswig zu grüßen.“

„Hejmdal“ meldete angesichts zu geringer Polizeikräfte sogar eine sich formierende deutsche Demonstration für „unser Hermann“. Allerdings, während draußen „Sieg Heil“ gerufen wurde, saßen deutsche Stadtratsmitglieder im Pavillon-Restaurant und bestellten laut Hejmdal „noch ein Glas Bier!“. Einige Frauen riefen „Bleibe doch bei uns, bleibe doch bei uns“, Göring antwortete jedoch mit einem Lächeln: „Habe diesmal keine Zeit.“

## „Hejmdal“: Redakteur Roth musste von Bord springen

Den Auftritt von NZ-Redakteur Christian Roth schilderte „Hejmdal“ wahrlich etwas anders als die NZ. „Roth schlug militärisch die Hacken zusammen und präsentierte sich auf nationalsozialisti-

sche Art, indem er Göring ein maschinengeschriebenes Papier (A4) mit einem Gruß der deutschen Minderheit überreichte ‚an den treuen Mitarbeiter des Führers‘. Kurz darauf gab Göring den Befehl Leinen los und dadurch entstand die etwas kuriose Situation, dass der deutsche Redakteur noch an Bord war, als das Schiff auszulafen begann, deshalb musste Roth plötzlich mit einem Sprung über das Bollwerk von Bord kommen, was Göring mit einem Lächeln beobachtete.“

### Ankerplatz für „Carin II“ im Wemmingbund

Nun ging es Richtung Wenningbund (Wemmingbund) mit Blick auf die Düpeler Schanzen. NZ: „Ein herrlicher Abend, spiegelglatt dehnte sich die klar blaue Fläche der Ostsee aus. Unter diesen Umständen konnte man für die Yacht Görings keinen schöneren und ungestörten Ankerplatz finden als im Wemmingbund.“ Sie ankerte unweit des Strandes – in einiger Entfernung davon ebenfalls das begleitende Minenräumboot der Marine. Paddelboote und Ruderboote näherten sich der „Carin II.“, zuletzt auch noch ein Fischermotorboot. Eine Frau wollte dem Ministerpräsidenten einen Blumenstrauß zuwerfen, der aber leider zu kurz geworfen wurde und ins Wasser fiel. Sie wurde aber dadurch entschädigt, dass ihr Göring dankend zuwinkte.“

Die NZ schloss ihren Bericht: „Für alle diejenigen, die den Generalfeldmarschall so unerwartet aus nächster Nähe sehen durften, wurde dies zu einem Erlebnis, das



Abb. 5 Hermann Göring (1893-1946)

sie nicht leicht wieder vergessen werden. Man sah Leute spontan in Heilrufe ausbrechen, denen man vorher Sympathien für die führenden Männer des Dritten Reiches nicht angemerkt hatte. Wir verstehen durchaus eine solche Wandlung, weil von der Persönlichkeit Görings etwas Vertrauenserweckendes, Sympathisches und Starkes ausgeht, das sich unwillkürlich überträgt. Wir Deutschen in Nordschleswig sind stolz und glücklich darüber, dass wir jenen Mann hier in unserer Heimat haben begrüßen dürfen, der einen so hervorragenden Anteil hat am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.“

### Dänische Orden für deutsche Vertreter

Am nächsten Morgen verließ Göring die dänischen Gewässer. Dass sein Besuch sogar von höchster Stelle begrüßt wurde,

zeigt die Tatsache, dass der dänische König ihm schon wenige Tage nach seiner Rückkehr in Berlin das Großkreuz des Dannebrogordens mit Diamanten verliehen ließ – für den Elefantenorden kam er nicht in Betracht, da dieser höchste dänische Orden nur an Staatsoberhäupter verliehen wurde.

Kramer dokumentiert, dass in den 1930er Jahren insgesamt nicht weniger als 50 bis 60 führende deutsche Vertreter – und keineswegs nur Nationalsozialisten – durch den König hohe dänische Orden erhalten haben. Diese dänische „Goodwill-Politik“ gegenüber dem „Dritten Reich“ schien sich aber zunächst auszuzahlen.

### Goodwill-Politik zahlte sich zunächst nicht aus

Das Münchner Abkommen im September 1938 zwischen Hitler und dem britischen Premier Chamberlain („Peace in our time“) wurde im neutralen Dänemark als Indiz für eine stabile Zukunft gewertet. Auch Hitlers Versicherung vor der Welt-Öffentlichkeit, die Einverleibung des Sudetenlandes mit den Sudetendeutschen sei „die letzte territoriale Forderung Deutschlands“, wurde in Dänemark mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen; gerade im Hinblick auf Nordschleswig.

### Nicht-Angriffs-Pakt ein Verdienst des Königs?

Die Meldung vom 31. Mai 1939 über einen deutsch-dänischen Angriffspakt entsprach durchaus dänischen Wunschvorstellungen; er war in Berlin von Reichs-

außenminister von Ribbentrop und dem dänischen Gesandten Zahle unterzeichnet worden. Es handelte sich dabei um ein deutsches „Friedensangebot“ an die drei nordischen Länder, doch im Gegensatz zu Dänemark lehnten Schweden und Norwegen ab.

Mit großer Mehrheit (115:3) wurde der Pakt 24 Stunden später im Folketing beschlossen, nur die drei Kommunisten stimmten dagegen. Außenminister Dr. Munch (Radikale Venstre) legte Wert auf die Feststellung, dass Dänemark in dem Vertrag von Deutschland die Zusage erhalten habe, im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und „einer anderen Macht neutral zu bleiben“.

### Ein wichtiges Zusatzprotokoll

Innenpolitisch – nicht zuletzt aber handelspolitisch wegen der volkswirtschaftlichen Export-Bedeutung Englands – war für die Regierung vor allem das von Deutschland akzeptierte Zusatzprotokoll wichtig, wonach der (dänische) Warenaustausch (bei einem deutschen Konflikt) mit einer „dritten Macht“ fortgesetzt werden könne und nicht als Verstoß gegen die zugesagte dänische Neutralität zu werten sei.

### Jens Möller stimmt mit Ja und warnt vor dänischem Gift

„Die Schleswigsche Partei gibt dem Vorschlag zum Reichstagsbeschluss über den Abschluss eines deutsch-dänischen Nichtangriffspaktes ihre Zustimmung“, erklärte der Folketingsabgeordnete der

deutschen Minderheit, Dr. Jens Möller, „der darin einen weiteren Beitrag zur besseren Verständigung zwischen den beiden verwandten Nachbarvölkern“ sah.

Er hoffe, dass der Abschluss dieses Vertrages eine Entspannung im Grenzland mit sich führen werde, so Möller, äußerte jedoch gleichzeitig kritische Töne. Nach seinen Worten trage „durch die unverantwortliche Haltung eines gewissen Teils der dänischen Presse mit ihren tendenziösen, verlogenen und ehrabschneidenden Berichten und Äußerungen dazu bei, eine feindliche Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland aufrechtzuerhalten“. So entstehe „un­nötig verheerendes Gift im Grenzland“, warnte Möller.

## Hitler verspricht Dänemark: Keine Revision

„Letzte Zweifel“ an Hitlers Motiven schienen jedoch ausgeräumt, als Hitler im Oktober 1939 in einer Reichstagsrede erklärte: „Deutschland hat Dänemark gegenüber keine Konsequenzen aus der im Versailler Vertrag vorgenommenen Abtrennung des deutschen Gebietes gezogen, sondern im Gegenteil, mit Dänemark ein loyales und freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Wir haben keinerlei Forderung auf Revision erhoben, sondern mit Dänemark einen Nichtangriffspakt abgeschlossen. Das Verhältnis zu diesem Staat ist damit auf eine unabänderliche, loyale und freundschaftliche Zusammenarbeit gerichtet.“

Hatte also die private Außenpolitik von König Christian X. gesiegt, hatte sich die dänische Annäherung durch zahlreiche Nazi-Kontakte, die sich keineswegs

nur auf das Königshaus und die Besuche des Kronprinzenpaares in Bayreuth beschränkten, sondern auch die Wirtschaft und Kultur auf höchstem Niveau umfassten, nun doch Gewinn gebracht?

Die strategische Anpassung Dänemarks an die im Nationalsozialismus stärker werdende deutsche Großmacht sei ein angemessener und richtiger Kurs von König und Regierung gewesen, so verteidigen anerkannte Historiker rückblickend die damals zu große Nähe des Königshauses zu den Führenden im „Dritten Reich“, deren Ziel es allein gewesen sein soll, Dänemark vor nationalem Unheil zu bewahren.

Brachte die private Außenpolitik des Königs Gewinn?

## König in Hauptrolle: Das böse Erwachen am 9. April

Aber es gab ein böses Erwachen: am 9. April 1940 überfiel Hitler-Deutschland trotz des Nicht-Angriffspakts das neutrale Dänemark. Just in den Stunden des Einmarsches spielte König Christian X. eine ganz entscheidende Rolle. Der Monarch war seit der Osterkrise 1920 zwar parlamentarisch in seiner Macht begrenzt worden, die Politik hatte seitdem das Primat, doch in den Stunden des 9. April nahm der König wieder eine zentrale Position ein, und gab damit auch im Kreise seiner Regierung die politische Richtung an.

Im Gegensatz zu seinem Glücksburger Bruder Carl, der als Norwegens König Haakon VII. beim deutschen Angriff („Weserübung“) selbst den Widerstand orga-

nisierter und anschließend nach England floh, blieb Christian auf Amalienborg, obwohl für ihn ein Fluchtplan zur Kaserne Høvelte im Norden Seelands bereitlag. Als der deutsche Oberkommandierende, Generalmajor Himer, in den Morgenstunden des 9. April nach der sogenannten „friedlichen Besetzung“, die Dänemark nur „unter Protest“ angenommen hatte, sich auf Schloss Amalienborg einfand, war er überrascht, dort König Christian anzutreffen.

### Der König blieb im Lande

Aus dem Tagebuch von Generalmajor Himer geht hervor: um die Stellungnahme des Königs kennenzulernen und etwaige Versuche, das Land zu verlassen, zu verhindern, ersuchte Himer (der sich bereits seit dem 7. April in Zivil in Kopenhagen aufgehalten hatte) in den Morgenstunden um eine Audienz beim König. Der sei nach seinen Angaben „innerlich sehr erregt“ und habe „am ganzen Körper gezittert“.

Zum Abschluss der halbstündigen Audienz wandte sich Christian X. als alter Offizier mit folgenden Worten an Himer: „Und nun, Herr General, darf ich Ihnen als alter Soldat Folgendes noch sagen: das habt Ihr fabelhaft gemacht, das war großartig, das muss man als Soldat schon sagen.“ Für den dänisch-schleswigschen König spielte zweifelsohne der Text des als Memorandum gekleideten deutschen Ultimatums vom 9. April eine ausschlaggebende Rolle.

Deutschland hatte darin versichert, „Dänemark nicht in feindlicher Gesinnung zu betreten“. Noch wichtiger für ihn laute-

te jedoch der Schlusssatz: „Reichsregierung erklärt [...], dass Deutschland nicht die Absicht hat, durch ihre Maßnahmen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Königsreichs jetzt oder in Zukunft anzutasten“.

### Die Toten von Hadersleben: Auch zwei Mitglieder der Minderheit

„Sønderjylland“ stand auf dem Spiel, sogar militärisch, denn in den ersten Stunden des deutschen Einmarsches kämpften dänische Soldaten an manchen Stellen in

Nordschleswig aussichtslos gegen die deutsche Übermacht, noch zu einem Zeitpunkt, als Dänemark offiziell bereits kapituliert hatte.

Beispiel Hadersleben: die NZ wusste zu berichten, dass deutsche Volksgenossen den deutschen Soldaten einen „begeisterten Empfang“ bereiteten. Hier starben bei Kämpfen vier dänische Soldaten, übrigens wurden laut NZ durch eine „fehlgehende Kugel“ auch zwei Angehörige der deutschen Minderheit als Zivilisten am Rande der Kämpfe tödlich verletzt.

Insgesamt starben 16 dänische Soldaten am 9. April. Davon elf in Nordschleswig, tragisch auch jene drei Grenzgendarmen, die noch vor dem Grenzübertritt in den frühen Morgenstunden von der Gestapo am Pattburger Viadukt ermordet wurden. Im Zusammenhang mit den Kämpfen wurde später bekannt, dass der König offenbar im Kreise seiner Regierung die Frage gestellt habe, ob Dänemark mit einer Viertelstunde Widerstand symbolisch genügend Gegenwehr geleistet habe.

Dass junge Dänen in Nordschleswig – also unnötig – ihr Leben gaben, sorgte

auch beim königstreuen Sozialdemokraten I. P. Nielsen aus Sonderburg für spürbare Verbitterung. Nielsen war zwar „stolz“ auf die nordschleswigschen Kämpfer, doch richtete er zugleich an den zuständigen Generalleutnant W. W. Prior die kritische Frage, warum denn in Kopenhagen kein ähnlicher Widerstand geleistet wurde. Eine Frage, die auch nach der Befreiung am 5. Mai 1945 wiederholt wurde und heftig umstritten war.

### Die Toten vom Viadukt in Pattburg sorgen für Verbitterung

Dass König Christian X. mit seinem Volk fühlte, die deutsche Besatzung keineswegs als „Friedensbesetzung“ betrachtete und wahrlich auch persönlich keine Sympathien für die Nazis hegte, ist überhaupt nicht zu bezweifeln, ebenso wie die militärische Aussichtslosigkeit eines deutsch-dänischen Krieges.

Wie entschlossen Hitler gegenüber Dänemark und Norwegen war, zeigte ein Schreiben des „Führers“ an den italienischen „Duce“, Mussolini, vom 4. Oktober 1940: „Eine Besetzung Skandinaviens durch englisch-französische Streitkräfte wäre für Deutschland und seine weitere Kriegsführung sehr unangenehm gewesen. Es hätte dies jedenfalls viel Blut abgezogen von dem Schlachtfeld, auf dem allein die Entscheidung fallen kann und fallen wird.“

### Trauriger Königs-Brief in den Händen der deutschen Abwehr

Die gewaltsame deutsche Besatzung hatte den König und seine aus Mecklenburg stammende Königin Alexandrine auch menschlich schwer getroffen. Das geht aus einem Brief vom 13. September 1940 von König Christian hervor, der mit der Anschrift „Lieber alter Freund“ der deutschen Abwehr in die Hände fiel. An wen der Brief gerichtet war und wie die deutsche Besatzungsmacht ihn abgefangen hat, ist bis heute ungeklärt. Der König schreibt selbst, „Konsul Jarding, der in Cannes ist, hat den Brief erhalten, da es leichter ist“.

### Ein unbekannter Brief

Bei meinen eigenen Recherchen stolperte ich im damaligen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn über diesen unbekanntes Brief, den ich dann zur Überprüfung an den damaligen königlichen Historiografen, Professor Tage Kaarsted, Odense, schickte. Nach seinen Worten habe er Königin Margrethe den Brief ihres Großvaters gezeigt, und sie soll ihm, also laut Kaarsted, geantwortet haben: „Was hat der Alte nun wieder angestellt?“

Die Prüfung durch Kaarsted ergab: der Brief ist authentisch, auch keine Fotokopie. Allerdings handelt es sich dabei um eine deutsche Übersetzung, da König Christian alle seine Briefe in „dänischer Sprache“ schrieb. Der Brief enthält einige handschriftliche Vermerke des damaligen deutschen Gesandten in Kopenhagen, Cecil von Renthe-Fink, also muss die deut-

sche Besatzungsmacht den Brief während seiner Zeit (1936 bis September 1942 in Dänemark) gekannt haben. Kaarsted vermutete, dass das Schreiben an Griechen-Prinz Georg, einen Neffen des dänischen Königs, geschickt wurde, der sich bis 1941 oft in Cannes aufhielt.

## Auszüge verraten den Seelenzustand des Königspaares

Der Brief ist ein historisches Dokument, das die Haltung des Königs eindeutig belegt.

Einige Passagen: „[...] hier ist es die deutsche Besatzung, die auf uns allen wie ein Alldruck lastet. [...] Ich bestimmte sofort den Ton gegenüber dem deutschen General, und mindestens einmal in der Woche spreche ich mit ihm, falls nicht öfter notwendig ist. Wenn auch die Gespräche für mich peinlich sind, so glaube ich doch, dass es gut ist, und ich habe die Genugtuung, dass mein Volk vollauf versteht. Das Schwierigste war, die Verhältnisse abzumildern.

[...] Eine kritische Situation habe ich mit Ribbentrop erlebt, der von uns den Abschluss einer Zoll- und Währungsunion mit Deutschland verlangte, die einen vollständigen Ruin für unsere selbstständigen Dispositionen bedeutet hätte. Glücklicherweise stellte sich die ganze Regierung hinter mich.

[...] Ich folgte dem alten Sprichwort: man soll das Fell nicht kaufen, bevor der Bär erlegt ist.

[...] Das Auftreten der Bevölkerung den Deutschen gegenüber ist würdig. Auf der Straße werden sie wie Luft betrachtet, was sie nicht schätzen. Sie tun alles, um sich populär zu machen, was die entgegen-

gesetzte Wirkung hat. Die Deutschen verstehen unsere Mentalität nicht und allmählich haben sie es begriffen, dass ihre Anwesenheit hier nicht erwünscht ist.

[...] Ich werde dadurch gestärkt, dass ich den englischen Rundfunk höre.

[...] Uns ging es besser als dem armen Norwegen.

[...] Adrini ist mit eine große Stütze gewesen, trotzdem sie wie 1914 viel über die Ereignisse geweint hat. Pflichtschuldigt geht sie in den Luftschutzkeller und teilt Schokolade aus. Ich tat es nur beim ersten zweistündigen Fliegeralarm und jetzt lege ich mich von der rechten auf die linke Seite, wenn die Sirenen heulen, das ist meine Bereitschaft.“

(Anmerkung: „Adrini“ ist ein Schreibfehler im deutschen Text, da die Königin in der Familie nur „Adini“ genannt wurde.)

„Hier zu Hause sind wir alle gesund, seitdem wir uns zuletzt sahen, habe ich zwei Enkelkinder bekommen, die beide gut gedeihen. Noch viel mehr ist es mein Wunsch, dass die Deutschen abziehen. Die armen Leute sehnen sich nur nach Hause und nach ihren Angehörigen. Ich sagte neulich dem deutschen General, wir fühlten so, als hätten wir eine liebe Schwiegermutter im Hause, doch freuten wir uns auf den Tag, an dem sie abreist.“

## Explosion durch fünf Worte im Telegramm

Die offizielle deutsch-dänische Vertragspolitik vom 9. April, meistens eher Zusammenarbeitspolitik genannt, verlief zunächst ohne entscheidende Störungen zwischen Berlin und Kopenhagen, doch im September 1942 explodierte das Verhältnis durch fünf Worte des Königs.



Abb. 6 An seinem 70. Geburtstag reitet König Christian X. durch Kopenhagen, 1940

Der „Führer“ hatte Christian X. am 26. September zu seinem 72. Geburtstag ein Telegramm („Zum Geburtstag meine aufrechten Glückwünsche“) geschickt, die der König prompt wie folgt beantwortete: „Spreche meinen besten Dank aus.“

Kurz und knapp seinem Stil entsprechend genauso wie in den Vorjahren, doch niemand hatte den Monarchen offenbar darüber informiert, dass sich Hitler bereits im Vorjahr über dieses knappe Antwortschreiben geärgert hatte. Er tobte angeblich und forderte nun ernste Konsequenzen für König und Königreich. Der Gesandte Renthe-Fink wurde aus Protest abberufen. Der dänische Geschäftsträger in Berlin bekam den Auftrag, den Staatssekretär im Außenministerium, Ernst von Weizsäcker, mündlich und wörtlich die „Missstimmung“ zwischen König und Reichskanzler zu erklären.

### Der Kronprinz könnte nach Berlin kommen

Der König sei „tief bewegt“ und „begrußt alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Großdeutschen Reich, an welches Dänemark sich auf so vielen Gebieten mit starken Banden geknüpft fühlt, zu fördern und zu festigen“, so der dänische Diplomat. Wegen einer schweren Krankheit und hohen Alters war es dem König nicht möglich, dem „Führer“ einen Besuch abzustatten, aber Christian X. bot an, dass Kronprinz Frederik nach Berlin reisen könne, um vom Reichskanzler empfangen zu werden. „Um

im Namen des Königs die unveränderliche freundschaftliche Einstellung gegenüber dem Großdeutschen Reich und seinem Oberhaupt, die der König in angenehmer Erinnerung früherer persönlicher Besuche bei dem Herrn Reichskanzler stets gehabt hat, zum Ausdruck zu bringen“, lautete die dänische Stellungnahme, die von Weizsäcker kühl quittiert: „Ich habe zu dieser Erklärung keinerlei Stellung genommen.“

### „Führer“ verärgert: Kein dänisches Angebot für Nord-schleswig

Hitler ließ sich dadurch aber nicht beruhigen, im Gegenteil. Am 26. September empfing er den General Hermann von Hanneken, den er zum neuen Wehrmacht-Oberbefehlshaber für Dänemark berief. Dänemark sei nun nicht mehr befreundetes Land, sondern Feindesland, so der „Führer“.

Im August 1949, als er vorübergehend im Apenrader Arrest gefangen saß, berichtete von Hanneken, dass Hitler sich bei dem Gespräch auch darüber beschwert hatte, „dass Dänemark ihm kein Angebot für das geraubte Nordschleswig gemacht habe“. Zwar wünschte Hitler keine Grenzänderung, doch dies wäre eine Geste der Dänen gewesen, deren Volk, Regierung und König nach seiner Meinung deutliche Sympathien für England zeigten.

### Hitler: Am nächsten Laternenpfahl aufgehängt

Der Gesandte Werner von Grundherr verfasste eine Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und von Hanneken am 1. Oktober und notierte u. a., „Hitler habe die Erklärungen vom 9. April

1940 nun als hinfällig bezeichnet“. „Jetzt müssten sie verschwinden. Für die Zukunft sei es unmöglich, dass sich in einem unter deutscher Führung neu geordneten Europa ein Staatsgebilde mit demokratischer Regierung und einem Königshaus halte, das bis jetzt nicht als schlechten Willen gezeigt habe“, so Hitler, der den Besitz Dänemarks wegen Norwegen „als unerlässlich“ bezeichnete, sodass „Dänemark eine deutsche Provinz werden müsse“.

„Dass es soweit gekommen sei, daran trügen die Dänen mit ihrem König und ihrer Regierung selbst Schuld. Der König habe aus seiner Hinwendung an Schweden und England nie ein Hehl gemacht. Das Königshaus und die jetzige Regierungsform seien überhaupt für die ganze Entwicklung störend und deshalb sei es letztes Ende sein Wille, beides zu beseitigen.“

### „Ein Nationalsozialist mit harter Faust“

Hitler kündigte die Entsendung eines „Nationalsozialisten mit harter Faust“ für Dänemark an, sprach sich für die Bildung einer Marionettenregierung mit nationalsozialistischer Beteiligung in Dänemark aus und fügte, laut Grundherr, hinzu: „Der Chef dieser Regierung müsse sich stets dessen bewusst sein, dass er bei einem etwaigen Abmarsch der deutschen Truppen am nächsten Laternenpfahl aufgehängt wird.“ Abschließend habe Hitler allerdings erklärt, dass „ihm eine Abdankung des Königs zur Zeit nicht gelegen kommen würde“.

## Königshaus in Gefahr: Schwerer Reitunfall des Königs

Am 2. November reiste Außenminister Erik Scavenius zur Schadensbegrenzung nach Berlin, wo ihm Reichsaußenminister von Ribbentrop mitteilte, dass Dr. Werner Best als Reichsbevollmächtigter den bisherigen Gesandten Renthe-Fink ablösen würde. Als Best am 5. November 1942 in Kopenhagen eintraf, hatte sich die Situation im Königreich jedoch noch dramatischer zugespitzt, denn bei einem Reitunfall am 19. Oktober 1942 hatte sich der König so lebensgefährlich verletzt, dass er am 27. Oktober am Krankenbett Kronprinz Frederik schriftlich die Vollmacht gab, vorübergehend die königlichen Amtsgeschäfte zu übernehmen.

In Dänemark gab es ernsthafte Befürchtungen, dass die deutsche Besatzungsmacht nun „norwegische Verhältnisse“ einführen würde, aber wie gefährlich die Lage wirklich war, wurde erst nach dem Krieg bekannt: In Berlin war am 25. Oktober eine Notiz „über die dänische Frage“ ausgearbeitet worden, über die Abdankung des Königs, ja, sogar über eine Abschaffung des Königshauses konkret nachgedacht.

### Angst vor „norwegischen Verhältnissen“

Anstoß dazu gab eine gegenüber dem Reichsaußenminister Äußerung Hitlers, der nach dem Unfall von König Christian X. nun das dänische Königshaus ausgeschaltet sehen wollte. Dass das Auswärtige Amt dennoch die dänische Krone und ihre Fort-



Abb. 7 Der dänische Staatsminister Erik Scavenius und der deutsche Reichsbevollmächtigte Dr. Werner Best in Kopenhagen, 1943

setzung auch im Falle eines Ablebens von König Christian X. in Berlin durchgesetzt hat, wurde vor allem mit dem AA-Argument begründet, dass in Dänemark beim Tode des Monarchen automatisch der Thronwechsel erfolgen würde, wenn der Kronprinz schon vorab das Grundgesetz unterschrieben habe.

„Ob der jetzige Kronprinz dies getan hat, was z. B. während der Reise des Königs 1935 nach Island geschehen sein könnte, lässt sich im Augenblick nicht feststellen. Sollte dies der Fall sein, so würde sich verfassungsrechtlich sein Regierungsantritt mit dem Ableben seines Vaters automatisch vollziehen“, hieß es in der Notiz zur dänischen Frage, die wie folgt abschloss: „Auch wenn der jetzige König am Leben bleiben sollte, wird es notwendig sein, gleichzeitig mit der Ernennung des neuen Reichsbevollmächtigten den neuen Kurs durch bestimmte Forderungen an die Dänen einzuleiten.“

## Mecklenburger Herzogproblem als Adjutant

Das Ergebnis: neuer Staatsminister wurde der bisherige Außenminister Erik Scavenius, und gleichzeitig gelang es Best, eine Aufnahme von dänischen Nationalsozialisten in die Regierung zu verhindern, was auch das Ende des dänischen Nazi-Führers Fritz Clausen aus Baurup einleitete.

In Berlin hatte Best vor seiner Abreise noch von Hitler die Weisung erhalten, künftig jeden Kontakt mit dem dänischen König zu vermeiden. Best fand jedoch einen Umweg, der für das Königshaus nicht unproblematisch war. Nach der Besetzung Dänemarks war der älteste Sohn von Erbherzog Franz Friedrich IV. aus Mecklen-

burg-Schwerin, Herzog Franz Friedrich, in Dänemark als Legationssekretär für den Gesandten Renthe-Fink tätig. Als Folge der Telegrammkrise sollte er versetzt werden.

Doch Best lehnte seine Versetzung ab und bestellte ihn stattdessen zu seinem persönlichen Referenten (Adjutanten), mit dem besonderen Auftrag, als Neffe von Königin Alexandrine dem Königshaus mitzuteilen, „der neue Reichsbevollmächtigte sei bemüht, bald möglichst ein normales Verhältnis zum König wiederherzustellen“.

Best beschwerte sich nach eigenen Worten mit einem „Trommelfeuer“ Richtung Berlin darüber, dass auch seine Verhandlungen mit Staatsminister Scavenius durch den fehlenden Kontakt zum König erschwert würden, und erstaunlicherweise erhielt er schon im Januar 1943 die Erlaubnis, wieder die Verbindung zum Königshaus aufzunehmen. In seinem Tagebuch findet sich am 14. August 1943 die Notiz: „Bespr. mit König Christian X. ‚Sorgenfri‘, Lyngby.“

## Königsprotest nachts per Bote an Dr. Best

Am 29. August 1943 trat jedoch die dänische Regierung Scavenius de facto zurück – aus Protest gegen Forderungen der Besatzungsmacht, die nach schweren und auch blutigen Unruhen den militärischen Ausnahmezustand in Dänemark ausrief: mit bitteren Konsequenzen für das Land, nicht zuletzt am 2. Oktober 1943 mit dem Befehl zur Deportation der dänischen Juden.

Best berichtete in meinem Buch „Dänemark in Hitlers Hand“, dass er in seiner Zeit in Dänemark (von November 1942 bis 5. Mai 1945) nur ein einziges Schrei-

ben vom König erhalten habe, von einem Boten just in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1943. Obwohl sich der König durch den militärischen Ausnahmezustand als ausgeschaltet sah, versuchte er die Juden-Deportation zu verhindern, die, so Best, - „ihm durch meine Warnung an Duckwitz bekannt geworden war“. Schon früher hatte der König erklärt, dass er, wenn in Dänemark der Judenstern eingeführt würde, selbst einen tragen wolle. Das mag auf ein Gerücht zurückzuführen sein, das im Januar 1942 von der „Chicago Daily News“ verbreitet wurde, nämlich, dass der König bei Forderung auf Einführung antisemitischer Gesetzgebung mit seiner Abdankung gedroht habe, ein Gerücht, das Außenminister Scavenius in einem Gespräch mit dem deutschen Gesandten Renthe-Fink am 6. Januar 1942 als „völlig aus der Luft gegriffen“ dementiert hatte.

### „Ein höchst beachtliches Dokument“

Tatsächlich ist das Schreiben von Christian X. an Dr. Best vom 1. Oktober ein höchst beachtliches Dokument, das dem König zur Ehre gereicht. Christian schrieb, „ihm sei daran gelegen, nachdem ich mit einem Vernehmen bekannt gemacht worden bin nach, dass deutsche Schritte gegen die Juden in Dänemark unternommen werden sollen, „Ihnen gegenüber hervorzuheben, dass Sondermaßnahmen hinsichtlich einer Gruppe von Menschen, die seit mehr als 100 Jahren die vollen bürgerlichen Rechte in Dänemark genießen, die schwersten Folgen haben können“.

Dass der König sich so mutig für seine jüdischen Landsleute eingesetzt hat, führte zweifelsohne auch zu seinem Helden-Mythos nach 1945, jedenfalls im Ausland, wo noch heute oft genug berichtet wird, dass der dänische König selbst in Kopenhagen den Juden-Stern getragen hat, Meldungen, die auch Königin Margrethe als falsch dementiert hat.

Am Tag der Befreiung Dänemarks am 5. Mai 1945 wurde König Christian von seinem Volk als Held des nationalen Widerstands gegen die deutsche Besatzungsmacht gefeiert. Der Reiterkönig saß sozusagen wieder fest im Sattel, und das Volk konnte sich an ihm festhalten. Kritik gab es hingegen an den Politikern der sogenannten Zusammenarbeitspolitik, die sogar als antinational verdächtigt wurden. Vergessen wurde hingegen im rot-weißen Jubel, dass auch der König Mitverantwortung für jene Politik trug, die nach dem 9. April von seiner Regierung gegenüber Berlin geführt wurde.

### Der König und die weiche Diplomatie

Peter Kramer hat mit seinem Buch etwas an dem royalen Glanzbild gekratzt, was ihm in vielen Rezensionen von Historiker\*innen sehr übelgenommen worden ist. „Ridser i lakken“ hat gewiss seine Schwächen, aber Fragen zu stellen, was seine Majestät vor dem 9. April 1940 getan hat, ist doch berechtigt und keine Majestätsbeleidigung.

Lassen sich die Alleingänge des Königs in Berlin nur mit dem Begriff „soft diplomacy“ (weiche Diplomatie) oder der notwendigen Anpassung an den deutschen Nachbarn vor allem wegen Nordschleswig

erklären? Wahrlich nicht alles, auch wenn es verständlich war, dass die Dänen nach 1945 eine nationale vereinigende Figur benötigten, die nicht, wie manche Politiker, zusätzliche Spaltung ins Land brachten, sondern Einheit/Zusammengehörigkeit signalisierte. Deshalb wurde diese Frage damals nicht gestellt, wie Peter Kramer sie 2024 stellte. Die (politische) Rolle des Königs wurde bewusst ausgeklammert, besonders im parlamentarischen Abschlussbericht 1953 im Folketing über die dänische Politik während der Besatzungszeit.

### „Rex Martyr“ und offene Fragen

Der deutsche Reichsbevollmächtigte Werner Best widmete in Kopenhagener Untersuchungshaft König Christian ein Gedicht anlässlich seines 75. Geburtstages am 26. September 1946. Es trug die Überschrift „Rex Martyr“. Der König als Märtyrer? Christian X. starb am 20. April 1947, und sein Sarg wurde sogar mit der Armbinde des dänischen Widerstands geschmückt. Er nahm viele Fragen mit ins Grab, auf die eventuell Antworten gefunden werden können, wenn das streng

gehütete Privatarchiv des Königs mit seinen Tagebüchern, jedenfalls teilweise, freigegeben wird.

### Kommentar von Königin Margrethe

Höchst ungewöhnlich hat sich Königin Margrethe jetzt in einem Interview mit der Zeitung „Kristeligt Dagblad“ zu Wort gemeldet, was vermuten lässt, dass das Buch einen tiefen Stachel bei ihr persönlich hinterlassen hat, obwohl es, wie sie sagt, keine Sensationen enthält. Sie verteidigt verständlicherweise ihre so geliebten Eltern gegen den Vorwurf einer zu großen Nazi-Nähe. Ihr „Dementi“, König Frederik IX. und Königin Ingrid hätten nie, niemals Sympathien für die Nazis wie zum Beispiel Hermann Göring gezeigt, ist gar nicht zu bezweifeln, aber es bleiben dennoch gewichtige Fragen um die „Alleingänge“ ihres Großvaters in Berlin.

Vor allem um seine politische Rolle vor 1940 und am 9. April, die auf jeden Fall unterschiedlich interpretierbar ist und nach dem Kramer-Buch einer historischen Klärung bedarf.

---

## Abbildungsnachweise

- Abb. 1, 4 Siegfried Matlok
- Abb. 2 [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vorstenhuizen,\\_koningshuis\\_Denemarken,\\_SFA022821612.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vorstenhuizen,_koningshuis_Denemarken,_SFA022821612.jpg) (gemeinfrei)
- Abb. 3 Bundesarchiv Berlin, Bild 183-H1216-0500-002 / CC-BY-SA 3.0, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-H1216-0500-002,\\_Adolf\\_Hitler.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-H1216-0500-002,_Adolf_Hitler.jpg)
- Abb. 5 Fotograf: Franz Langhammer, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hermann\\_G%C3%B6ring\\_by\\_Langhammer\\_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hermann_G%C3%B6ring_by_Langhammer_(cropped).jpg) (gemeinfrei)
- Abb. 6 [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:King\\_Christian\\_X\\_in\\_Copenhagen\\_1940.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:King_Christian_X_in_Copenhagen_1940.jpg) (gemeinfrei)
- Abb. 7 [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Scavenius\\_og\\_Best.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Scavenius_og_Best.jpg) (gemeinfrei)

# UMSCHAU

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensborg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; GLS: Gerret Liebing Schlaber; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydske Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; MS: Matthias Schartl; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Institut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening.

Redaktionsschluss: 15.5.2025

## Deutsch-dänische Beziehungen

### Viele Probleme für Grenzpendelnde zu lösen

In ihrem Abschlussbericht zur Kompatibilität von Regeln beiderseits der Grenze dokumentierte eine von den beiden Außenministerien beauftragte Arbeitsgruppe erstmals seit 2005 Probleme und mögliche Lösungen für grenzüberschreitende Aktivitäten und über die Grenze pendelnde Beschäftigte. Die Kieler Staatskanzlei hat an dem Prozess wesentlich mitgewirkt. Inhaltlich eingebracht haben sich vor allem das Regionalkontor der Region Sønderjylland-Schleswig, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die nationalen Minderheiten. Das Fazit ist eher ernüchternd: Insgesamt 54 Hindernisse wurden ermittelt, doch nur für neun wurden Lösungen gefunden, darunter die seit einiger Zeit freie Wahl des Kindergartens beiderseits der Grenze. So stellt der Bericht fest: „Die Hürden für die

grenzüberschreitende Mobilität stellen ein beträchtliches Hindernis für Personen und Familien dar, die in unserer Grenzregion leben, und behindern die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem stehen sie im Widerspruch zum Versprechen der europäischen Integration, die Barrieren zu beseitigen, die Grenzen früher immer darstellten.“ Umso wichtiger erscheint die feste Einrichtung eines deutsch-dänischen Grenzbarrierenrates, die nun erfolgen soll. Siehe hierzu auch die Hauptbeiträge in der vorliegenden Ausgabe (SHZ 10.12.).

### Ausbau der deutschen Grenzkontrollen

Die 2024 eingeführten Grenzkontrollen auf deutscher Seite wurden Schritt für Schritt weiter ausgebaut. Zunächst wurden Container als provisorische Bürobauten an den größeren Übergängen aufgestellt (SHZ 27.11.). Noch vor der Wahl verkün-

dete Bundeskanzler Olaf Scholz, dass die Kontrollen um ein weiteres Halbjahr verlängert werden. Dies führte auf dänischer Seite, aber auch bei vielen deutschen Akteuren zu Unmut (DR 11.2.).

Die oppositionellen Unionsparteien kündigten im Wahlkampf an, nach einer Regierungsübernahme die Grenzkontrollen stark auszuweiten und auch Asylsuchende möglichst an der Einreise zu hindern. Im am 9.4. vorgestellten Koalitionsvertrag haben sich die kommenden Regierungsparteien zu mehr Grenzkontrollen bekannt. Unmittelbar nach der Aufnahme der Regierungsgeschäfte am 7.5. ordnete der neue Innenminister Alexander Dobrindt den massiven Ausbau der Kontrollen an allen Grenzen an. Dies führte erneut zu massiver Kritik, da dies ohne Parlamentsbeschluss erfolgt sei und viele Polizeikräfte und Finanzmittel binden, die an anderen Stellen fehlen würden. Bei seinen Antrittsbesuchen erfuhr der neue Bundeskanzler

Friedrich Merz hierfür ebenfalls teils deutliche Kritik aus den betroffenen Nachbarländern, vor allem vom polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk (alle, 9. 5.).

## Dänische Grenzkontrollen abermals verlängert

Die dänische Regierung kündigte an, die 2016 eingeführten befristeten Grenzkontrollen um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern. „Die terroristische Bedrohung für Dänemark ist ernst. Für mich zeigt dies, dass wir weiterhin darüber nachdenken müssen, für wen wir die Grenzen unseres Landes öffnen. Deshalb hat die Regierung beschlossen, die vorübergehenden Grenzkontrollen mit Deutschland zu verlängern, um sicherzustellen, dass die Polizei weiterhin über dieses Instrument im Kampf gegen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität verfügt,“ begründete Justizminister Peter Hummelgaard die Entscheidung (NOS 12.4.).

## Deutsche und dänische Politik

### Bundestagswahl 2025

Die nach dem vorzeitigen Bruch der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP notwendig gewordene vorgezogene Bundestagswahl am 23.2. führte zu erheblich veränderten Mehrheitsverhältnissen. Die stärkste Fraktion wurde mit 208 (+11) Abgeordneten die CDU/CSU, die insgesamt 4,4% dazugewann, allerdings mit 28,5% nicht über ihr zweitschlechtestes jemals bei einer Bundestagswahl erzieltetes Ergebnis hinauskam. Zweitstärkste Fraktion ist die AfD geworden, welche ihr Ergebnis mit

20,8% gegenüber 2021 verdoppeln konnte und nun 152 (+69) Abgeordnete stellt; in den ostdeutschen Flächenländern wurde sie teilweise mit Abstand die stärkste Partei und eroberte dort die meisten Direktmandate. Schwere Verluste gab es für die SPD, die um 9,3 auf 16,4% absackte und damit ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl einfuhr; für sie gingen 86 Mandate verloren, sodass die Fraktion nur noch aus 120 Mitgliedern besteht. Auch die Grünen/Bündnis 90 verzeichneten Einbußen; ihr Stimmenanteil

sank um 3,1 und beträgt nun 11,6%. Damit stellen sie nur noch 85 Abgeordnete (-33). Den fünften Platz belegt die Partei „Die Linke“ mit 8,8% (+3,9) und jetzt 64 Abgeordneten (+25); nachdem sie während des Wahlkampfes teils weit unter der 5%-Hürde gelegen hatte, gelang ihr in der Endphase eine fulminante Aufholjagd.

Hingegen verfehlte das von den Linken abgespaltene Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) den Einzug in den Bundestag mit 4,97% denkbar knapp, nachdem sich diese neue Partei nach Erfolgen bei drei Landtagswahlen in 2024 als neue politische Kraft (nicht zuletzt zu Lasten der Linken) zu etablieren schien. Die schwerste Niederlage erlitt jedoch die bisherige Regierungspartei FDP, die mit Verlusten von 7,1% auf 4,3% abstürzte und nicht mehr im Bundestag vertreten ist. Wie schon 2021 gelang es hingegen dem SSW, ein Mandat zu erreichen, die Partei der dänischen Minderheit erzielte über 76.000 Stimmen (0,2% auf Bundesebene). Von den bundesweit angetretenen Kleinparteien erreichten nur vier mehr als 0,2%, nämlich die in Bayern mitregierenden Freien Wähler (1,5%), die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (1,0%), Volt Deutschland (0,7%) und DIE PARTEI (0,5%).

Interessant ist die Altersverteilung: In der jungen Wählergeneration bis 24 Jahre wurde die Linke mit 25% die stärkste Partei, was nicht zuletzt auf die sehr erfolgreiche Medienpräsenz ihrer Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek zurückgeführt wird. Zweitstärkste Kraft bei der jungen Generation war mit 21% allerdings die AfD, während die 2021 in dieser Altersgruppe am erfolgreichsten Grünen und noch mehr die FDP deutlich verloren. Bei den 25-34jäh-

rigen wurde die AfD am meisten gewählt, ebenso in der Altersgruppe bis 44 Jahren, in letzterer aber nur knapp vor der Union. Diese wurde in den Altersgruppen über 45 die deutlich stärkste Partei, bei den über 70jährigen sogar mit über 40%. Auch die SPD war in den älteren Altersgruppen stärker als in den jüngeren.

In den fünf ostdeutschen Flächenländern dominierte die AfD und lag in einigen Wahlkreisen bei den Erst- und Zweitstimmen sogar deutlich über 40%. Lediglich in Potsdam und Leipzig-Süd musste sie bei den Zweitstimmen der CDU bzw. den Linken den Vortritt lassen, nach Erststimmen wurden diese beiden Wahlkreise von der SPD (mit Alt-Kanzler Olaf Scholz) bzw. den Linken (Sören Pellmann) gewonnen; Die Linke gewannen auch mit Ex-Ministerpräsident Bodo Ramelow das Direktmandat im Wahlkreis Erfurt. In Westdeutschland gewann die AfD hingegen kein Direktmandat, war aber in zwei Wahlkreisen (Gelsenkirchen und Kaiserslautern) die stärkste Partei nach Zweitstimmen. In Berlin war die AfD nur im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf die stärkste Partei, hier allerdings mit deutlichem Vorsprung bei den Erst- und Zweitstimmen. Überhaupt zeigt die Bundeshauptstadt das bunteste Bild aller Bundesländer, denn neben dem einen AfD-Direktmandat gewann die Linke vier Wahlkreise, die Grünen und die CDU je drei und die SPD einen.

In Bayern konnte die CSU alle Wahlkreise für sich entscheiden. Auch in Baden-Württemberg (bis auf drei für die Grünen), Rheinland-Pfalz und Hessen (bis auf je zwei für die SPD) dominierte die CDU eindeutig. In Nordrhein-Westfalen gewann die CDU ebenso wie im Saarland die Mehr-

heit der Wahlkreise, doch gelangen der SPD hier mehr Erfolge, vor allem in den Großstädten; die Grünen erlangten Direktmandate in Münster und in zwei Kölner Wahlkreisen. In Bremen gewann die SPD in beiden Wahlkreisen, in Niedersachsen hielten sich CDU und SPD die Waage. In Hamburg blieb die SPD am stärksten, die Grünen gewannen zwei und die CDU einen Wahlkreis.

Auch in Schleswig-Holstein dominierte die CDU, doch gingen die beiden Großstadt-Wahlkreise an die Grünen (Kiel) bzw. die SPD (Lübeck). Nach Erststimmen gewann die CDU neun Wahlkreise, doch stehen ihr nach dem Ergebnis der Zweitstimmen im Bundesland nur acht Sitze zu. Aufgrund des reformierten Wahlgesetzes, welches den Bundestag auf 630 Sitze begrenzt und Überhang- und Ausgleichsmandate nicht mehr vorsieht, musste die Wahlkreissiegerin mit dem geringsten Erststimmenanteil auf das Mandat verzichten. Dies traf Petra Nicolaisen, die den Wahlkreis Flensburg-Schleswig mit 26,5% der Erststimmen vor Robert Habeck gewinnen konnte. Das Gesamtergebnis in Schleswig-Holstein weicht nur geringfügig vom Bundestrend ab. Die CDU gewann mit deutlichem Vorsprung (27,6%, +5,5). Allerdings blieb die SPD trotz starker Verluste von 9,3% mit 18,8% vor der AfD. Die in Schleswig-Holstein bisher schwachen Rechtspopulisten blieben mit 16,3% zwar unter dem Bundesdurchschnitt, konnten aber um 9,5% zulegen. Mit 14,9% (-3,7) belegten die Grünen Platz vier. Dahinter folgt Die Linke mit 7,8% (+4,1), während die FDP mit Verlusten von 7,8% auch im nördlichen Bundesland mit 4,7% unter der 5%-Marke blieb. Der von der 5%-Sperrklausel befreite SSW

konnte sich um 0,9% auf 4,0% steigern und damit sein Mandat in Berlin für Stefan Seidler sichern. Das BSW blieb mit 3,5% unter dem Bundesdurchschnitt, ebenso mit 2,5% (-3,1) die übrigen Kleinparteien.

Im Wahlkreis Flensburg-Schleswig erhielt die CDU 24,9% der Zweitstimmen, die Grünen erreichten mit 16,0% den zweiten Platz knapp vor der SPD (15,9%) und der deutlich gestärkten AfD (15,3%). 10,7% gingen an den SSW, 8,3% an die Linke. Auch wenn Flensburg-Schleswig wegen der genannten Wahlgesetzesnovelle in der neuen Legislaturperiode zu den bundesweit relativ wenigen „verwaisten“ Wahlkreisen ohne Direktmandat zählt, schafften mit Robert Habeck und Stefan Seidler zwei Kandidaten aus dem Kreis den Einzug über die Landeslisten.

Das Ergebnis in der Stadt Flensburg unterscheidet sich deutlich von jenem in den kleineren Städten und Landgemeinden: In der Fördestadt gewannen die Grünen mit 30,3% trotz leichter Verluste die mit Abstand meisten Stimmen. Die CDU erreichte hier 18,0%, die SPD 14,5%. Die in der Stadt bisher kaum sichtbare AfD kam auf 13,8% der Stimmen, der SSW auf 11,1%. - In der Kreisstadt Schleswig wiederum hatte die SPD mit 23,0% die Nase vorn vor CDU und Grünen. In den ländlichen Gebieten dominierte jedoch die CDU deutlich.

Letzteres gilt auch für den Wahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen Nord: Mit 32,4% gewann CDU-Kandidat Leif Erik Bodin klar das Direktmandat per Erststimmen, mit 29,6% der Zweitstimmen hat die CDU zudem einen deutlichen Vorsprung vor der SPD (17,4%), der AfD (16,1%) und den Grünen (12,3%). Der SSW erreichte hier 8,0%, die Linke 6,2%, die FDP noch 5,0%. Ähnlich

sieht es im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde aus, wo sich der neue Außenminister Johann Wadephul mit 32,8% das Direktmandat sicherte. Die CDU wurde mit 29,3% der Zweitstimmen klar die stärkste Partei, gefolgt von SPD (17,7%), AfD (16,0%) und Grünen (14,3%). Die Linke liegt mit 6,3% knapp vor dem SSW (6,1%), die FDP kam auf 4,6%. Anders sah es in Kiel aus, wo Luise Amtsberg das Direktmandat mit 26,0% für die Grünen holte und ihre Partei mit 22,9% auch die meisten Zweitstimmen erlangte. CDU (19,8%) und SPD (19,3%) folgten auf den Plätzen, die AfD erreichte mit 10,8% ein unterdurchschnittliches Ergebnis und rangiert noch hinter den Linken (13,7%). Der SSW kam mit 3,8% auf einen ähnlichen Anteil wie die FDP (3,9%).

Auch im Ausland und nicht zuletzt in Dänemark war die Wahl zum Bundestag ein wichtiges Thema in den Medien. Bemerkenswert ist ein Kommentar des DR-Korrespondenten für EU und NATO Ole Ryborg am Wahltag (<https://www.dr.dk/nyheder/udland/valgityskland/i-dag-afgoer-tyskevaelgere-danmarks-fremtid>) mit der nicht minder bemerkenswerten Überschrift „I dag afgør tyske vælgere Danmarks fremtid“ (Heute entscheiden deutsche Wähler über Dänemarks Zukunft). In diesem forderte er die kommende deutsche Regierung auf, mehr Führungsverantwortung in Europa zu übernehmen, und wies darauf hin, dass Deutschland - anders als oft in kleineren Ländern vermutet - keineswegs dominant sei, dass man oft überstimmt werde und dass Deutschland keineswegs einig gegenüber den europäischen Partnern auftrete. Auch die weitere Entwicklung zur Regierungsbildung wurde in Dänemark mit einer so großen Aufmerk-

samkeit verfolgt wie schon seit langer Zeit nicht mehr. Gleiches gilt für die Wahl des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz am 6.5., die erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik erst im zweiten Anlauf gelang. Seither führt Merz eine Regierung aus Union und SPD an, der mit Außenminister Wadephul auch ein Abgeordneter aus der Region und mit Karin Prien die ehemalige schleswig-holsteinische Bildungsministerin angehört (GLS).

## Flaggengesetz mit breiter Mehrheit beschlossen

Nachdem der oberste dänische Gerichtshof (Højesteret) 2023 am Ende eines bizarren, sich über alle drei Gerichtsstufen erstreckenden Prozesses wegen des Aufziehens einer US-amerikanischen Flagge auf einem Privatgrundstück festgestellt hatte, dass es keine Rechtsgrundlage für die bisher praktizierte strenge Durchsetzung des Danebrog-Monopols gebe, wurde auf der Grundlage der bisher üblichen Flaggenregeln ein umfangreiches Gesetz beschlossen. Einzige Ausnahmen zur bisherigen Praxis, nach welcher außer dem Danebrog ohne ausdrückliche Genehmigung von Polizei oder Justizministerium lediglich die Flaggen von EU und UNO sowie der nordischen Bruderländer“ (Island, Norwegen, Schweden, Finnland) und der Territorien der Reichsgemeinschaft (Grönland, Färöer) gehisst werden dürfen, sind nun die deutsche Bundesflagge und jene der Bundesländer. Dies wurde hinzugefügt, um der deutschen Minderheit umständliche Genehmigungsgesuche zu ersparen, wenn offizieller Besuch aus Deutschland kommt (NOS 3.12; vgl. GFH 2/2023, S. 114f.).

## Grönland im internationalen Fokus

Wie kaum jemals zuvor steht das zur dänischen Reichsgemeinschaft (Rigsfællesskabet) zählende, größtenteils autonome Grönland im vergangenen halben Jahr im Blickpunkt. Zunächst erregte es Aufsehen, dass gegen Widerstände nicht zuletzt aus dem rechten Lager die Forderung erfüllt worden ist, dass die Abgeordneten Grönlands und der Färöer bei bestimmten Themendebatten im Folketing in ihrer Muttersprache sprechen dürfen und es eine Simultanübersetzung gibt (DR 12.12.).

Dass Grönland in den vergangenen Monaten zu einem zentralen Thema in der öffentlichen Debatte in Dänemark geworden ist, hat noch zwei andere Gründe. Zum einen sind die Stimmen aus Grönland lauter geworden, welche eine ehrliche Aufarbeitung der dänischen Kolonialpolitik fordern. Hatte vor einigen Jahren der Fall von Zwangsadoptionen grönländischer Kinder in den 1950er Jahren zu einer offiziellen Bitte um Entschuldigung der dänischen Regierungschefin bei den Überlebenden dieses lange verdrängten sozialen Experiments Aufsehen erregt, stand nun die Frage nach dem ungefragten und oft folgeschweren Einsatz von Spiralen zur Verhütung bei grönländischen Mädchen im Fokus (z.B. Information 28.11., TV2 20.1.). Eine heftige Kontroverse entbrannte um den DR-Dokumentarfilm „Grönlands hvide guld“ (DR 9.2.) über dänische Gewinne aus der ab 1854 vorgenommenen Ausbeutung grönländischer Kryolith-Vorkommen zur Aluminiumgewinnung; der Streit um einige Passagen und vor allem um die genannte hohe Summe des geschätzten Um-

satzes führte zur Entfernung des Films aus der DR-Mediathek und zur Entlassung des verantwortlichen Nachrichtenredakteurs Thomas Falbe-Hansen. Dies führte wiederum zu Kritik, nicht nur aus Grönland.

- Laut Umfragen des Instituts Voxmeter im Auftrag der Nachrichtenagentur Ritzau (12.-16.2.) betrachtet mehr als die Hälfte der dänischen Bevölkerung die Politik ihres Landes der letzten 300 Jahre gegenüber Grönland als fair, während nur ein Viertel diese kritisch bewertet. Aaja Chemnitz, grönländisches Folketingsmitglied der Partei Inuit Ataqatigiit, sieht darin ein klares Signal: „Das zeigt, dass es mehr Aufklärung über Dänemarks koloniale Vergangenheit und die erlittenen Ungerechtigkeiten braucht“ (NOS 22.2.).

In den internationalen Fokus ist Grönland aber vor allem durch die unverhohlenen erhobenen Ansprüche des neuen US-Präsidenten Donald Trump gerückt, der die dünn besiedelte flächengroße arktische Insel vorgeblich aus Gründen der nationalen und internationalen Sicherheit in die USA einverleibt sehen will. Unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe erregte die Meldung Aufmerksamkeit, dass die USA Spionageaktivitäten im als Teil der dänischen Reichsgemeinschaft zum NATO-Partner Dänemark gehörenden Grönland verstärken wollen. Daraufhin wurde der US-Botschafter einbestellt (DR 7.5.). Aktuell ist nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse in Bezug auf Grönland entwickeln werden.

## Grenzland und Europa

### 30 Jahre Schengener Abkommen

Am 26.3.1995 trat das Schengener Abkommen zur Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft in mehreren EU-Ländern in Kraft. Dänemark folgte genau sechs Jahre später, sodass 2001 die permanenten Grenzkontrollen in unserer Region entfielen. Doch kurzzeitig 2011 und fortlaufend seit 2016 gibt es ständige Grenzkontrollen, inzwischen in beide Richtungen, was immer wieder auf Kritik stößt. Der Europaabgeordnete Rasmus

Andresen fordert angesichts des Jubiläums zum Umdenken auf: „Statt nationaler Abschottungspolitik brauchen wir wieder mehr europäische Zusammenarbeit. Die aktuellen Herausforderungen, zum Beispiel bei den Themen Migration oder Klimaschutz, sind zu groß, um sie national zu lösen.“ Es stehe viel auf dem Spiel. „Das Schengen-Jubiläum wäre daher ein guter Anlass, um die Grenzkontrollen an unserer Grenze wieder abzuschaffen“, sagt Andresen (NOS 26.3.).

## Volkgruppen und Minderheiten

### Landesregierung erhöht Fördermittel für die deutsche Minderheit

Neben einer kontinuierlichen Anpassung der Landeszuschüsse für die deutsche Minderheit in Nordschleswig fördert Schleswig-Holstein fortan auch das Deutsche Museum für Nordschleswig. Letzteres kam zustande, nachdem sich das Land und Dänemark auf ein neues Konzept zur Förderung des vom SSF betriebenen Museums Danevirkegården geeinigt hatten (NOS 5.3.).

### Sprachencharta: Weiterhin keine Aktivität zur Verbesserung

Die deutsche Minderheit zeigt sich enttäuscht darüber, dass die dänische Regierung keine Anstalten macht, um weitere Punkte der europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zu erfüllen. Laut Kulturminister Jakob Engel-Schmidt gebe es dazu keine konkreten Pläne - obwohl der BDN bereits im September 2019 die damalige Regierung dazu aufgefordert hatte, neue Verpflichtungen zu übernehmen. Konkret hat der BDN 2019 vorgeschlagen, neue Initiativen für Deutsch in der Bildung, bei lokalen Behörden und im Justizwesen zu ergreifen, und dies 2022 noch einmal ergänzt. „Wir haben es der Regierung sehr leicht gemacht. Ich finde es peinlich, dass sie nicht die Chance

ergreift, ein solches Zeichen zur Stärkung der Minderheitenrechte zu setzen“, sagt Harro Hallmann, Leiter des Kopenhagener Sekretariats des BDN, und: „Der ganze Gedanke der Sprachencharta seitens des Europarates ist, dass die Staaten sie laufend weiterentwickeln und neue Verpflichtungen eingehen.“ Die Sprachencharta besteht aus einem Katalog von möglichen Initiativen, aus denen sich die Staaten aussuchen können, zu welchen von ihnen sie sich verpflichten möchten. Man muss jedoch mindestens 35 dieser Verpflichtungen übernehmen. Dänemark bildet das Schlusslicht unter den Staaten, die der Charta beigetreten sind (NOS 24.3.).

### **Bernd Fabritius erneut Minderheitenbeauftragter**

Wie schon 2018-22 übernimmt der Bundestagsabgeordnete Bernd Fabritius das Amt des Bundesbeauftragten für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten beim Bundesinnenministerium. In der Grenzregion wurde diese Personalentscheidung begrüßt, da der aus Siebenbürgen stammende Jurist als Experte auf diesem Gebiet angesehen wird und sich in seiner ersten Amtszeit hohes Ansehen erworben hat. Dies wird als umso wichtiger für Grenzregion und Minderheiten betrachtet, weil mehrere mit den Besonderheiten unserer Region vertraute Abgeordnete wie Petra Nicolaisen oder Sönke Rix dem Bundestag nicht mehr angehören. Amtsvorgängerin Natalie Pawlik wechselt als Staatsministerin in das von der bisherigen Bundestagspräsidentin Bärbel Bas geführte Arbeits- und Sozialministerium und fungiert als Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration.

### **Diskriminierungserfahrungen in Nordschleswig**

Im Folgenden geben wir einen Beitrag in der immerwährenden Diskussion über Diskriminierung wieder, den die 20-jährige angehende Landwirtin Dorthe Andresen aus Nolde, Angehörige einer alteingesessenen Familie aus der deutschen Minderheit, unter der Überschrift „Din skidetysker. Ta' hjem igen, din nazist!“ am 5.5. als Leserin in der überregionalen dänischen Zeitung „Politiken“ veröffentlicht hat. Drei Tage später brachte Der Nordschleswiger ihn in der hier wiedergegebenen direkt übersetzten deutschsprachigen Version, die wir nun nach Rücksprache mit der Verfasserin den Leser\*innen der Grenzfriedenshefte – Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog nahebringen möchten:

**„Verdammte Deutsche! Geh zurück nach Hause, du Nazi!“**

*Ich ducke mich. Meine Freundin auch.*

*Wir gehen in die 8. Klasse der deutschen Schule in Tingleff, und es besteht kein Zweifel daran, dass die Zurufe uns gelten.*

*Sie kommen von zwei Jungen in unserem Alter, etwa 14 oder 15 Jahre alt. Genau wie wir. Sie sind gerade aus der Schule gekommen. Genau wie wir. Sie warten auf den Bus. Genau wie wir. Als unser Bus, Nummer 678, kommt, müssen wir an ihnen vorbeigehen. Da ertönen die Rufe. „Nazi“, hallt es in meinem Kopf nach.*

*Bevor die Zurufe begannen, standen wir einfach nur da und warteten auf den Bus, unterhielten uns über den Unterricht und über all die anderen Dinge, über die sich Teenager-Mädchen eben so unterhalten. Aber wir taten das auf Deutsch, und die Bushaltestelle liegt direkt neben der dänischen Schule in Tingleff. Hier treffen zwei Welten*

*aufeinander. Täglich fliegen Blicke hin und her, täglich muss man an der „Armee“ dänischer Schüler vorbeigehen, die ebenfalls auf den Bus warten, und heute reichten den beiden Jungen anscheinend nicht ein paar wütende Blicke in unsere Richtung.*

*Meine Freundin und ich drehen uns um und schauen sie an. Sie flucht, aber so leise, dass nur ich sie hören kann. Ich selbst bin zunächst einfach nur verwundert. Doch dann werde ich traurig – und auch ein wenig wütend.*

*Auch Jahre später bin ich noch wütend, wenn ich an diese Situation zurückdenke. Und ich bin traurig. Traurig, dass meine Identität jemanden so provozieren kann. Wütend, weil ich offenbar nicht einfach ich selbst sein darf. Ich sehe mich nicht als Dänin, ich sehe mich nicht als Deutsche – ich sehe mich als Südjütin, als Nordschleswigerin. Ich habe viele Identitäten, doch offenbar können manche Dänen nur akzeptieren, wenn man ausschließlich Däne ist.*

*Ich habe in letzter Zeit oft an diese Episode gedacht – besonders im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über Rassismus gegenüber Grönländern. Viele berichten, dass sie in Dänemark wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden und dass Diskriminierung zum Alltag gehört.*

*Ich glaube ihnen das gerne. Wenn ich – die klischeehafte Dänin mit blondem Haar und blauen Augen – diskriminierende Zurufe auf der Straße erlebe, wie viel mehr Rassismus*

*müssen dann erst Grönländer erfahren?*

*Und nein, ich hatte an jenem Tag an der Bushaltestelle nicht einfach nur Pech. Es waren nicht nur zwei halbstarke Jungs in Südjütland, die sich mit Beleidigungen hervortaten. Meine Schwestern haben das Gleiche erlebt wie ich, und wenn man andere Menschen aus der deutschen Minderheit in Südjütland fragt, haben viele ähnliche Formen der Diskriminierung erfahren – allein deshalb, weil sie zur deutschen Minderheit gehören und Deutsch sprechen.*

*105 Jahre nach der Wiedervereinigung und 80 Jahre nach der Befreiung Dänemarks von Deutschland leben die großen Vorurteile immer noch in unserer Gesellschaft weiter. Für mich persönlich macht das die Suche nach meiner eigenen Identität schwerer. Ich bin aufgewachsen mit einer deutschen Mutter, einem dänischen Vater, der zur deutschen Minderheit gehört, ich werde im dänischen Schulsystem ausgebildet und habe Freunde und Familie auf beiden Seiten der Grenze. Was also ist meine Identität? Wer bin ich? Muss ich entweder deutsch oder dänisch sein? Warum fällt es den Dänen so schwer zu verstehen, dass Identität auch vielfältig sein kann?*

*Es ist erschreckend, dass wir im Jahr 2025 nicht weiter sind. Wir werben gerne damit, dass Dänemark ein offenes Land sei, in dem Platz für alle ist und niemand diskriminiert wird – doch vieles spricht dafür, dass das nicht die ganze Wahrheit ist.*

### Zuzug aus Deutschland nach Dänemark ungebrochen hoch

Der Trend der Wohnsitzverlagerungen von Deutschland nach Dänemark hält ungebrochen an. Mit Stand 1.1.2025 leben laut Danmarks Statistik aktuell 35.157 Menschen mit einem deutschen Pass im Königreich, was im Vergleich zu 2008 beinahe eine Verdoppelung bedeutet. Über ein Drittel von ihnen lebt in der Hauptstadtregion, zwei Drittel davon (aktuell 8.339) in Kopenhagen und der vom diesem komplett umgebenen Kommune Frederiksberg. Diese Zahl hat sich seit 2019 um ein Viertel erhöht. In Nordschleswig hat sich die Anzahl deutscher Staatsbürger im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Pandemie nahezu verdoppelt. Mit Stand 1.1.2025 sind 8.936 Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft in den vier Kommunen registriert, und zwar 3.822 in Apenrade, 2.469 in Sonderburg, 910 in Hadersleben und 1.735 in Tondern, wo es den höchsten Anstieg zu verzeichnen gibt (NOS 25.3.).

### Initiative für deutsch-dänischen Lehrlingsaustausch

Bei einem Besuch des Dänemark-Beauftragten der Landesregierung Johannes Callsen in Kopenhagen diskutierte dieser mit dem Unterrichtsminister Mattias Tesfaye u.a. über eine engere Zusammenarbeit in der Berufsausbildung. Der Minister sprach sich dafür aus, noch viel mehr Auszubildenden ein Praktikum im jeweiligen Nachbarland zu ermöglichen, um dort die neusten Entwicklungen kennen-

zulernen. Im Mai 2024 haben Dänemark und Deutschland eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich geschlossen. Sowohl Callsen als auch Tesfaye sehen darin eine gute Grundlage für eine engere Kooperation (NOS 11.12.).

### Schwieriger Schutz der Flensburger Förde

Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass der ökologische Zustand der westlichen Ostsee und insbesondere der Förden kritisch ist. In der Flensburger Förde und den angrenzenden Gewässern wie Alsensund und Augustenburger Förde soll nach langen kontroversen Diskussionen nun auch auf dänischer Seite verboten werden, nach den für das Ökosystem und insbesondere die Qualität des Wassers wichtigen Miesmuscheln mit Schleppnetzen zu fischen, welche die Muschelbänke beschädigen. Anfang Mai gab das Fischereiministerium bekannt, dass es schon ab Juli zum Ende dieser Fangmethode in der Förde und in anderen schützenswerten Gebieten kommen werde; das Welterbe Wattenmeer wurde allerdings nicht mit einbezogen. Auf deutscher Seite gibt es kein gesetzliches Verbot, doch haben die zuständigen Behörden seit vielen Jahren keine Genehmigungen mehr erteilt (SHZ 5.3., NOS 6.12.,11.3., 11.5).

## Erste E-Methanol-Großanlage der Welt in Apenrade im Betrieb genommen

Die erste E-Methanol-Großanlage der Welt in Apenrade wurde am 13.5. offiziell in Betrieb genommen. Zu den Abnehmern des grünen Methanols zählen zunächst die drei dänischen Unternehmen Mærsk (für den Betrieb des Containerschiffs „Laura Mærsk“), der Lego- und der Novo Nordisk Konzern. Später will der Betreiber auch

in Deutschland Kunden gewinnen. E-Methanol ist nahezu CO<sub>2</sub>-neutral und gilt vor allem in der Schifffahrt als aussichtsreiche Möglichkeit, um die hier gebräuchlichen fossilen Brennstoffe Schiffsdiesel und Schweröl zu ersetzen. Den Strom für den Betrieb der Anlage liefert ein nahegelegener Solarpark. Die Jahresproduktion ist zunächst auf 32.000 Tonnen geplant. Später sollen bis zu 42.000 Tonnen möglich sein (SHZ, 14.5.)

## Infrastruktur

### Flensburg sichert Buslinie nach Sonderburg

Auch im kommenden Jahr sichert die Stadt Flensburg finanziell ab, dass die Sydtrafik-Linie 110 Flensburg an das dänische Busnetz anbindet. Diese Linie nach Sonderburg ist, abgesehen von der gleich hinter der Grenze endenden Stadtbuslinie 1 die einzige grenzüberschreitende Busverbindung vor Ort. Im Zuge eines grotesken Streits hatte die Region Syddanmark sogar damit gedroht, die Linie bei Krusau enden zu lassen. Die Stadt Flensburg fordert jedoch das Land und den dänischen Staat auf, eine dauerhafte Lösung zu finden (SHZ 8.12.).

### Rücknahme überteuerter Fahrkartenpreise

Für Unverständnis sorgte die Feststellung, dass die Deutsche Bahn für Fahrten vom Flensburger Hauptbahnhof über die Grenze nach Pattburg 18 Euro verlangte. Bei einer Buchung über den Internetdienst der Dänischen Staatsbahnen lässt sich die 10km kurze Strecke für etwa 4 Euro bewältigen. Im Herbst hatte Flensburg Avis die Deutsche Bahn gefragt, warum der Ticketpreis auf der Strecke so ungewöhnlich hoch sei. Eine Bahnsprecherin sagte damals, man wolle damit verhindern, dass der Zug auf der kurzen, aber sehr nachgefragten Strecke überfüllt sei. Dies könne dazu führen, dass Passagiere, die eine lange Strecke zurücklegten, keinen Sitzplatz bekämen. Nach den Protesten passte die Deutsche Bahn den Preis ab dem 15.12. wieder an normale Verhältnisse an (FLA 9.12.).

## Westküstenbahn rollt wieder grenzüberschreitend

Nach sieben Monaten Unterbrechung fahren die Züge zwischen Niebüll und Tondern wieder über die Staatsgrenze. Der Neubau zweier Brücken hatte die Sperrung und das Ausweichen der Fahrgäste auf den Schienenersatzverkehr notwendig gemacht. Wegen der schwierigen Bodenverhältnisse, die durch lange Phasen mit feuchtem Wetter weiter erschwert worden waren, erwies sich der Neubau als technisch sehr anspruchsvoll und zeitintensiv (NOS 5.2.).

## Forderung nach Ausweitung grenzüberschreitender Tarifangebote

Der SSW fordert mit Unterstützung durch die SP, dass das bisher nur auf der Westküstenbahn zwischen Niebüll und Esbjerg und von dort weiter über Varde bis Nørre Nebel nutzbare Nachbarticket aus dem Nah.SH-Tarif auch im östlichen Landesteil eingeführt wird, und zwar mindestens zwischen Schleswig und Tingleff (über Flensburg-Pattburg) und von dort in Richtung Sonderburg. Bisher enden alle Nah- und Regionalverkehrsangebote an der Staatsgrenze. Die seit langem geforderte Einbeziehung Flensburgs in den Geltungsbereich der dänischen „Rejsekort“ wird von den Dänischen Staatsbahnen wegen angeblich zu geringer Nachfrage bisher

abgelehnt. SSW und SP fordern, den Blick auf andere Grenzregionen zu werfen, wo es seit vielen Jahren selbstverständliche grenzüberschreitende Verkehrsangebote gibt. So ist die besagte Rejsekort z.B. auf der gesamten Strecke über den Öresund bis Malmö nutzbar (FLA/NOS 26.3.).

## Beendigung der Briefzustellung durch die dänische Post

Die aus der staatlichen dänischen und schwedischen Post hervorgegangene PostNord hat angekündigt, die Zustellung von Briefen in Dänemark zum Jahresende ganz einzustellen. Da Anfang 2024 die staatliche Unterstützung ausgelaufen ist und die Zahl der versendeten Briefe in der jüngsten Zeit noch einmal drastisch gesunken ist, könne dies nicht mehr ökonomisch vertreten werden. Die Tarife waren zu Jahresbeginn abermals erhöht worden und betragen für Inlandspost bis 100g 29 Kronen, für Auslandspost (auch nach Deutschland) 50 Kronen, bis 250g sogar 100 Kronen. Ironischerweise feiert das dänische Postwesen in diesem Jahr sein 400jähriges Jubiläum. Im Zuge der Vorbereitung der Bundestagswahl hatte es Kritik an der Langsamkeit der grenzüberschreitenden Postzustellung gegeben, da Briefwahlunterlagen oft erst spät zu den deutschen Wahlberechtigten gelangten. PostNord will sich künftig auf den Paketdienst konzentrieren (NOS 6.3.).

### Deutsches Gymnasium für Nordschleswig weiterhin spitze

Wie in den Vorjahren bescheinigt die liberale Denkwerkstatt CEPOS dem in Apenrade gelegenen Gymnasium der deutschen Minderheit, dass es hinsichtlich der Förderung seiner Schülerinnen und Schüler zu den landesweit besten Schulen gehört. Bei dieser Untersuchung wird berücksichtigt, welches soziale Erbe die jungen Menschen mitbringen und welche Qualifikationen sie bis zum Abitur erlangen (NOS 2.2.).

### Weiter sinkende Bedeutung der deutschen Sprache in Dänemark

Der Apenrader Kommunalrat hat beschlossen, am frühen Start des Deutschunterrichts ab Klasse 3 an den öffentlichen Schulen festzuhalten. Im übrigen Dänemark beginnt der Unterricht in der zweiten Fremdsprache ansonsten erst in Klasse 6. Der Vorsitzende des Kinder- und Jugendausschusses Rasmus Elkjær Larsen ist weiterhin überzeugt davon, dass dies den Kindern nützen wird. Eine längere Unterrichtsperiode werde eine größere Natürlichkeit für Deutsch herstellen und den Kindern mehr Sicherheit in der Sprache geben.

Allerdings weisen viele Indikatoren trotz der ständig wiederholten Forderung aus Wirtschaftskreisen, dass gute Deutschkenntnisse wegen der zahllosen Verbindungen ins Nachbarland von immenser Bedeutung seien, ungebrochen in die entgegengesetzte Richtung: An den Gymnasien und auch an den Hochschulen ist das

Fach Deutsch immer weniger beliebt. Die Zahl der Studierenden, die das Fach wählten, ist seit 2016 um 42 Prozent gefallen - von einem ohnehin niedrigen Niveau aus. Selbst in Grenznähe nimmt die Zahl der Lernenden ab, etwa an den gymnasialen Ausbildungen in der Kommune Apenrade wie Staats- und Handelsgymnasien. Lediglich an den entsprechenden Institutionen in der Kommune Tondern steigt der Anteil. Allerdings werden die Deutschkurse an den grenznahen gymnasialen Ausbildungsstätten häufig von Schülerinnen und Schülern frequentiert, die aus der dänischen Minderheit südlich der Grenze oder aus der deutschen Minderheit kommen. Während diese in den Deutsch-Fremdsprachenkursen leicht gute Zensuren erreichen, erschweren sie zusätzlich die Lernmöglichkeiten für diejenigen, die wirklich Deutsch lernen möchten. Deutsch gilt wegen seiner komplizierten Grammatik ohnehin als weit schwerer erlernbar als Englisch, dessen Bedeutung als „Lingua franca“ durch die weitere internationale und nicht zuletzt mediale Vernetzung noch weiter zugenommen hat. - Laut einer Befragung, die unter Deutschlehrerinnen und -lehrern durchgeführt wurde, trägt der frühe Sprachen-Start zudem nur sehr gering dazu bei, dass die Kinder besser Deutsch lernen - obwohl die Lehrenden das große Potenzial wohl erkennen würden. In der Praxis fehlt es jedoch an ausgebildeten Deutschlehrerinnen und -lehrern; Deutsch wird vielfach fachfremd unterrichtet (NOS 4.3.).

## Immer mehr Heimunterricht in Nordschleswig

Die Beobachtung, dass immer mehr Menschen in Nordschleswig – und vor allem Zugezogene aus Deutschland – ihren Kindern Hausunterricht erteilen, sorgt für kontroverse Debatten. Kritisiert wird unter anderem, dass den Kindern die Integration in die neue Umgebung erschwert werde. Bei der deutschen Minderheit will man sich dagegen verwahren, dass Zugezogene sich z.B. in Fragen des Sprachunterrichts auf die für die anerkannte autochthone deutsche Minderheit in Nordschleswig berufen und z.B. zu wenig Dänisch lernen oder nicht mit der Minderheit und Dänemark vereinbare Werte ver-

mitteln. Da es in Dänemark ausdrücklich keine Schulpflicht, sondern eine Unterrichtspflicht gibt, ist der Hausunterricht möglich. Examen müssen an Regelschulen abgehalten werden. Die Schulaufsichten der vier nordschleswigschen Kommunen haben angesichts einer markant steigenden Anzahl von Kindern, die zu Hause unterrichtet werden, das Unterrichtsministerium um Unterstützung gebeten, da sie ihrer Aufsichtspflicht kaum noch nachkommen könnten. Allein in der Kommune Tondern werden aktuell 50 Kinder zu Hause unterrichtet, davon nicht weniger als 44 aus Deutschland (DR 14.2., viele Berichte ab 10.2. in NOS).

## Geschichte und Erinnerungsorte

### Streit um Holocaust-Gedenktag in der Marineschule Flensburg-Mürwik

In einem offenen Brief an die Landtagspräsidentin Kristina Herbst hat die „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten- und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein“ die Entscheidung kritisiert, die alljährlich vom Landtag ausgerichtete zentrale Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 in der Marineschule Flensburg-Mürwik zu veranstalten. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes am ausgewiesenen Täterort in Mürwik zu praktizieren und damit möglicherweise auch den auf einen rein militärischen Kontext zu reduzieren“, hieß es in diesem Brief. Kritisch sah die Lan-

desarbeitsgemeinschaft vor allem auch die Entscheidung, das Auschwitz-Gedenken terminlich mit dem 80. Jahrestag des Kriegsendes zu vermischen. Sie forderten den Landtag dazu auf, an beide Ereignisse ihrer historischen Bedeutung gemäß zu den jeweiligen Daten im Januar und Mai getrennt zu erinnern.

In der sich daraufhin entwickelnden öffentlichen, von Institutionen und Einzelpersonen geführten Diskussion sah auch Prof. Gerhard Paul, Flensburg, die Wahl des Veranstaltungsorts kritisch. Paul hat kürzlich ein bemerkenswertes Buch über die letzten Tage der Reichsregierung unter Admiral Karl Dönitz in Flensburg vorgestellt und übt deutliche Kritik an der von der Marineschule bisher betriebenen Aufarbeitung der Geschichte des eigenen

Hauses. In seinem öffentlichen Brief an die Landtagspräsidentin heißt es: „In jedem Fall eignet sich kaum ein Ort in Schleswig-Holstein weniger für ein Gedenken an die Opfer des NS-Regimes als die Marineschule in Mürwik. Wäre die Marineschule in Mürwik ein Ort, an dem vorbildhaft und wegweisend die NS-Geschichte aufgearbeitet worden wäre, könnte ich Ihre Entscheidung anders sehen.“ Der Kieler Marinehistoriker Dieter Hartwig hielt fest, dass mit der Wahl der Marineschule Mürwik als Veranstaltungsort „der Massenmord bagatellisiert“ werde. Es wäre besser gewesen, als Veranstaltungsort den Landtag in Kiel oder eine der Gedenkstätten wie etwa die Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund (die ehemalige Außenstelle des Konzentrationslagers Neuengamme) zu wählen.

Marc Bruggeln, Historiker und Professor für regionale Zeitgeschichte und Public History an der Europa-Universität Flensburg, bezeichnete die Marineschule ebenso als einen Täterort. Mit Blick auf den für den von ihm mit großem Interesse erwarteten Gedenkvortrag des Militärhistorikers Prof. Sönke Neitzel fügte er jedoch hinzu, dass auch in Mürwik an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert werden könne, „wenn er [Neitzel] eine angemessene Rede hält, spricht nichts dagegen.“ Ähnlich sah es der „Landesverband der jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein“, ungeachtet mehrerer Gegenstimmen aus der Mitgliedschaft („Dieser Ort geht gar nicht. Das ist völlig daneben!“) Dessen Beauftragter für Antisemitismus Walter J. Pannbacker erklärte zwar, dass der Veranstaltungsort mit ihm nicht abgesprochen worden und er verwundert dar-

über gewesen sei. Dennoch gewann er der Entscheidung eine positive Seite ab. So könne gezeigt werden, dass Mürwik eben kein Wallfahrtsort für die Ewiggestrigen mehr sei, zumal sich die Rolle des Militärs gewandelt habe, was gerade bei dieser Feier deutlich werden könne.

Landtagspräsidentin Kristina Herbst hielt gegenüber den Kritikern fest, dass sich „aus ihrer Sicht“ die Bundeswehr und die Marineschule mit der Aufarbeitung der Mürwiker Geschichte beschäftigt habe. Bei der Gedenkfeier verteidigte sie nochmals die Wahl des Veranstaltungsortes: Es gebe keine „einfachen Orte deutscher Geschichte. Dazu gehöre auch die Marineschule, „wo in letzter Konsequenz der Krieg verlängert“ worden sei. Mürwik sei aber auch der Ort, „wo 1956 der Aufbau der nachkriegsdeutschen Marine begann, die jedem Angriffskrieg abgeschworen habe“ (SHZ 18./19.1., 21.1., 28.1.).

## 70 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Mit einem deutsch-dänischen Festakt auf Schloss Gottorf (Schleswig) wurde der 70. Jahrestag der Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen gewürdigt. Ministerpräsident Daniel Günther erinnerte in seiner Ansprache: „Die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen markieren einen weitreichenden und bis heute für die Grenzregion prägenden Paradigmenwechsel – und zwar zum Guten. Sie haben eine Minderheitenpolitik begründet, die einen Austausch auf Augenhöhe vorsieht. Dank ihr konnten und können die Minderheiten in der Grenzregion ihre Kultur schützen und ihre Identität bewahren.“ Dabei lobte er ausdrücklich die aktive Mitarbeit der

Minderheiten in der gesamten Grenzlandarbeit. Als jüngsten Fortschritt würdigte er die Einrichtung des Cross Border Panels, welcher als ständiger Rat den Abbau von Grenzhindernissen voranbringen soll (siehe Beitrag im Hauptteil dieser Ausgabe). Der scheidende deutsche Botschafter in Dänemark Pascal Hector hob hervor: „Jede Reise, jeder Austausch mit unseren Minderheiten in Nord- und aus Südschleswig, aber auch die Treffen und Gespräche mit Mehrheitsbevölkerungen in der Grenzregion waren beeindruckende und positive Erlebnisse.“ Heute sei Vertrauen der entscheidende Begriff für das erfolgreiche deutsch-dänische Minderheitenmodell, für das Zusammenleben im Grenzland und für die deutsch-dänische Nachbarschaft. In einer Welt im Umbruch würden beide Länder nun noch enger zusammenrücken, betonte Hector. Sein Amtskollege in Berlin, der dänische Botschafter Thomas Østrup Møller, würdigte die Erklärungen von 1955 als „das richtige Hilfsmittel aus der diplomatischen Werkzeugkiste“, um einen Lösungsweg für die damalige Minderheitenfrage zu finden: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“

In seiner Festrede erinnerte der Professor am dänischen Institut für internationale Studien Hans Mouritzen daran, dass erst besondere Umstände das deutsch-dänische Grenzland zum Erfolgsmodell machen konnten. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen erfüllten bescheidene Anforderungen: Keine Autonomie, aber Gleichberechtigung und Unterstützung für das kulturelle Leben; Gesinnung statt Sprache als Ausgangspunkt für die Zugehörigkeit, also „Minderheit ist, wer will“ – und ein Nationalgefühl statt Nationalismus. Mouritzen

wies aber auch auf die guten Grundvoraussetzungen mit im Vergleich zu anderen Konfliktregionen weniger starken Gegensätzen und die besonderen historischen Bedingungen hin, welche den Erfolg des 1955 gefundenen Modells erheblich erleichtert hätten. Deshalb solle man vorsichtig mit der Betonung eines angeblichen Vorbildcharakters sein, auch wenn man die guten Seiten dieser Lösung in heutigen Konfliktregionen durchaus vermitteln sollte: „Doch statt unrealistischer Exportversuche sollte vielleicht mehr mit anderen ‚Erfolgsregionen‘ zusammengearbeitet werden, um diese Erfolge zu erhalten und weiter auszubauen.“ (NOS 29.3.).

Der frühere Nordschleswiger-Chefredakteur Siegfried Matlok hatte zwei Tage zuvor daran erinnert, dass sein Vorgänger Ernst Siegfried Hansen im Leitartikel vom 31.3.1955 die Erklärungen als „Magna Charta der Minderheiten“ bezeichnet und auf den demokratischen Geist derselben hingewiesen hätte, der in den Grundgesetzen beider Staaten verankert sei. „Diese Erklärungen seien nicht wie zwei Goldmünzen gegeneinander abzuwägen, es bleibe – so Hansen – den Menschen im Grenzland selbst auferlegt, eine Praxis zu schaffen, die vom guten Willen aller Beteiligten abhängt“. Matlok verweist damit auf die aus heutiger Sicht geradezu prophetische Ansage Hansens. In der Region selbst und vor allem in den Minderheiten habe man damals noch eine ganz andere Tagesordnung gehabt. Der Beitrag, in welchem Matlok den gesamten Weg zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die internationalen Begleitumstände veranschaulicht, ist hier zu finden:

<https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-daenemark-politik-deutschland-suedschleswig-meinung-leitartikel/magna-charta-1955> (NOS 27.3.).

## Acht lokale Museen ausgezeichnet

In einem Festakt im Jüdischen Museum Rendsburg erhielten acht Einrichtungen von Kulturstaatssekretär Guido Wendt die Auszeichnung „Zertifiziertes Museum“. Diese sind das Industriemuseum Kupfermühle, das Stadtmuseum Schleswig, das Dr.-Carl-Häberlin-Friesenmuseum in Wyk auf Föhr, das Museum Landschaft Eiderstedt in St. Peter-Ording, das Jüdische Museum in Rendsburg, das Künstlermuseum Heikendorf an der Kieler Förde und das Schloss Eutin. Für ihre Zertifizierung haben sich die ausgezeichneten Museen im vergangenen Jahr einem intensiven Qualitätsmanagement gestellt: Fortbildungen vom Sammlungsmanagement über Klimaschutz und Nachhaltigkeit bis hin zur Notfallplanung wurden absolviert und das Leitbild, Museums- und Sammlungskonzept überarbeitet (FLA/NOS 3.2.).

## 450 Jahre deutschsprachige St. Petri-Gemeinde

Mit einem Festgottesdienst wurde der 450. Jahrestag der Gründung der deutschsprachigen Gemeinde in Kopenhagen gewürdigt. Unter König Frederik II. war diese am 20.2.1575 gegründet worden. Zehn Jahre später stellte er ihr die im Zuge der Reformation verwaiste alte Stadtkirche St. Petri zur Verfügung. Die Petri-Gemeinde ist die einzige deutsche Gemeinde der dänischen Volkskirche. Die Kirche ist heute die ältes-

te erhaltene in der Kopenhagener Innenstadt (NOS 23.2.).

## Erinnerung an eine ermordete Sinteza in Quern (Angeln)

In Anwesenheit der Enkeltochter, zahlreicher Einwohner und Ehrengäste, u. a. der Minderheitenbeauftragte und Dänemark Bevollmächtigte des Ministerpräsidenten, Johannes Callsen, wurde der Öffentlichkeit am 3. Mai in Quern (Kreis Schleswig-Flensburg) eine Informationstafel übergeben, die an den Leidensweg der Sinti-Familie Rose erinnert. Katharina Rose, geb. 1903 in Bischleben bei Gotha, lebte dort mit ihren beiden Kindern zusammen mit ihrem Lebenspartner, dem Betonarbeiter Christian Petersen in dem Straßendorf Schiol. Heiraten war den beiden verboten. 1937 kam eine gemeinsame Tochter zur Welt. Katharinas Rose wurde von NS-Institutionen als „Zigeunermischling“ eingestuft und nach einer zweiten, im März 1941 aufgrund einer Denunziation erfolgten Verhaftung in ein Speziallager des Konzentrationslagers Ravensbrück zur Zwangsarbeit deportiert. Sie starb dort nach langer Leidenszeit am 13. Juni 1944, offizielle Todesursache war eine Lungentuberkulose. Ihre Asche wurde auf dem Friedhof in Quern bestattet. Die Kinder überlebten, fanden aber erst 1961 wieder zusammen. Die Gedenktafel, mit entwickelt und gestaltet vom Historiker Sebastian Lotto-Kusche (Europa-Universität Flensburg), soll darin erinnern, dass die Verfolgung der Sinti und Roma auch in unmittelbarer Nachbarschaft vor sich ging. Sie solle zudem eine Mahnung an die heutige Gesellschaft sein, dass sich die vom Rassenwahn und Willkür geprägte Zeit nicht wiederholen dürfe (SHZ, 4.5.).

## Stolpersteine für erschossene Marinesoldaten in Flensburg

In der Fördestraße in Flensburg wurden vor dem Gelände der Marineschule Mürwik elf Stolpersteine verlegt, die am einstigen Sitz der letzten Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz an die am 5.5.1945 an Bord des Minensuchbootes M 612 vor Sonderburg erschossene Mariensoldaten erinnern. Diese „wegen militärischen Aufruhrs“ hingerichteten jungen

Männer zählen mit zu den letzten Opfern der deutschen Militärjustiz. Eine dazu gehörende Stolperschwelle gibt Auskunft über das damalige Geschehen. Im Sonderburger Hafengebiet informiert seit 2020 eine Gedenktafel an dieses Ereignis. Siegfried Lenz verarbeitete das Geschehen 1984 in seiner Erzählung „Ein Kriegsende“. In den Grenzfriedensheften (GfH 2/1997) sind dazu ebenso ausführliche Beiträge erschienen (SHZ,15.5.).

## Die Grenzfriedenshefte von 1953 bis heute

70 Jahre Deutsch-Dänische Geschichte  
zum Nachlesen in unserem Online-Archiv unter  
[www.dein-ads.de/deutsch-daenische-grenzlandarbeit/  
die-ads-grenzfriedenshefte](http://www.dein-ads.de/deutsch-daenische-grenzlandarbeit/die-ads-grenzfriedenshefte)



# BUCHHINWEISE

## Norddeutsches Wattenmeer

**Hansjörg Küster**

**Das Watt**

**Wiege des Lebens**

**München: C.H. Beck 2024. 238 S.**

Der Pflanzenökologieprofessor Hansjörg Küster ist im Februar 2024 verstorben. Sein Buch „Das Watt“ ist posthum erschienen. Küster hinterließ ein umfangreiches Werk. Besonders in seinen populärwissenschaftlichen Büchern verdeutlichte er, wie landschaftliche Gegebenheiten die Besiedlung durch den Menschen beeinflussten und wie wiederum die menschliche Nutzung die Landschaften veränderte. In seinen Werken spannt er weite Bögen, von den Kräften von Wasser, Wind und Eismassen, die Landschaften physisch formten, bis hin zur menschengemachten Gegenwart. So ist auch „Das Watt“ aufgebaut. Nach zwei einleitenden Kapiteln, in denen Küster unter anderem seine persönliche Beziehung zum norddeutschen Wattenmeer beschreibt, führt er die Lesenden durch die Tier- und Pflanzenwelt, Nahrungsnetze, menschliche Besiedlung, Eindeichung, Landgewinnung, Sturmfluten und schließt mit einem Vorschlag für eine elftägige Reise durch die norddeutsche Kultur- und Naturlandschaft.

Obwohl das Buch eine schöne Lektüre ist, hat es auch Schwachstellen. Vielleicht war es nicht richtig fertig geworden – einige Kapitel erscheinen etwas inkohärent und sprunghaft. Die Abschnitte zu ökologischem Gleichgewicht und Nachhaltigkeit verwenden unausgesprochene Definitionen, die nicht immer nachvollziehbar sind und stellenweise ein Gefühl der Orientierungslosigkeit hinterlassen. Auffällig ist auch, dass nur wenige aktuelle Quellen verwendet wurden – der Großteil stammt aus den 1960er- bis 1990er-Jahren. Daher sollte man sich nicht auf alle Definitionen und wissenschaftlichen Aussagen in dem Buch ungeprüft verlassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Buch besonders für Leserinnen und Leser empfehlenswert ist, die sich über das Watt aus zahlreichen Perspektiven belezen möchten – möglicherweise als Begleitlektüre zu einer Reise. Fachleute könnten hingegen von der mangelnden Aktualität der wissenschaftlichen Erkenntnisse enttäuscht sein. Der Autor hat es jedoch überzeugend geschafft, seine Faszination für das Watt in Worte zu fassen, was das Buch insgesamt zu einem schönen Leseerlebnis macht.

**Hanna Weise**

# Biografie über Dänemarks ersten absolutistischen Monarchen

**Lars Christensen**

**Frederik 3. Fra afmagt til enevælde  
Kopenhagen: Kristeligt Dagblads  
Forlag. 659 S.**

Friedrich III. zählt vermutlich zu den dänischen Königen, denen Historiker im Verhältnis zu ihrer Bedeutung am wenigsten Beachtung geschenkt haben. In erster Linie liegt dies vermutlich daran, dass Friedrichs Vater, Christian IV., soviel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, was mit dem dramatischen Leben um seine Person, seinen zahlreichen Frauen und Kindern, mit den markanten Bauwerken, die er hinterließ, und mit seiner Langzeitherrschaft in Verbindung steht. Friedrich III. hingegen führte den Absolutismus ein, was auf den ersten Blick vielleicht weniger spektakulär erscheint, jedoch weitreichende und nachhaltige Folgen hatte. Mit dieser neuen, sehr umfangreichen Biografie über Friedrich III. trägt Lars Christensen dazu bei, dieses Ungleichgewicht zu korrigieren.

In seinen ersten Lebensjahrzehnten war nicht vorgesehen, dass Friedrich III. König werden sollte. Sein älterer Bruder Prinz Christian war als der Thronerbe Christians IV. auserkoren. Friedrich hingegen wurde Fürstbischof von Bremen. Als Christian IV. im Jahr 1648 starb, war Prinz Christian jedoch im Jahr zuvor ohne Nachkommen verstorben, und Friedrich hatte seine norddeutschen Gebiete im Zuge des Krieges verloren, der üblicherweise Torstenssonkrieg 1643-1645 genannt wird. Friedrich und seine Gemahlin, Sophie Amalie,

mussten daraufhin Aufenthalt in Flensburg nehmen, und Friedrich erhielt den Titel Statthalter für Schleswig-Holstein.

Als Friedrich III. im Jahr 1648 König und Sophie Amalie Königin wurde, kamen sie aus einer leicht geschwächten Position, verglichen mit einer Reihe enger Mitarbeiter Christians IV., darunter Friedrichs Schwäger, zu denen Corfitz Ulfeldt als der Herausragendste zählte. Er war mit Friedrichs Halbschwester Leonora Christine verheiratet, die Sophie Amalies Erzfeindin war und blieb, weshalb sie knapp 22 Jahre im Gefängnis im Blauen Turm des Schlosses Kopenhagen verbrachte. Allmählich manövrierte Friedrich III. seine internen Gegner aus, und nach großen militärischen Niederlagen der Schweden führte er den Absolutismus im Jahr 1660 ein. Dies führte zu einer gewaltigen Stärkung der formellen und realen Macht sowie zur Einführung der Primogenitur – der Thron wurde damit automatisch an den ältesten Sohn des Königs vererbt. Zehn Jahre lang war Friedrich III. somit absolutistischer König, bis er im Februar 1670 an Lungenentzündung starb. Sophie Amalie lebte bis 1685.

Die Darstellung von Friedrich III. im Buch ist überwiegend positiv. Nicht nur ist Lars Christensens Buch eine Biografie über Friedrich III., sondern auch eine Darstellung der innen- wie außenpolitischen Entwicklungen des 17. Jahrhunderts. Der komplizierte Verlauf des Dreißigjährigen Krieges mit Dänemarks Beteiligung ist sehr ausführlich beschrieben, und in dieser Hin-

sicht ist das Buch eine beeindruckende Leistung. Doch beim Lesen fragte sich der Rezensent oft, ob ein Lektorat überhaupt vorgenommen wurde. Der Umfang des Buches hätte vor allem quantitativ redigiert werden müssen, damit Lesende nicht zunächst mehr als 100 Seiten über Christian IV. zu bewältigen haben, bevor Friedrich III. endgültig die Bühne betritt. Selbstverständlich muss der Hintergrund erläutert werden. Das Spiel um den Erzbischofssitz

in Bremen und die anderen norddeutschen Bistümer gehört ins Buch, doch dieser Teil der Darstellung ist allzu detailliert. Es fehlt der Fokus auf die Person Friedrichs III., und dadurch wird das Buch auch übermäßig lang. Der Kontext sollte nicht in gleicher Weise umfassend beschrieben werden wie die Hauptperson. Das Buch wäre doppelt so gut, wenn es nur halb so dick wäre!

**Mikkel Leth Jespersen**  
Übersetzung: Ruth Clausen

## Dänemarks Kolonialgeschichte

**Florian Jungmann, Martin Krieger (Hg.)**  
**Dänemark als globaler Akteur**  
**17.–20. Jahrhundert. Koloniale**  
**Besitzungen und historische**  
**Verantwortung**  
**Kolonialismus und postkoloniale**  
**Perspektiven, Nr. 3**  
**Kiel: Solivagus Præteritum 2024. 314 S.**

Dieser 2024 von Florian Jungmann und Martin Krieger herausgegebene Sammelband beleuchtet in einer facettenreichen Darstellung die kolonialen Verflechtungen Dänemarks. Darin werden zunächst jüngste Ereignisse wie beispielsweise die Black Lives Matter-Bewegung angeführt, die ihren Ursprung in historischen Vorgängen hat und Teil kolonialer Kontinuitäten ist. Dänemark besaß in genanntem Zeitraum Kolonien in Indien, der Karibik, an der afrikanischen Westküste sowie im Nordatlantik. Mindestens seit dem Verlust Schleswig-Holsteins 1864 strebte Dänemark zunehmend an, ein national homogener Kleinstaat zu werden. Damit ein-

hergehend rückten die Erinnerungen an eine imperiale Vergangenheit sowie an einer Beteiligung am Handel mit versklavten Menschen in den Hintergrund. Erst jüngere Forschungsprojekte widmen sich wieder diesem bedeutenden Aspekt nord-europäischer Geschichte und beleuchten sowohl historische Ereignisse als auch deren anhaltende Wirkungen.

Der Sammelband ist in fünf Hauptkapitel unterteilt: Strukturen und Menschen, Nordatlantik, Indien, Ghana und Jungferninseln. Diese bieten tiefgehende Einblicke in die koloniale Geschichte des Landes sowie einzelner aktiver Akteure. Besonders bemerkenswert ist die ganzheitliche Betrachtung der dänischen Kolonialgeschichte, die nicht nur auf das Kolonisieren anderer Länder und die Versklavung von Menschen fokussiert, sondern auch die Diversität von einhergehendem Handel, Politik und Wirtschaft aufzeigt. Bevor der Sammelband die jeweiligen Länder und deren Kolonialgeschichte im Kontext Dänemarks erörtert, setzt sich der erste

Aufsatz mit der Definition und Entstehung von Kolonien im Allgemeinen auseinander, worin die zugrundeliegenden Machtstrukturen mitsamt einhergehender Machtverteilung thematisiert werden. Anschließend werden in den darauffolgenden Beiträgen verschiedenste Aspekte exemplarisch geschildert. Unter anderem wird die europäische Kolonialpolitik mitsamt der damaligen Perspektive von Europäern betrachtet und deren Blick auf schwarze versklavte und nach Europa gebrachte Menschen gelenkt sowie kritisch kontextualisiert. Die Rolle Dänemarks im transatlantischen „Sklavenhandel“ sowie die Verflechtung Flensburgs wird dabei ebenfalls beleuchtet.

Zudem wird die Frage nach der heutigen Verantwortung gegenüber den einst Beherrschten gestellt. Diese Frage kommt durch den globalen und interdisziplinären Ansatz des Sammelbandes besonders zur Geltung, was sich auch in der vielfältigen

Autorenschaft widerspiegelt. Verfasser:innen aus Dänemark, Island, Deutschland, Indien und Ghana haben sich in dem Werk zusammengefunden, um die koloniale Geschichte Dänemarks aus verschiedenen Perspektiven zu erörtern. Alle Aufsätze weisen eine Gemeinsamkeit auf, nämlich, dass sie Dänemark als Teil eines Systems abbilden, das primär auf Ausbeutung anderer Länder und deren jeweiliger Bevölkerung basierte.

Hervorzuheben ist die Zeitleiste im hinteren Teil des Sammelbandes, die einen chronologischen Überblick über die behandelten Ereignisse bietet und es den Lesenden erleichtert, die komplexen historischen Zusammenhänge nachzuvollziehen. Auf diese Weise wird das Verständnis für die weitreichenden Auswirkungen der Kolonialgeschichte auf die heutige Gesellschaft deutlich gefördert.

**Luzie Metzdorf**

## Porträt einer norddeutschen Patrizierfrau

**Hilde Kähler-Timm**

**Lene Woldsen**

**Ein Leben in bewegten Zeiten**

**Husum: Husum Verlag 2024. 117 S.**

Hilde Kähler-Timm, als Kinder- und Jugendbuchautorin bekannt, ist bei Recherchen für eine Arbeit über Theodor Storm und dessen Vetter Fritz Stuhr auf einen Briefwechsel von Storms Tante Magdalena, genannt Lene, Woldsen gestoßen. Die Briefe der jungen Lene an ihre gleichnamige

Mutter in Husum, sowie an verschiedene Verwandte und ihren Verlobten Jakob Stuhr befanden sich in einer zierlich bestickten Mappe. Die Briefe sind in der Originalform wiedergegeben und zeichnen zusammen mit den Äußerungen ihres Neffen Theodor Storm ein Gesamtbild der Person, der Zeit und dem sozialen Stand einer Frau Anfang/Mitte des 19. Jahrhunderts.

Lene Woldsen (geb. 1791) entstammte einer Patrizierfamilie in Husum. Ihr Vater besaß eine Zuckerfabrik und Lene wuchs

wohlbehütet in der Hohlen Gasse in Husum auf. Zur weiteren Erziehung und Ausbildung wurde Lene als 17-Jährige nach Kiel geschickt, wo sie bei einer Theologenfamilie wohnte und sich in die Kieler Gesellschaft gut einlebte.

Die beiden entfernt verwandten Familien Stuhr in Flensburg und Woldsen in Husum fädelten Lenes Vermählung mit Jakob Stuhr (geb. 1784) ein. Lene fügte sich als gehorsame Tochter und kam so als Gattin des Kaufmanns Jakob Stuhr nach Friedrichstadt, wo er eine Mühle betrieb und später eine Essigfabrik gründete. Lene machte mehrere Schwangerschaften

durch; es überlebte aber nur der Sohn Fritz (geb. 1813), der zum Lebensinhalt seiner Mutter wurde.

Die letzten Jahre ihres Lebens verbrachte Lene in einer privaten psychiatrischen Klinik in Schleswig, da sie zunehmend demenz wurde. Lene starb 74-jährig im Jahre 1865.

Lene Woldsens Leben spielte sich vor dem Hintergrund der schleswig-holsteinischen Geschichte ab, die immer wieder Einfluss nahm auf das Schicksal dieser Frau, so wird das allgemeine Zeitgeschehen mit Privatem verbunden.

**Ilse Friis**

## Kapitänsfrauen im 19. Jahrhundert

**Mikkel Leth Jespersen**

**Kvinde om bord**

**Kaptajnsfruere på de syv verdenshave**

**Aarhus: Aarhus Universitetsforlag 2024.  
313 S.**

Mikkel Leth Jespersen, Experte für die Seefahrtsgeschichte Nordschleswigs, hat für sein Buch eine interessante Quelle herangezogen: Tagebücher in dänischer und deutscher Sprache, verfasst von Kapitänsfrauen aus Nordschleswig, die ihre Männer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf deren Seereisen begleiteten und ihre Erlebnisse auf den sieben Weltmeeren schriftlich festhielten.

Mit seiner narrativen Erzählweise folgt der Autor dem Trend in der Geschichtsschreibung, Geschichte erlebbar und greifbar zu machen. Mit dem dramatischen Präsens als Erzähltechnik fühlen sich die Lesen-

den direkt ins Geschehen hineinversetzt und erhalten dabei Einblick in die alltägliche Gedanken- und Gefühlswelt von zehn Frauen aus dem Apenrader und Sonderburger Raum. Anschaulich schildert Leth Jespersen, wie sich die Frauen auf den Weg machten, in dem Wissen, die Heimat oft für mehrere Jahre zu verlassen – und verbunden mit dem nicht geringen Risiko, diese eventuell nicht wiederzusehen. Die Lesenden folgen den Kapitänsfrauen nach Südamerika, Südafrika, Asien und Ozeanien; die multiperspektivische Erzählweise erfordert Aufmerksamkeit, um den Überblick über die einzelnen Personen zu behalten.

Der Alltag an Bord während der langen Zeit auf See konnte zwischen Langeweile und Hektik schwanken, wenn Gefahren wie Unwetter, Krankheit oder Piratenan-

griffe drohten. Anregende Abwechslung boten die Ankunft in fernen Häfen, die Begegnung mit fremden Kulturen und die Zusammenkünfte mit anderen seefahrenden Landsleuten.

Die Frauen reisten vor allem auch deshalb mit, weil sie sich Kinder und ein Leben mit der Familie wünschten und nicht für mehrere Jahre auf ihre Ehemänner verzichten wollten. Daher ist dem Thema Schwangerschaft, Geburt und Alltag mit Kindern ein eigenes Kapitel gewidmet.

In analytischen Einschüben ordnet der Autor die Erlebnisse der Frauen in den historischen Kontext ein und bietet dadurch neue Einsichten in eine Lebenswirklichkeit, die in der historischen Darstellung bislang vor allem aus männlicher Pers-

pektive betrachtet wurde. Interessant ist auch der Hinweis, dass die überwiegende Anzahl der mitreisenden Kapitänswfrauen in Dänemark im 19. Jahrhundert vor allem aus dem nordschleswigschen Raum stammten, und man daher von einer regionalen Besonderheit sprechen kann.

Insgesamt ein gut recherchiertes, reich bebildertes Werk, eine spannende, atmosphärisch dichte und überzeugende Darstellung, die sich an ein breites Publikum richtet. Mit gutem Grund wurde das Buch für die von Dansk Historisk Fællesråd verliehene Auszeichnung „Årets historiske bog 2024“ (Historisches Buch des Jahres 2024) nominiert.

**Ruth Clausen**

## Geschichte einer Unternehmerfamilie aus Nordschleswig

**Jens Christian Hansen, Flemming Højbo Huset Jebsen**  
**Et familiedynasti i krig og fred**  
**Kopenhagen: Grønningen 1 2025. 334 S.**

Das Buch bietet viele Einblicke in das Wirken mehrerer Generationen der eng mit Nordschleswig und der Minderheit – aber vor allem auch mit Hongkong und China – verbundenen Unternehmerfamilie Jebsen aus Apenrade.

Mit 334 Textseiten und über 100 weiteren Seiten mit Fotos aus Vergangenheit und Gegenwart der bereits im 19. Jahrhundert im Handel mit China und anderen Ländern Ostasiens engagierten Familie Jebsen wendet sich das Buch vor allem an die dä-

nische Öffentlichkeit.

Der Aufstieg der einstigen Seefahrerfamilie knüpft an das Unternehmertum des Apenrader Kapitäns Michael Jebsen (1835–1899) an, der 1878 die Reederei M. Jebsen gründete. Dabei geht es auch um den Hintergrund des stark deutsch geprägten Michael Jebsen, der in jungen Jahren Anhänger eines unabhängigen Schleswig-Holsteins war und sich später als nationalliberaler Politiker im deutschen Reichstag engagierte.

Jacob Jebsen trat in die Fußstapfen seines Vaters Michael und gründete im Jahr 1895 mit seinem Kompagnon Heinrich Jessen die Firma Jebsen & Co. in Hongkong, mit der die Grundlage für die heutige Unter-

nehmensgruppe Jebsen & Jessen geschaffen wurde. Darüber hinaus sorgte er nicht nur für eine Vollendung des Knivbergdenkmals nach 1900, sondern spielte auch in der 1920 entstandenen deutschen Minderheit bis zum Aufkommen des Nationalsozialismus eine bedeutende Rolle. Der kulturell hochgebildete Geschäftsmann, der 1909/1910 das vom Jugendstilarchitekten Anton Huber entworfene Haus Lensnack an der Apenrader Förde erbauen ließ, war unter anderem Mitbegründer der Schleswigschen Partei.

Jacob Jebsen förderte die Einrichtung einer deutschen Schule in Apenrade und bemühte sich als Mitinitiator der Kreditanstalt Vogelgesang in den 1920er-Jahren darum, die „Erosion“ der deutschen Volksgruppe zu stoppen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erwies sich neben der dänischen Staatsbürgerschaft der nach dem Tod Jacob Jebsens im Jahre 1941 nachgerückten neuen Spitzenleute in den Jebsen-Unternehmen, Michael und Hans Jacob Jebsen, auch deren Distanz zur nationalsozialistisch dominierten deutschen Minderheit in Nordschleswig als Vorteil.

Während in den Nachkriegsjahren vor allem Michael Jebsen in Hongkong die Geschicke der Unternehmen lenkte, hatte Hans Jacob Jebsen Anteil am demokratischen Neubeginn der deutschen Minderheit in Nordschleswig.

Darüber gibt der heutige Unternehmenschef Hans Michael Jebsen in Interviews

Auskunft. Er berichtet auch über seine fortdauernde Verbindung mit den eigenen familiären Wurzeln in Nordschleswig und eine zunehmend engere Einbettung in die dänische Gesellschaft als Mitglied einer einst jahrzehntelang für ein deutsches Nordschleswig engagierten Familie.

Neben den Auskünften Hans Michael Jebsens liefert das Autorenduo weitere umfangreiche Informationen zur Firmengeschichte. Es wird sowohl über den Rückzug aus dem Reedereigeschäft als auch über die Neuausrichtung auf den Handel zwischen der aufstrebenden Volksrepublik China und deutschen Unternehmen, wie zum Beispiel Porsche, und auch zeitweilige Kooperationen mit dänischen Konzernen wie Danfoss berichtet.

In ihren Ausführungen zeigen die Autoren, dass der große Respekt der Jebsen-Akteure gegenüber ihren asiatischen Partnern seit weit mehr als 100 Jahren und die Vertrautheit, vor allem mit der chinesischen Kultur, großen Anteil am eigenen Erfolg haben.

Dabei wird auch deutlich, dass nun schon mehrere Generationen der Jebsen-Dynastie vor allem den Raum Apenrade und die Halbinsel Loitland kulturell und ideell bereichert haben.

Das Buch gibt einen gut lesbaren Einblick in das Wirken der „Jebsen-Dynastie“, die seit weit über 100 Jahren die deutsch-dänische Geschichte in Nordschleswig mitgeprägt hat.

**Volker Heesch**

# Kriegsgefangene und Zwangsarbeitende im Ersten Weltkrieg

**Matthias Schartl**  
**Kriegsgefangene und Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1914 bis 1921**  
**Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2024. 381 S.**

Während des Ersten Weltkriegs gerieten etwa 2,5 Millionen alliierte Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft; rund 40.000 von ihnen erhielten zusammen mit etwa 7.000 Zwangsarbeitenden eine Beschäftigung in Schleswig-Holstein.

Auf der Grundlage vorwiegend administrativer Quellen wird die Entwicklung ausgehend von den beiden großen Hauptgefangenenlagern in Mecklenburg beschrieben, welche ursprünglich als reine Verwahrsorte bis zum Kriegsende vorgesehen waren.

Als sich der Krieg in die Länge zog, wurde im Laufe des Jahres 1915 die Einrichtung kleinerer Lager in ganz Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit verschiedenen Landgewinnungsprojekten vorgenommen. Ab 1916 wurden die Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft untergebracht und beschäftigt, da sie für die Aufrechterhaltung der deutschen Nahrungsmittelproduktion unentbehrlich geworden waren.

Der Großteil der Kriegsgefangenen waren Soldaten der russischen Armee, während eine kleinere Gruppe aus Briten, Franzo-

sen und Belgiern bestand. Schartls Darstellung der Verpflegung und des Gesundheitszustandes der Gefangenen, ihrer Fluchtmöglichkeiten sowie des Verhältnisses zur Bevölkerung bezieht sich deshalb überwiegend auf die russischen Soldaten, obwohl die einzige eigentliche Gefangenestimme ein französischer Offizier ist, dessen Erinnerungen in voller Länge abgedruckt sind.

Die Zwangsarbeitenden in Schleswig-Holstein bestanden überwiegend aus Saisonarbeitenden aus Osteuropa, die zu Beginn des Krieges nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten. Neben ihren Lebensbedingungen während und nach dem Krieg wird auch das Ausmaß der Saisonarbeit in der Vorkriegszeit beschrieben.

Es handelt sich um eine gründliche und detaillierte Untersuchung des Themas mit fortlaufenden Vergleichen mit den Verhältnissen im übrigen Deutschland und zahlreichen Beispielen aus dem damaligen Schleswig-Holstein. Besonders hervorzuheben ist, dass Schartl nicht an der gegenwärtigen Grenze haltmacht, sondern auch das heutige Südjütland einbezieht. Das Buch bietet eine solide Grundlage für weitere lokalhistorische Forschungen zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitenden.

**Martin Bo Nørregård**  
**Übersetzung: Ruth Clausen**

## Zeugenbiografie über Gräueltaten im Nationalsozialismus

**Frank Krake**

**Der letzte Zeuge**

**Der Mann, der drei Konzentrationslager und einen großen Schiffsuntergang überlebte**

**Aus dem Niederländischen von Gregor Seferens**

**Husum: Husum Druck- und Verlags-gesellschaft 2023. 410 S.**

Gewalttätiger Stiefvater, Zwangsarbeit in Deutschland, Flucht zurück in die Niederlande, Leben im Untergrund, Gefängnis, KZ Amersfoort, KZ Neuengamme, KZ Husum-Schwesing, wieder KZ Neuengamme, Bombardierung der Cap Arkona: die Liste der überlebten Grausamkeiten ist schier unglaublich. Sie wird in diesem so außerordentlich wichtigen und heute immer noch und wieder hoch bedeutsamen Buch erzählt.

Die Biografie über den 1923 geborenen Niederländer Wim Aloserij ist mit finanzieller Hilfe und Engagement von Privaten, Ehrenamtlichen und Institutionen rund um die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing sechs Jahre nach dem Erscheinen der Originalausgabe und 80 Jahre nach dem Betreiben des KZ Außenlagers auf Deutsch veröffentlicht worden.

Darin schildert der Autor Frank Krake das Leben Wim Aloserijs seit seiner prekären Kindheit in Amsterdam. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Okkupation der Niederlande wurde der Alltag merklich schwieriger, von Repressionen, zunehmender Judenfeind-

lichkeit und Beschlagnahmungen geprägt. 1943 wurde Aloserij zur Zwangsarbeit nach Braunschweig eingezogen. Dort erlebte er neben der Arbeit Bombenangriffe, Überwachung und Schikane, so dass er unter Lebensgefahr mit dem Zug zurück in die Niederlande floh und dort auf dem Lande auf Bauernhöfen untertauchen musste, und sich zeitweise lebendig begraben in einer in die Erde eingelassenen Holzkiste verbrachte. Er wurde letztlich gefangen genommen und erst in ein niederländisches Gefängnis, dann in das KZ Amersfoort gebracht. Schließlich wurde er in einem Zug unter zeitweiser Bombardierung ins KZ Neuengamme bei Hamburg deportiert. Nach einiger Zeit der unmenschlichen Behandlung wurde er nach Husum-Schwesing verfrachtet, um unter fürchterlichsten Umständen am „Friesenwall“, einem unsinnigen Panzergraben, arbeiten zu müssen. Er überlebte diese Tortur im Gegensatz zu hunderten Anderen. Es ging Ende 1944 zurück nach Neuengamme, und von dort kurz vor dem Anrücken der Alliierten auf das Schiff Cap Arcona, welches von Briten bombardiert wurde. Dabei starben mehrere Tausend KZ-Häftlinge durch die Versenkung des Schiffes und durch Schüsse deutscher Soldaten. Wim Aloserij überlebte und konnte nach einigen Lazarettaufenthalten in seine Heimat zurückkehren. Er starb kurz nach Erscheinen des Buches 2018 bei einer Reise zu einer Gedenkveranstaltung. Erzählerisch, sprachlich und inhaltlich ist dieses Buch eine wirkliche Bereicherung

und absolut zu empfehlen. Darin enthalten sind auch einige Zeichnungen des dänischen Häftlings und Grenzgendarms Hans Peter Sørensen.

Diese unfassbare Geschichte, auch mit Schilderungen von überaus unmenschlichen und unbegreiflichen Grausamkei-

ten, wird aus Sicht eines letzten Zeugen erzählt. Die biografische Perspektive, ergänzt durch kurze kontextuelle Einordnungen, macht dieses Buch besonders anschaulich und ergreifend.

**Levke Bittlinger**

## Biografie eines Doppelagenten

**Jesper Clemmensen, Ole Sønnichsen  
Farlig mand  
[Kopenhagen]: Lindhardt og Ringhof  
2024. 391 S.**

Einige Schleswig-Holsteiner erinnern sich vielleicht noch an das Jahr 1983, als ein in Flensburg ansässiger dänischer Journalist der Spionage für die DDR angeklagt wurde. Mit großer Medienaufmerksamkeit in Dänemark wie auch in Deutschland endete das Gerichtsverfahren mit einem Freispruch.

Erst mit Öffnung der Stasi-Archive wurde öffentlich bekannt, dass der dänische Journalist Flemming Sørensen seit 1959 für die DDR spionierte und ab 1962 mit Einverständnis der Stasi als Doppelagent auch für die BRD tätig war.

Durch diese Tätigkeit wurde das Leben von etwa 50 Personen gefährdet, fünf wurden verhaftet und drei von ihnen verbrachten lange Haftstrafen in den berüchtigten Gefängnissen der DDR.

Farlig mand (ein gefährlicher Mann) von zwei dänischen Journalisten als doku-

mentarische Erzählung herausgegeben, liest sich wie ein spannender Kriminalroman des Kalten Krieges. Als Leser\*in wird man gefangen in der Welt des Doppelagenten, in der Alkohol, Geld und Frauen im Mittelpunkt standen. Die beiden Verfasser haben sich im Stasi-Archiv durch tausende von Dokumenten gearbeitet und auf dieser Grundlage die 20-jährige Agententätigkeit von Flemming Sørensen recherchiert und dokumentiert.

1979 verabschiedete sich Sørensen aus seiner Stasitätigkeit, zog nach Flensburg, wo er als Journalist bei Flensburg Avis tätig war und sich in der örtlichen Anti-Atomkraft-Bewegung engagierte. 1983 verließ Flemming Sørensen nach der Scheidung von seiner dritten Frau Flensburg, um sich in seinem Sommerhaus auf der dänischen Insel Avernakø niederzulassen.

Flemming Sørensen starb 2012 als einsamer, kranker Mann, dem seine ehemaligen Freunde und Kollegen den Rücken gekehrt hatten. Er wurde nie gerichtlich belangt, da seine Agententätigkeiten verjährt waren.

**Ilse Friis**

# Kompakter Gartenkulturführer durch Schleswig-Holstein und Hamburg

**Hans-Dieter Reinke**

**Gärten & Parks**

**In Schleswig-Holstein und Hamburg**

**Hamburg: Ellert & Richter Verlag 2023.**

**336 S.**

„Wer der Gartenleidenschaft verfiel, ist noch nie geheilt worden“: mit diesen Worten des wohl einflussreichsten deutschen Gärtners Karl Förster leitet Hans-Dieter Reinke seinen kompakten Garten- und Parkführer ein. Es ist ein Buch voller Ausflugstipps für all jene, die der Leidenschaft bereits verfallen sind. Und es dürfte weitere dazu anstiften.

42 öffentlich zugängliche Gärten und Parks in Schleswig-Holstein und Hamburg stellt der studierte Biologe vor. Schlossgärten, Museumsgärten, Stadtparks, Botanische Gärten, Themengärten und eher versteckte Kleinode: in kurzen, eigenständigen Kapiteln beschreibt Reinke anschaulich das jeweilige Gelände, botanische und gestalterische Besonderheiten sowie saisonale Höhepunkte, die man kennen sollte – etwa die Krokusblüte im Husumer Schlosspark oder die sommerliche Farbenpracht der

Stauden in Emil Noldes Garten in Seebüll. Das Schöne ist, dass er es nicht bei den Höhepunkten belässt. Dem gesamten Buch liegt eine solide Recherche zugrunde, die auch die Historie der Gärten einbezieht, und das wohldosiert. Zugleich ist spürbar, dass sich der Autor selbst auf den Weg gemacht hat.

Das Buch führt so kreuz und quer durch Schleswig-Holstein, von Flensburg über Kiel und Lübeck bis Mölln, von der Nordsee durchs Binnenland an die Ostsee. Wie die Kapitel zu Hamburg und Umland zeigen, lohnt es sich auch, die Großstadt anzusteuern, wenn man eigentlich ins Grüne will.

So ergibt sich ein Bild der Gartenkultur im hohen Norden, das angesichts seiner Vielfalt auch gestandenen Gartenenthusiasten Neues bieten dürfte. Unterfüttert mit Kontaktadressen und Tipps für die Kaffeepause, ist der Gartenführer ein idealer Reisebegleiter und -anstifter. Wo soll es am Wochenende hingehen? Mit dieser Frage lässt sich bestens darin stöbern. Am Ende bleibt nur noch eines: Hinfahren.

**Astrid Labbert**

**Norbert Fischer, Sonja Windmüller (Hg.)**

**Spuren des Maritimen**

**Kulturwissenschaftliche Erkundungen an Nord- und Ostsee**

**Fördeblick. Kieler Schriften zur Alltagskultur: 3**

**Münster, New York: Waxmann 2024. 292 S.**

Der Sammelband mit 16 Aufsätzen ist im Rahmen eines zweisemestrigen Projektes der Universitäten Hamburg und Kiel im sog. Vielnamenfach Empirische Kulturwissenschaft/Europäische Ethnologie/Volkskunde/Kulturanthropologie entstanden. Nach einer Einleitung durch die Projektleitungen folgen 15 studentische Aufsätze zu maritimen Themen aus kulturwissenschaftlicher Perspektive. Gegliedert ist das Buch in vier inhaltliche Themenschwerpunkte.

Im ersten Abschnitt „Auf dem Wasser“ reichen die Beiträge von der „Bedeutungsaufladung des Wassers“ (S. 21) im Kanusport über die Geschichte der schwedischen Wikingerbootsrekonstruktion ‚Ormen Friske‘, welche 1950 vor Helgoland Schiffbruch erlitt, bis zu Kulturerbefragen im Museumshafen Oevelgönne. Der zweite Abschnitt „Ufer und Strand“ behandelt die Körper- und Bekleidungskultur am Kiel-Falckensteiner Strand. Dabei wird auch der „Tanz mit dem Handtuch“ (S. 80) beim Kleidungswechsel beschrieben. Zudem geht es um die maritim inszenierte Gastronomieszene an der Kiellinie, um maritime Soundscapes (Geräuschlandschaften)

in Schilksee sowie in diskursanalytischer Weise um den Plastikmüll an Nord- und Ostsee.

„Bilder und Narrative“ heißt der dritte Abschnitt, in dem es um die maritime Kunst Franz Radziwills in Dangast (Niedersachsen) geht. Ebenso wird ein Aufsatz zu maritimen Tätowierungen sowie ein Beitrag zur „positiven Rezeption von Wind in Schleswig-Holstein“ (S. 187) und zur identitätsstiftenden Zuschreibung als „norddeutsch“ (S. 188) im Tourismus und in der Werbung präsentiert. Auch die Verwendung des Klaus Störtebeker-Narrativs und „dessen Inszenierung“ (S. 211) durch Unternehmen wird analysiert.

Der letzte Teil, „Aneignungen maritimer Vergangenheit“, reicht von der Bedeutung des Kappeler Heringszauns als Kulturdenkmal und Sanierungsobjekt, über die nordrheinwestfälische Hansestadt Attendorn, in der eine maritime Hansesymbolik weit ab vom Meer Verwendung findet, bis hin zu den „sprechenden Grabsteinen“ auf Föhr unter besonderer Berücksichtigung eines Walfängers.

Die Autor\*innen verwenden unterschiedliche kulturwissenschaftliche Methoden und setzen sich, und das ist hier der kulturanthropologische Ansatz, vor allem mit Aushandlungen, symbolischen und emotionalen Bedeutungen, Inszenierungen, Wahrnehmungen und Verwertungen der beschriebenen Themen auseinander, also wie wir Menschen, Institutionen und Unternehmen mit den beschriebenen Themen umgehen. Man kann also keine technische Analyse eines Kajaks oder die kom-

plette Biografie Störtebekers erwarten. Es ist sehr schön, dass Studierende hier ihre Projektforschungsergebnisse veröffentlichten können, die durchaus inter-

essant sein können. Lesende sollten aber nicht den Anspruch haben, hier auf bahnbrechende, neue Erkenntnisse zu stoßen.

**Levke Bittlinger**

## Kriminalroman mit deutsch-dänischem Geschichtsbezug

**H. Dieter Neumann**  
**Stumme Gräber**  
**Kira Lunds Dritte Reportage**  
**München: Piper Verlag 2024. 308 S.**

Ein Krimi vor dem Hintergrund geschichtlicher Fakten erfüllt gleich zwei Bedürfnisse vieler Leserinnen und Leser. Er verknüpft Unterhaltung mit Wissenserweiterung und ist daher eine beliebte Kombination für den anspruchsvollen Ferien-Kopf. Das deutsch-dänische Grenzgebiet blickt auf eine jahrhundertelange, facettenreiche Vergangenheit zurück. Die Geschehnisse und Entwicklungen vor und nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 sind für manch eine geschichtlich und kulturell ambitionierte Person in Nord- und Südschleswig interessant.

So auch für H. Dieter Neumann, der seinen neuesten Kriminalroman in den Kontext der deutsch-dänischen Geschichte setzt. Es ist die dritte Reportage, in die der Schafflunder Autor seine Protagonistin, die Fernseh-Journalistin Kira Lund, schickt. Neumanns Kriminalroman hat einen Anspruch: er möchte einen Teil

der Geschichte beleuchten, der im Rest Deutschlands kaum bekannt ist, und die Besonderheit der Minderheiten-Gesellschaften in den Fokus rücken.

In „Stumme Gräber“ schickt Neumann die Fernsehreporterin Kira Lund los, um die Hintergründe des Mordes an einem Jugendlichen, der Teil der deutschen Minderheit ist, während eines Sommercamps an der Flensburger Förde zu recherchieren. Lund, die selbst Südschleswigerin ist, merkt schnell, dass sie auch nördlich der Grenze nach Spuren suchen muss. Der Fall konfrontiert sie mit einer Reihe an Morden, die in der Zeit des Ersten Weltkriegs ihren Anfang nahmen. Es ist eine jahrhundertalte Familienfehde, deren Zyklus der Rache bis in die Gegenwart hineinreicht. Und so befragt Lund nördlich der Grenze Verdächtige und folgt mit der Selbstsicherheit, die ihr der eigene Dänemark-Bezug gibt, ihrem Bauchgefühl. Was die Investigativ-Reporterin Lund zwar auf die richtige Spur, aber auch in akute Lebensgefahr bringt.

**Anna-Lena Holm**

## MITARBEITER:INNEN DIESER AUSGABE

**Dr. Levke Bittlinger**  
Kulturanthropologin  
Referentin im Wissenschaftsmanagement  
Flensburg/Kiel

**Ronja Bönsch M.A.**  
Doktorandin  
Europa-Universität Flensburg

**Johannes Callsen**  
Minderheitenbeauftragter und Dänemark-  
Bevollmächtigter der Landesregierung  
Kiel

**Jens A. Christiansen**  
Generalsekretär des SSF  
Flensburg

**Ruth Clausen, Dipl. Museologin**  
Archivleiterin  
Glücksburg/Apenrade

**Ilse Friis, cand. mag.**  
Rektorin i. R.  
Apenrade

**Anna-Lena Holm**  
Journalistin  
Der Nordschleswiger  
Apenrade

**Mikkel Leth Jespersen, ph.d.**  
Abteilungsleiter für Kultur und Ehrenamt  
der Kommune Tønder  
Vorsitzender Historisk Samfund for  
Sønderjylland  
Tønder/Apenrade

**Astrid Labbert M.A.**  
Staudengärtnerin, Journalistin,  
Kulturwissenschaftlerin  
Ostholstein/Hamburg

**Siegfried Matlok**  
Ehemaliger Chefredakteur  
„Der Nordschleswiger“  
Apenrade

**Luzie Metzdorf M.A.**  
Historikerin, Wissenschaftliche  
Mitarbeiterin  
Kulturwissenschaftliches Institut Essen  
Essen

**Susanna Misgajsky**  
Historikerin  
Wreechen (Insel Rügen)

**Martin Bo Nørregård, cand. mag.**  
Historiker und Archivar  
Forskningsafdelingen & Arkivet ved Dansk  
Centralbibliotek for Sydslesvig  
Flensburg

**Claus Olsen**  
Historiker  
Flensburg

**Gerret Liebing Schlaber, ph.d.**  
Historiker und Gymnasiallehrer  
Apenrade

**Dr. Matthias Scharl**  
Historiker  
Lübeck

**Dr. Hanna Weise**  
Biologin/Ökologin  
Flensburg/Kiel

## ARTIKEL DES VORJAHRES 2024

Levke Bittlinger

Platt Drift Barcamp 2024

Bericht über den dritten niederdeutschen  
Workshoptag in Leck

Heft 1

Eckard Bodenstern

„Den tyske skole og besættelsen“

Jacob Halvas Bjerres Forschungsergebnisse über die St. Petri-Schule in Kopenhagen

Heft 1

Johannes Callsen

„Freundschaft, Partnerschaft und Vertrauen müssen jeden Tag neu gelebt werden“

Rede zum Idstedt-Tag am 25. Juli 2024

Heft 2

Simon Faber

Die deutsch-dänische Entwicklungsallianz  
Ein neuer Ansatz der grenzüberschreitenden Kooperation

Heft 1

Harro Hallmann

Das Sekretariat der deutschen Minderheit  
und der Kontaktausschuss

40 Jahre Interessenwahrnehmung in Kopenhagen – Rückblick und Ausblick

Heft 1/2024

Katja Happe

Dr. Jörn-Peter Leppien und die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund  
Heft 2

Dorte Jagetic Andersen / Martin Klatt

Wie Grenzen unsere Wahrnehmung prägen

Süddänische Universität startet großes  
EU-Forschungsprojekt

Heft 1

Claudia Knauer

Antisemitismus – ein Thema, das alle angeht

Bericht und Fazit zu einer grenzüberschreitenden Diskussionsveranstaltung

Heft 1

Sebastian Lotto- Kusche u. a.

„Vielleicht findest du in der Asche der verbrannten Träume deinen Funken“

Zur historischen Genese und spezifischen Bedrohung der Erinnerungskultur für Sinti und Roma in Schleswig-Holstein

Heft 2

Claus Olsen

Vor 80 Jahren in Flensburg

Heinrich Himmler, der Organisator des Holocaust

Heft 2

Cornelius von Tiedemann / Gerret Liebing  
Schlaber  
Nützt die EU den Minderheiten? Aspekte einer  
Diskussion über Chancen und Grenzen für  
eine aktive Minderheitenpolitik  
Heft 1

Cornelius von Tiedemann / Walter Turnowski  
Die Schatten von rechts  
Wie dänische Parteien dazu beitragen, die  
politische Landschaft Europas zu verändern  
Heft 2

Christoph Winter  
„Nordfriesland in Kiel“  
Bericht über eine Frisistik-Tagung an der CAU  
Heft 1



